

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Waldmann

Die Bedeutung der ETA für Gesellschaft
und Politik im spanischen Baskenland

Donatella della Porta

Protestbewegung und Terrorismus in Italien

Wulf Friedrich Mulhaupt

Die Irisch Republikanische Armee

B 45/88

4. November 1988

Peter Waldmann, Dr. jur., geb. 1937; 1956–1962 Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in München und Paris; 1. und 2. juristisches Staatsexamen; 1973 Habilitation für Soziologie; seit 1975 o. Professor für Soziologie/Sozialkunde an der Philosophischen Fakultät I der Universität Augsburg.

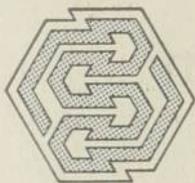
Veröffentlichungen u. a.: *Der Peronismus (1943–1955)*, Hamburg 1974 (eine gekürzte spanische Fassung erschien 1981 in Buenos Aires); *Strategien politischer Gewalt*, Stuttgart 1977; (Mitautor) *Die geheime Dynamik autoritärer Diktaturen. Vier Studien über sozialen Wandel in der Franco-Ära*, München 1982; (Hrsg.) *Gewalt in Lateinamerika*, Köln–Wien 1978; (Hrsg.) *El Poder militar en la Argentina (1976–1981)*, Frankfurt 1982; sowie Aufsätze über autoritäre Regime und politische Protestbewegungen in Lateinamerika und Spanien.

Donatella della Porta, Dr. phil., geb. 1956; Forschungsassistentin an der Abteilung Politikwissenschaft und Gesellschaftswissenschaften des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit G. Pasquino) *Terrorismo e violenza politica, Tre casi a confronto*, Bologna 1983; (Hrsg.) *Terrorismo in Italia*, Bologna 1984; (zus. mit M. Rossi) *Cifre crudeli. Bilancio del terrorismo italiano*, Bologna 1984; sowie zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.

Wulf Friedrich Mulhaupt, Dr. phil., M. A., geb. 1944; Jurist; Studium der Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Bonn, Freiburg und Lausanne; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen u. a.: *Die Irisch Republikanische Armee – Von der Guerilla-Freiheitsarmee zur modernen Untergrundorganisation*, Bonn 1988; sowie Autor von zahlreichen Beiträgen in Fachzeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Bedeutung der ETA für Gesellschaft und Politik im spanischen Baskenland

Um das Gewicht der ETA¹⁾ und des von ihr praktizierten Terrorismus in und außerhalb des Baskenlandes richtig einzuschätzen, gilt es zunächst, diesen Typus der ethnisch motivierten Gewaltausübung von dem sich aus einer sozialrevolutionären Ideologie speisenden Terrorismus radikalierter Mittelschichtgruppen in hochindustrialisierten Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien abzugrenzen. Während die RAF oder die „action directe“ nur über eine äußerst begrenzte Anhängerschaft verfügen, bei der überwältigenden Mehrheit dieser Gesellschaften hingegen mit ihren Attentaten auf Unverständnis und Abscheu stoßen, kann die ETA — ähnliches gilt auch für die nordirische IRA — auf die Sympathie und indirekte, teils auch direkte Unterstützung bei einem beachtlichen Teil der baskischen Bevölkerung zählen. In der Zeit der Franco-Diktatur, bis 1975, stand praktisch die gesamte baskische Ethnie hinter der Gewaltorganisation; deren Mitglieder, die Etxarras,

galten als Helden und Märtyrer, welche die Ehre eines kulturell und politisch geknechteten Volkes durch ihre gewaltsamen Widerstandsaktionen retteten. Dieser stillschweigende Konsens ist seit dem Übergang Spaniens zur Staatsform der parlamentarischen Monarchie entzweigebrochen, da viele Basken den Sinn blutiger Gewalttaten in einem politischen System, das andere, friedliche Möglichkeiten der Interessenwahrnehmung einräumt, nicht mehr einzusehen vermögen. Nach wie vor steht aber eine „Minderheit innerhalb der ethnischen Minderheit“ unverbrüchlich zu der terroristischen Organisation. Aufgrund ihres politischen Engagements, ihrer Durchsetzungsmethoden und nicht zuletzt wegen der lange anhaltenden unentschlossenen Haltung der übrigen politischen Kräfte im Baskenland übt diese Minderheit, die linksnationalistischen „abertzales“, einen weit über ihre rein numerische Bedeutung hinausreichenden Einfluß in der Region aus.

I. Der historische Kontext: ETA als Ehrenretter des baskischen Volkes

Etwas vereinfacht lassen sich zwei Hauptphasen des nationalistischen Erwachens der baskischen Ethnie unterscheiden, die Jahrhunderte lang am Rande der politischen Ereignisse in Spanien gestanden hatte. Die erste fiel in die Jahrzehnte vor und nach der Jahrhundertwende, die zweite setzte in den sechziger Jahren unter der Franco-Diktatur ein. Die erste Phase, die aufs engste mit dem Namen des Begründers und charismatischen Führers der nationalistischen Bewegung, Sabino de Arana y Goiri, verbunden ist, war in jüngster Zeit wiederholt Gegenstand eingehender historiographischer Untersuchungen, so daß wir zuverlässige und gründliche Informatio-

nen über sie besitzen²⁾. Danach kann als erwiesen gelten, daß die Hauptträgergruppe der damals neuen Strömung sich aus dem mittleren baskischen Bürgertum rekrutierte. Dieses fühlte sich durch die Herausbildung einer baskischen Großbourgeoisie, die in jenen Jahrzehnten den Aufbau einer Schwerindustrie und mächtiger Banken im Raum von Bilbao (Vizcaya) betrieb, in seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung bedroht. Sein Alarmruf, durch die Industrialisierung, Urbanisierung und die damit zwangsläufig einhergehende Säkularisierung würden die ethnische Eigenart und Solidarität in Frage gestellt, fand vor allem in jenen traditionalistischen Bevölkerungsgruppen Resonanz, in denen das baskische Brauchtum und die baskische Spra-

¹⁾ Für ihre Hilfe bei der Materialbeschaffung und -aufbereitung möchte ich mich herzlich bei den Herren Ludger Mees und Roland Ostermann bedanken. Ein Großteil der folgenden Ausführungen stützt sich auf die Auswertung spanischer und baskischer Tages- und Wochenzeitungen, insbesondere von *El País*, *Cambio 16*, *Egin*, *Punto y Hora* (die beiden letztgenannten sind der radikal-nationalistischen Bewegung im Baskenland zuzuordnen) und *El Diario Vasco* (eine gemäßigte baskische Tageszeitung). Die genauen Belegstellen werden nur im Falle besonders pointierter Aussagen oder wichtiger Daten bzw. empirischer Sachverhalte angegeben.

²⁾ Vgl. Javier Corcuera, *Orígenes, Ideología y Organización del Nacionalismo Vasco (1876–1904)*, Madrid 1979; Antonio Elorza, *Ideologías del Nacionalismo Vasco 1876–1937*, San Sebastian 1878; Jean Claude Larronde, *El Nacionalismo Vasco. Su origen y su ideología en la obra de Sabino Arana-Goiri*, San Sebastian 1977; Juan José Solozabal, *El Primer Nacionalismo Vasco*, Madrid 1975; Stanley Payne, *El Nacionalismo Vasco. De sus orígenes a la ETA*, Barcelona 1974.

che, das Euskara, fest verankert waren und die sich auch stark damit identifizierten: dem kleinstädtischen Bürgertum und den im Primärsektor Beschäftigten, den Bauern, Pächtern und Fischern. Allerdings war dies nur eine Minderheit der regionalen Bevölkerung, so daß die nationalistische Bewegung lange Zeit aus einer Position der Schwäche heraus operieren mußte, was ihr einen besonders bitteren und aggressiven Zug verlieh. Der Zorn und die Geringschätzung der Nationalisten galten vor allem den zahlreichen spanischen Arbeitskräften, die, angezogen durch das Arbeitsplatzangebot und die relativ hohen Löhne in dem neuen Industriegebiet, aus den Nachbarprovinzen nach Vizcaya geströmt waren. Sie wurden als ein rassistisch minderwertiger Fremdkörper betrachtet, der den Zusammenhalt und den traditionellen Wertekonsens der Ethnie gefährdete. Zum politischen Vertretungsorgan der neuen Bewegung wurde der Partido Nacional Vasco (PNV), der über Jahrzehnte hinweg eine politische Monopolposition innerhalb des nationalistischen Lagers innehatte.

Die zweite Phase nationalistischer Mobilisierung, die in den sechziger Jahren begann und bis heute nicht abgeschlossen ist, nahm von ganz ähnlichen Strukturbedingungen ihren Ausgang wie ihre Vorläuferin im 19. Jahrhundert. Nachdem die spanische Wirtschaft durch den Bürgerkrieg (1936–1939) und den anfänglich von Franco verfolgten Kurs wirtschaftlicher Autarkie stark zurückgeworfen worden war, setzte ab der Mitte der fünfziger Jahre eine zögernde Erholung ein. Die Schrittmacherrolle bei der wieder in Gang kommenden Industrialisierung, die in den sechziger und frühen siebziger Jahren dann einen geradezu stürmischen Verlauf nahm, wurde erneut von den beiden traditionellen spanischen Industrieregionen, Katalonien und dem Baskenland, übernommen³⁾. Während im 19. Jahrhundert der industrielle Aufschwung innerhalb des Baskenlandes im wesentlichen auf den Großraum von Bilbao beschränkt geblieben war, erfaßte er nun das Gebiet beider Küstenprovinzen, d. h. Vizcayas und Guipúzcoas, und drang vor allem in die engen Täler des Hinterlandes der letztgenannten Provinz vor. Die Zahl der im Primärsek-

³⁾ Vgl. Luis C. Nuñez, *La Sociedad Vasca Actual*, San Sebastián 1977; ders., *Clases Sociales en Euskadi*, San Sebastián 1977; José Miguel de Azaola, *Vasconia y su Destino*, 2 Bde., Madrid 1976; Robert P. Clark, *The Basques: The Franco Years and Beyond*, Reno 1979; Josef Lang, *Das baskische Labyrinth. Unterdrückung und Widerstand in Euskadi*, Frankfurt 1983; Peter Waldmann, *Sozio-ökonomischer Wandel, zentralistische Unterdrückung und Protestgewalt im Baskenland*, in: ders. u. a., *Die geheime Dynamik autoritärer Diktaturen*. Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Nr. 22, München 1982, S. 199–285.

tor Beschäftigten ging auf weniger als zehn Prozent aller Beschäftigten zurück; wie beim ersten Industrialisierungsschub wurde das Baskenland zur Zielregion einer intensiven Wanderung von Spaniern aus ärmeren Nachbargebieten, die am steigenden Wohlstand der Region partizipieren wollten. All dies bedeutete eine erneute große Herausforderung für die baskische Sprache und den herkömmlichen baskischen Lebensstil, die aufgrund ihrer Verwurzelung in einem ländlich-kleinstädtischen Sozialmilieu Mühe hatten, unter den veränderten Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft zu überleben. Was jedoch die baskische Kultur mehr noch als der Modernisierungsprozeß in Bedrängnis brachte, war ein politischer Faktor: das auf die Errichtung eines spanischen Einheitsstaates abzielende frankquistische Herrschaftssystem.

General Franco hielt den geeigneten Augenblick für gekommen, um den seit Beginn des Jahrhunderts immer machtvoller sich entfaltenden nationalistischen Bewegungen an der nördlichen Peripherie des Staates, die dessen Einheit gefährdeten, ein für allemal das Rückgrat zu brechen und die Spanier „von oben“ zu einer homogenen Nation zusammenzuschweißen. Sowohl die Basken als auch die Katalanen hatten während des Bürgerkriegs auf der Seite der Republikaner gegen die Aufständischen gekämpft. Das mußten sie nach dem Sieg der letzteren bitter büßen. Unmittelbar nach der Eroberung und Unterwerfung beider Regionen (Baskenland: 1937; Katalonien: 1939) setzten die Repressionen ein, die sich insbesondere gezielt gegen alle Manifestationen kultureller Autonomie richteten. Der Gebrauch des Katalanischen bzw. Baskischen bei Behörden und im öffentlichen Verkehr wurde mit Strafen belegt, und die regionale Sprache und Kultur wurden konsequent aus dem Erziehungswesen verbannt. Den Unterricht an den Schulen übernahmen Lehrer aus anderen Gebieten Spaniens, die Kinder durften sich nicht einmal untereinander in ihrer Muttersprache verständigen. Das Regime ließ mit anderen Worten nichts unversucht, um die Regionalkulturen auszulöschen und jedes Anzeichen eines nationalistischen Widerstandes im Keim zu ersticken. Wie reagierte die Minderheitsbevölkerung in dieser existenzgefährdenden Lage?

Der Widerstand und der kulturelle Selbstbehauptungswille der Basken äußerten sich im wesentlichen in drei Formen⁴⁾. Die erste bestand im politischen Boykott eines Regimes, das sie als Ethnie negierte. Anlaß für die Demonstration einer Hal-

⁴⁾ Peter Waldmann, *Katalonien und Baskenland: Historische Entwicklung der nationalistischen Bewegungen und Formen des Widerstands in der Franco-Zeit*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos*, Paderborn 1984, S. 155 ff., S. 184 f.

tung politischer Verweigerung boten vor allem die vom Diktator in größeren zeitlichen Abständen (1947; 1966; 1976 das letzte fand bereits nach Francos Tod statt, zählt aber noch zur Franco-Ära im weiteren Sinn) durchgeführten Referenden zu wichtigen politischen Fragen. Insbesondere bei den zwei Volksabstimmungen von 1966 und 1976 erreichte die Zahl der Enthaltungen in keiner spanischen Region vergleichbar hohe Werte wie im Baskenland.

Eine zweite kulturelle Selbstbehauptungsstrategie bildete der Rückzug aus dem Staatsgehäuse in die zivile Gesellschaft. Die baskische Gesellschaft verfügt, ähnlich anderen Minderheiten, über eine reiche Vielfalt von Gruppen und Vereinen, die zu den Hauptträgern des ethnischen Brauchtums zählen. Zu erwähnen sind unter anderem Freundesgruppen Jugendlicher („cuadrilla“), Pfadfindergruppen, Berg- und Wandervereine, Sportclubs, Chöre und Volkstanzgruppen, gastronomische Gesellschaften. Ungeachtet der rigorosen Machtausübung durch das Franco-Regime reichte dessen Kontrollkapazität nicht aus, um auch in diese gesellschaftlichen Gruppen einzudringen, die Mauer hermetischen Schweigens zu durchbrechen, durch die sich die Minderheit nach außen hin gegen den Druck des Regimes zu schützen suchte. Unter den Minderheitsangehörigen bildete sich ein eigener Geheimscode heraus, durch den auch scheinbar harmlose Gesten und Verhaltensweisen einen eindeutigen politischen Protest Sinn erhielten. Waren die bisher beschriebenen Widerstandsformen primär passiver Natur, so kam die dritte einer offenen Kampfansage an die Diktatur gleich. Sie bestand anfänglich in Angriffen auf Symbole und Einrichtungen des Zentralregimes, aus denen später Morde an Polizisten und Regimerepräsentanten wurden. Ihre Urheber waren Mitglieder der Geheimorganisation ETA.

Es fehlt hier der Platz, um die innere und äußere Entwicklung der ETA sowie deren Rolle im regionalen Widerstand gegen die Franco-Herrschaft im einzelnen darzustellen. Deshalb begnügen wir uns mit der thesenartigen Aufzählung einiger Punkte, deren Kenntnis unentbehrlich ist, um das hohe Prestige, das die Terroristen in Teilen der baskischen Bevölkerung bis heute genießen, richtig einschätzen zu können⁵⁾:

⁵⁾ Das beste Buch über die ETA stammt von Robert P. Clark. *The Basque Insurgents. ETA 1952–1980*; siehe auch Gurutz Jauregui Bereciartu. *Ideología y Estrategia Política de ETA. Analisis de su Evolución entre 1959 y 1968*, Madrid 1981; José Mari Garmendia. *Historia de ETA*, 2 Bde., San Sebastian 1979/80; Juan Aranzadi, *Milenarismo Vasco. Edad de oro, etnia y nativismo*, Madrid 1987; sowie die unter Anm. 3 aufgeführte Literatur.

Die ETA, deren offizielle Gründung Ende der fünfziger Jahre bereits eine längere Vorgeschichte hatte, ist aus der Initiative einer Gruppe von Studenten entstanden, die sich zunächst primär dem gemeinsamen Studium der baskischen Sprache und Literatur widmete. Ihre Radikalisierung im Laufe der sechziger Jahre ist vor allem zwei Umständen zuzuschreiben: der unnachsichtigen Verfolgung und Unterdrückung, denen sämtliche Manifestationen des kulturellen Überlebenswillens der Ethnie (wie etwa das Singen baskischer Lieder) von seiten der spanischen Sicherheitsbehörden ausgesetzt waren; und der schwachen Präsenz des gemäßigten PNV im Baskenland, dessen Vertretung in Paris gewaltsamen Widerstand ablehnte und statt dessen das Ende der Franco-Herrschaft abwarten wollte.

Nachdem die ETA in den sechziger Jahren einmal auf den Gewaltkurs eingeschwenkt war, hielt sie stets an ihm fest. Zwar gab es in ihren Führungsgremien oft Diskussionen, ob im Interesse einer politischen Öffnung nicht ein Verzicht auf Gewaltaktionen geboten sei; auch machten Vertreter des zeitweise starken marxistischen Flügels geltend, die durch die Anschläge provozierten staatlichen Verfolgungsrazzien erschwerten die Mobilisierung der Arbeiterschaft. Im Ergebnis behielten aber immer die Vertreter des „harten“ Flügels die Oberhand, oft indem sie durch Morde, Entführungen etc. vollendete Tatsachen schufen. Nicht mit dieser Linie einverstandene Gruppen wurden entweder aus der Organisation ausgestoßen oder verließen sie freiwillig, um andere Verbände bzw. Parteien zu gründen.

Was die baskische Öffentlichkeit vor allem beeindruckte, waren der Mut und die Entschlossenheit, mit denen sich die Etxarras einem scheinbar aussichtslosen Kampf stellten. Als bezeichnend in diesem Sinn kann ihr Verhalten im Burgos-Prozeß von 1970 gelten, der auch international beträchtliche Aufmerksamkeit erregte. Von dem Regime als Schautribunal gegen aufsässige Landesverräter inszeniert, wurde er von den beschuldigten ETA-Mitgliedern, die unerschrocken ihren Standpunkt vertraten und sogar die baskische Nationalhymne im Gerichtssaal anstimmten, zu einem Anklageforum gegen die Diktatur umfunktioniert. Von diesem Augenblick an hatte die junge Gewaltorganisation keine Rekrutierungsprobleme mehr. Vor allem junge Leute aus dem Hinterland der Provinz Guipúzcoa wollten in sie aufgenommen werden. ETA-Angehörige bewegten sich in der baskischen Gesellschaft wie „Fische im Wasser“ (Mao Tse-tung).

Rückblickend liegt das Hauptverdienst der ETA darin, daß sie dem Überlebenswillen der Ethnie

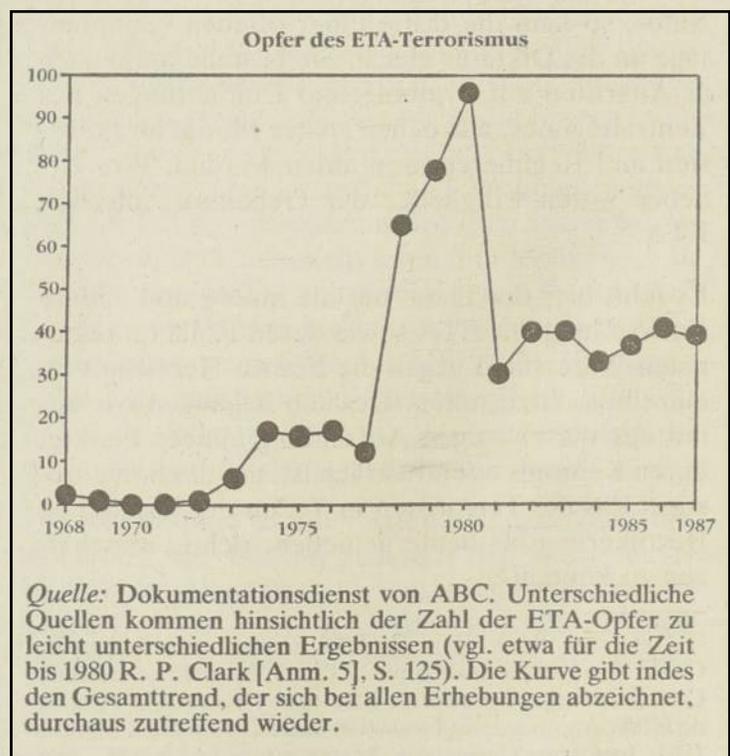
öffentlichen Ausdruck verlieh⁶⁾. Durch ihre Anschläge bewies sie die Verwundbarkeit der Diktatur und rettete zugleich die Ehre und das Selbstwertgefühl der im übrigen zum schweigenden Erdulden der Unterdrückung gezwungenen Minderheit. Dies haben die Basken der ETA nie vergessen. Ihr Beispiel machte Schule. Wie die zahlreichen Demonstrationen und Streiks ab 1970 beweisen, gewann der Oppositionswille des baskischen Volkes dank der ETA erneut Kraft und Stimme. Von 1970 bis 1975 fanden nicht weniger als vier Generalstreiks im Baskenland statt, durch die das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt wurde.

In den Generalstreiks äußerte sich eine durch die Diktatur erzeugte politische Sensibilisierung und intensive Mobilisierung der baskischen Bevölkerung, die auch nach Francos Tod nicht abflaute. Die Empörung der Ethnie über das ihr zugefügte Unrecht war so groß, die daraus abgeleitete Ablehnung des von Madrid ausgehenden Zentralismus so stark, daß davon auch das die Nachfolge der Franco-Diktatur antretende demokratische Regime erfaßt zu werden drohte. Dieser Übertragungseffekt hätte nur durch einen klaren Bruch der neuen demokratischen Führungselite mit dem franquistischen Herrschaftssystem vermieden werden können. Ein solcher Bruch kam bekanntlich nicht zustande — generell nicht und ebensowenig in bezug auf das Verhalten der Zentralbehörden gegenüber der baskischen Minderheit. Die unter Franco eingesperrten Basken wurden nur zögernd, unter Druck, entlassen; die spanischen Sicherheitskräfte griffen bei Demonstrationen in der kantabrischen Region weiterhin sehr hart durch; eine verfassungsrechtliche Anerkennung der Autonomierechte des kleinen Volkes ließ mehrere Jahre (bis 1979) auf sich warten. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Generalstreiks anhielten und die Behauptung der ETA, Gewalt sei als Druckmittel, um die zentralistischen Politiker zur Einsicht zu bringen, weiterhin unentbehrlich, breites Gehör fand.

Erst im Laufe der achtziger Jahre setzte die zunehmende Distanzierung breiter Bevölkerungsgruppen von der Gewaltorganisation ein. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der ins Auge springenden Brutalität und Unmenschlichkeit der ETA-Aktionen, die im Unterschied zu den Anschlägen während der Franco-Zeit für die Täter keinerlei Risiko mehr implizieren, zum anderen in dem gegenüber jener Zeit grundlegend veränderten politischen

Kontext, der die gewaltsame Durchsetzung politischer Ziele als illegitim und zudem wenig aussichtsreich erscheinen läßt. Dabei darf jedoch dreierlei nicht übersehen werden: Erstens ist die rationale Ablehnung des Gewaltkurses nicht mit der Aufkündigung der emotionalen Bindung an die Gewaltorganisation gleichzusetzen; die historische Dankeschuld wirkt insoweit stark nach. Zweitens bezieht sich der Dissens primär auf die Gewalt als Mittel der Politik. Hinsichtlich ihres politischen Zieles, eine weitergehende Unabhängigkeit von der Zentralregierung zu erlangen, als sie durch das 1979 verabschiedete Autonomiestatut gewährt wird, kann sich die ETA dagegen der Unterstützung von fast der Hälfte der baskischen Bevölkerung sicher sein. Drittens ist es der ETA schließlich gelungen, ein gesellschaftliches und politisches Netzwerk aufzubauen, daß ihre politischen Wünsche und Vorstellungen, unabhängig von den Gewaltaktionen, in der baskischen Öffentlichkeit vertritt und ihnen Nachdruck verleiht.

Einige Trägergruppen dieses Netzwerkes, das sozusagen die zivile Lobby der ETA darstellt, sowie deren Aktionsformen werden im folgenden zu studieren sein. Zuvor seien aber ein Schaubild und eine Tabelle eingefügt, die einerseits einen Überblick über die auf das Konto der ETA gehenden politischen Morde geben, andererseits ein Bild von der Einstellung der baskischen Bevölkerung zu zentralen ethnischen Problemen, insbesondere in bezug auf die politische Zukunft und die ETA, vermitteln.



⁶⁾ So die These von Alfonso Pérez-Agote, *La Reproducción del Nacionalismo: El Caso Vasco*, Madrid 1984, S. 85 ff.

Tabelle 1: Einstellung der baskischen Bevölkerung zu einigen Schlüsselproblemen, insbesondere zur ETA und zum bewaffneten Kampf (1985)*)

1. In welche der folgenden fünf Kategorien würden Sie sich einstufen	%
Ich fühle mich nur als Spanier	8
Mehr spanisch als baskisch	5
Ebenso spanisch wie baskisch	36
Mehr baskisch als spanisch	25
Ich fühle mich nur als Baske	23
Keine Antwort	3
2. Mit welcher der folgenden politischen Lösungen für das Baskenland wären Sie am meisten einverstanden	%
Integration in einen Einheitsstaat	5
Autonomierechte entsprechend dem gegenwärtigen gültigen Statut	54
Eine Autonomie mit der Tendenz zur völligen Unabhängigkeit	18
Die völlige Unabhängigkeit	17
Keine Antwort	6
3. Welcher der folgenden Aussagen über die ETA würden Sie zustimmen	%
Sie hatte nie eine Existenzberechtigung	26
Früher hatte sie eine Existenzberechtigung, heute dagegen nicht mehr	45
Sie hat immer noch eine Existenzberechtigung	16
Keine Antwort	13
4. Soll Eurras, die den bewaffneten Kampf aufgeben, eine Straferlaß gewährt werden?	%
Ja	70
Nein	17
Keine Antwort	13
5. Soll die ETA den bewaffneten Kampf aufgeben und sich auflösen	%
Ja	76
Nein	13
Keine Antwort	11
6. Soll die Zentralregierung mit der ETA verhandeln	%
Ja	63
Nein	21
Keine Antwort	16

Quelle: Cambio 16 vom 8. 7. 1985.

*) Seit dem Ende der Franco-Diktatur sind zahlreiche Umfragen zur ethnischen Problematik und zur Frage der Legitimität der Gewaltanwendung im Baskenland durchgeführt worden, die teilweise in ihren Resultaten variieren, was außer mit dem unterschiedlichen Befragungszeitpunkt auch mit unterschiedlichen Frageformulierungen zusammenhängt. Das 10–15 Prozent der baskischen Bevölkerung hinter der ETA stehen, ist indes ein immer wieder auftauchendes Ergebnis (ausführlich hierzu R. P. Clark [Anm. 5], 1984, S. 166 ff.). Bei Frage 1 ist zu bedenken, daß rund 50 Prozent der gegenwärtig in der Region lebenden Bevölkerung von spanischen Zuwanderern abstammen. Wengleich die erste Folgegeneration ihre nicht-baskische Herkunft oft durch Überidentifikation mit der neuen Heimat zu kompensieren trachtet, fühlen sich von den Zugewanderten selbst viele immer noch nur als Spanier oder sowohl als Spanier als auch als Basken.

II. Die ETA als Lobby und die Lobby der ETA

1. Herri Batasuna (HB): politischer Stellvertreter und Sprachrohr der Gewaltorganisation

Die Entwicklung des Parteiensystems im Baskenland seit dem Ende der Franco-Ära läßt sich durch zwei Trends kennzeichnen⁷⁾. Zum einen ist das stetige Vordringen nationalistischer, d. h. auf die Region begrenzter gegenüber gesamtspanisch orientierten Parteien zu beobachten. Brachte es der PNV während der Zweiten Republik (1931–1936) neben den starken gesamtspanischen Parteien durchschnittlich nur auf ein knappes Drittel der abgegebenen Wählerstimmen, so hat sich der Anteil der für baskische Parteien votierenden Wähler inzwischen auf fast zwei Drittel aller Wähler erhöht, ohne daß ein Ende dieser Entwicklung abzusehen wäre. Dies hängt, und dies wäre der zweite Zug, nicht zuletzt mit der ideologischen und organisatorischen Ausdifferenzierung des baskischen Parteienspektrums seit dem Übergang zur parlamentarischen Monarchie zusammen. Insbesondere existiert heute, im Unterschied zur vorfranquistischen Zeit, neben einer baskischen „Rechten“ auch eine baskische „Linke“, die gleich durch zwei Parteien vertreten ist: Euskadiko Ezquerria (EE) und Herri Batasuna (HB). Beide sind aus Absplitterungen der ETA hervorgegangen. Während sich aber EE im Zeichen eines konsequent verfolgten sozialistischen Parteiprogramms zunehmend von der Gewaltorganisation entfernt hat und gegenwärtig zu deren Gegnern zählt, stellt HB die wichtigste Lobbygruppe für die ETA innerhalb der politischen Sphäre dar.

Eigentlich ist HB keine Partei, sondern ein aus zahlreichen Gruppierungen, Kleinparteien, Komitees und dergleichen bestehendes Wahlbündnis, an dessen Spitze ein rund fünfzigköpfiges Koordinationsgremium, die Mesa Nacional (wörtlich: nationaler Tisch) steht. Aufgrund ihrer starken Orientierung auf die Parteibasis hin und der großen Bedeutung, die dem aktiven Engagement der Mitglieder beigemessen wird, gleicht HB in mancher Beziehung eher einer sozio-politischen Bewegung als einer Partei im üblichen Sinn, und Bewegung ist es auch, was die „Batasuneros“ vor allem in die baskische

Politik und Gesellschaft bringen wollen. Prinzipiell gegen das Autonomiestatut und die darin festgelegte Kompetenzaufteilung zwischen dem Zentralstaat und der „Autonomen Baskischen Gemeinschaft“ (so die offizielle Bezeichnung) eingestellt, trachtet HB mit allen Mitteln danach, eine Normalisierung der politischen Situation im Baskenland zu verhindern. Eines dieser Mittel besteht im systematischen Boykott der parlamentarischen Vertretungsorgane. HB-Führer kandidieren zwar bei Wahlen zum regionalen und zum nationalen Parlament, weigern sich aber, sofern sie gewählt werden, ihre Abgeordnetensitze einzunehmen und am politischen Entscheidungsprozeß zu partizipieren (eine Ausnahme bildet die lokale Ebene der Stadträte; hier wirkt HB mit). Statt dessen schüren sie Unruhen, wenn immer sich ein günstiger Anlaß dafür bietet. Ein gutes Beispiel liefert der sogenannte Flaggenstreit. Dabei geht es um die Frage, welche Fahnen bei den allsommerlichen Festspielen im Baskenland gehißt werden dürfen und müssen, die spanische oder die baskische, beide oder keine. HB benützte die Festwochen Jahr für Jahr, um durch das ostentative Niederholen und Verbrennen spanischer Fahnen den Anspruch des Baskenlandes auf uneingeschränkte Souveränität gegenüber Madrid zu unterstreichen. Diese Provokation führte zwangsläufig zum Einschreiten der Sicherheitskräfte und harten, oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen militanten Nationalisten und Politikern. HB kommen solche Auseinandersetzungen gelegen, bestätigen sie die Partei doch in ihrer Rolle einer Widerstandskraft gegen den politischen Status quo, die alle unzufriedenen Bevölkerungsgruppen mobilisiert und bemüht ist, die Ineffektivität der bestehenden institutionellen Ordnung zu beweisen.

Ihre Grundhaltung des Boykotts der parlamentarischen Demokratie rückt HB in die unmittelbare Nähe der ETA. Denn auch die Gewaltorganisation macht geltend, trotz des Übergangs zur Demokratie habe sich am Zustand der Unterdrückung und Entmündigung Euskadis durch Madrid im Grunde nichts geändert. Nach wie vor würden den Basken grundlegende demokratische Freiheiten vorenthalten, würden politische Dissidenten in der Region eingesperrt und gefoltert. Die gemäß dem Autonomiestatut gewählten politischen Vertreter der Region machten das schmutzige Spiel von Madrid mit und verrieten damit die wahren Interessen des baskischen Volkes. Um eine definitive nationale Befreiung zu erreichen, dürfe man sich auf keine faulen Kompromisse einlassen, sondern müsse hart bleiben, d. h. fortfahren mit militanten Demonstra-

⁷⁾ Zum baskischen Parteiensystem vgl. Ramiro Cibrián, El sistema electoral y de Partidos en Euzkadi, in: Papers. Revista de Sociología, 14 (1980), S. 87; Francisco José Llera Ramo, El Sistema de Partidos Vasco: Distancia Ideológica y Legitimación Política, in: Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 28 (1984), S. 171–206; Javier Corcuera Atienza, u. a., Sistema de Partidos, Instituciones y Comunidad Nacionalista en Euzkadi, in: Revista de Política Comparada, Otoño 1980, S. 155–190; Michael Buse, Die neue spanische Demokratie. Parteiensystem und Wählerorientierungen 1976–1984, Baden-Baden 1985, S. 227 ff.

tionen und Gewaltanschlägen. Die Übereinstimmung in der Zielorientierung von HB und der ETA zeigt sich besonders augenfällig an ihrer gemeinsamen Berufung auf die sogenannte „Alternative KAS“. Es handelt sich dabei um ein noch aus den siebziger Jahren stammendes Fünfpunkte-Programm, das die Minimalforderungen für die Aufgabe des bewaffneten Widerstandes enthält. Diese Forderungen lauten im einzelnen⁸⁾:

1. Generalamnestie für die ETA-Häftlinge, die gegenwärtig in spanischen Gefängnissen einsitzen, und sofortige, an keinerlei Formalitäten geknüpfte Rückkehrmöglichkeit für die zahlreichen ins Ausland, vor allem nach Frankreich geflüchteten Etaras.
2. Gewährung sämtlicher demokratischer Freiheitsrechte, einschließlich des demokratischen Selbstbestimmungsrechts.
3. Rückzug sämtlicher spanischer Sicherheitskräfte aus dem Baskenland.
4. Verbesserung der Lebensbedingungen für die breiten baskischen Bevölkerungsschichten, insbesondere für die baskische Arbeiterklasse.
5. Der Einschluß Navarras in die Autonome Baskische Gemeinschaft, nach Abhaltung eines Referendums.

Es würde hier zu weit führen, die fünf Forderungen zu kommentieren und die Gründe aufzuzählen, aus denen die Madrider Regierung nicht oder nur bedingt dazu bereit ist, auf sie einzugehen. Wichtig ist jedoch, sich den „taktischen“ Charakter des Fünfpunkte-Programms vor Augen zu führen, dessen Annahme durch die Gegenseite nur die Voraussetzung weiterer Verhandlungen sein soll. Als strategisches Fernziel wird von den radikalen Nationalisten die gänzliche Loslösung vom spanischen Staatsverband, in Verwirklichung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des baskischen Volkes, anvisiert.

Die Übereinstimmung in den politischen Fern- und Nahzielen sowie in den Durchsetzungsmethoden legt die Vermutung nahe, zwischen der ETA und der HB gebe es noch weitere Verbindungen. Diese Vermutung wurde in Spanien immer wieder geäußert, gestützt auf sporadische Belege und Hinweise. Nachdem indes die HB-Vertreter stets ihre organisatorische Selbständigkeit betonten und von der ETA diesbezüglich keine Auskünfte erhältlich waren, blieb es lange bei bloßen Spekulationen und Verdächtigungen. Erst aufgrund der Aushebung

mehrerer ETA-Verstecke in Südfrankreich in jüngerer Zeit kam mehr Licht in die Natur der Beziehungen zwischen den beiden Gruppierungen. Dabei hat sich die Hypothese einer weitgehenden organisatorischen, finanziellen sowie personellen Abstimmung bzw. Verflechtung zwischen ihnen im wesentlichen bestätigt⁹⁾. So hat man Belege dafür gefunden, daß HB nahestehende politische Verbände aus der ETA-Kasse finanzielle Zuwendungen erhalten haben. Aus Protokollen gemeinsamer Sitzungen von ETA- und HB-Vertretern geht hervor, daß die ETA erheblichen Einfluß auf politische Einzelentscheidungen der Partei nahm und auch ein gewichtiges Wort bei der Besetzung von Posten parteinaher Einrichtungen mitsprach. Umgekehrt waren HB-Mitglieder der Gewaltorganisation wiederholt bei der Anlage von Vorrats- und Waffenlagern behilflich und leisteten Etaras in Notfällen Fluchthilfe. Daß ehemalige, manchmal auch aktive Etaras in der Parteiorganisation mitarbeiten und dort teilweise wichtige Funktionen ausüben, ist ohnedies kein Geheimnis. Besonders bekannt wurde der Fall von Carlos Yoldi, einem 23jährigen ETA-Mitglied, der während seiner Untersuchungshaft von HB auf die Wahlliste für das baskische Parlament gesetzt und nach seiner Wahl zum Abgeordneten von derselben Partei sogar für das Amt des Lehendakari, d. h. des baskischen Ministerpräsidenten, vorgeschlagen wurde.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer subtilen Funktionsaufteilung zwischen den beiden Organisationen, wobei die ETA offenbar rangmäßig HB überlegen ist, d. h. in Zweifelsfällen die letzte Entscheidung hat. Die ETA verkörpert die Prinzipien rigider Hierarchie und Disziplin als Voraussetzung ihres Wirkens im Untergrund, HB steht für das Gegenprinzip einer offenen, losen Formation im legalen politischen Raum; jene kann nur eine begrenzte Zahl von Mitgliedern aufnehmen, diese trägt dem Mobilisierungsverlangen breiter Gruppen im Dienste der nationalistischen Sache Rechnung; jene versucht, den parlamentarischen Rechtsstaat durch Gewaltanschläge aus den Angeln zu heben, diese setzt ihm zu, indem sie seine Institutionen unterwandert und aushöhlt. Während schließlich die ETA aufgrund ihrer Abgehobenheit vom „schmutzigen“ politischen Alltagsgeschäft für die Bewahrung nationalistischer Mythen einen wichtigen Beitrag leistet — dem Mythos vom baskischen Helden und Märtyrer sowie genereller von einem künftigen makellosen baskischen Gemeinwesen —, so gibt demgegenüber HB, lärmend und protestierend, der Unzufriedenheit vieler Basken mit den konkreten

⁸⁾ Vgl. die Formulierungen in J. Lang (Anm. 3), S. 325 u. Cambio 16 vom 2. 12. 1985, S. 42, die allerdings leicht voneinander abweichen.

⁹⁾ Vgl. El País vom 14. 3. 1987, S. 1 und 14 f; Cambio 16 vom 1. 6. 1987, S. 28 ff.; Cambio 16 vom 26. 10. 1987, S. 26 ff., und El País vom 27. 12. 1987, S. 15.

gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mißständen in der Region Ausdruck.

Es läßt sich unschwer beweisen, daß es sich bei der hier skizzierten Arbeitsteilung nicht um das Wunschprogramm eines radikalen Intellektuellen handelt, sondern um ein Funktionsschema, das sich in der Praxis oft bewährt hat. Als Beispiel lassen sich etwa die öffentlichen Kampagnen und Demonstrationen anführen, die HB nach ETA-Attentaten zu inszenieren pflegt, um die baskische Öffentlichkeit abzulenken und von der Notwendigkeit der Fortführung des „bewaffneten Kampfes“ zu überzeugen. Oder die Reaktionen der ETA auf Denunziationen politischer Gegner durch die HB, die einem Todesurteil für die Betroffenen gleichkommen können. Der beste Beweis für die Erfolgsträchtigkeit der von beiden Organisationen verfolgten Doppelstrategie wird jedoch durch das gute Abschneiden von HB bei Wahlen erbracht. Ihr Stimmenanteil liegt seit 1979 ziemlich konstant bei etwa 15 Prozent aller im Baskenland abgegebenen Wählerstimmen, in der letzten Wahl zum Regionalparlament (Ende 1986) stieg er sogar auf 17,5 Prozent an¹⁰). Offenbar nimmt ein beträchtlicher Teil der baskischen Bevölkerung der linksnationalistischen Parteienkoalition ihr offenes Bekenntnis zum Gewaltkurs der ETA keineswegs übel, sondern honoriert es im Gegenteil.

Die Gründe für dieses Verhalten werden deutlicher, wenn man die Anhängerschaft von HB betrachtet. Es stellt sich nämlich heraus, daß sie ihren Rückhalt in denselben sozialen Gruppen findet, aus denen nach einschlägigen Untersuchungen auch die ETA ihren Nachwuchs rekrutiert¹¹). Der „typische“ HB-Sympathisant ist zwischen 20 und 30 Jahre alt, kommt aus der Provinz Guipúzcoa, gehört der unteren Mittelschicht an (ist z. B. Facharbeiter oder kleiner Angestellter), besitzt einen mittleren Bildungsabschluß und fühlt sich primär als Basken. Die Arbeitsteilung zwischen politischer Formation und Gewaltorganisation muß bei genauer Analyse demnach zu einem Funktionsdreieck: ETA — HB — Sympathisantenschicht erweitert werden, in dem jeder Gruppe bestimmte Aufgaben zufallen. Die ETA repräsentiert die militärische Avantgarde des nationalen Befreiungskampfes und stellt dessen Führungskader. Die breite

Schar der ETA-Anhänger und Sympathisanten bildet einerseits die Muttergruppe der Gewaltorganisation, die dieser emotionalen und logistischen Beistand gibt und sie bei Bedarf personell ergänzt; andererseits bewirkt sie mit ihrer Unterstützung für HB, daß die Bewegung auch in der legalen Sphäre, im Parlament und auf der Straße präsent ist. HB wiederum nimmt diese politische Vertretungs- und Mobilisierungsfunktionen wahr, dient aber zugleich auch als Bindeglied zwischen den anderen zwei Teilen der Bewegung, indem sie deren solidarischer Verbundenheit öffentlichen Ausdruck verleiht.

Die Herausbildung dieser merkwürdigen, teils legal, teils illegal operierenden Protestfront muß vor dem Hintergrund einer zunehmenden inneren Distanzierung vieler Jugendlicher und junger Erwachsener von den Institutionen der parlamentarischen Demokratie gesehen werden, die in allen Industrienationen zu beobachten ist, sich im Baskenland jedoch besonders ausgeprägt findet. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die spanische Verfassung in dem 1978 durchgeführten Referendum bei den Stimmberechtigten im Baskenland keine Mehrheit fand und auch das Autonomiestatut nur mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Wengleich die Zahl der Stimmenthaltungen seit 1979 stetig zurückgegangen ist, liegt sie immer noch bei fast 30 Prozent der Stimmberechtigten. E. Laraña hat in diesem Zusammenhang von einer Delegitimierung des Repräsentationsprinzips im Baskenland gesprochen, durch die sämtliche Organe der parlamentarischen Demokratie in Mitleidenschaft gezogen würden¹²). Der konstante Wahlerfolg von HB erkläre sich nicht zuletzt daraus, daß es dieser populistischen Partei am besten gelinge, die aus der Legitimitätskrise resultierende politische Apathie breiter baskischer Wählerschichten zu durchbrechen. Denn HB spreche Gefühle an und komme mit ihrem dezentralisierten Aufbau und dem Appell an basisdemokratische Prinzipien dem nostalgischen Wunsch vieler Basken nach der Wiederherstellung überschaubarer, kleiner Selbstverwaltungseinheiten entgegen. Außerdem repräsentierten die HB-Führer einen traditionellen Typus personalisierter, charismatischer Autoritätsbeziehungen, der im Baskenland immer noch großen Anklang finde.

2. Ein Netzwerk militanter gesellschaftlicher Protestgruppen

HB tritt als politischer Exponent der militant separatistischen Bewegung besonders in den Vorder-

¹⁰) Siehe hierzu die Übersichten und Kommentare in *El País* vom 1. und 2. 12. 1987, sowie die *Süddeutsche Zeitung* vom 2. 12. 1984, S. 2 und 4.

¹¹) Peter Waldmann, Mitgliederstruktur, Sozialisationsmedien und gesellschaftlicher Rückhalt der baskischen ETA, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22 (1981) 1, S. 45 ff., S. 63 f.; Donatella della Porta/Liborio Mattina, *Ciclos Políticos y Movilización Etnica: El Caso Vasco*, in: *Revista Española de Investigaciones Sociológicas*, 35 (1986), S. 123—148, insbes. S. 141 f.

¹²) Enrique Laraña Rodríguez-Cabello, *Desencanto, Crisis de Autoridad y Nacionalismo en la Evolución Política del País Vasco*, in: *Revista Internacional de Sociología*, 40 (1982), S. 101 ff.

grund, steht aber keineswegs allein. Vielmehr hat die politische Sensibilisierung und Mobilisierung der baskischen Bevölkerung (verbunden mit dem bereits erwähnten Hang zur Assoziation) eine Vielzahl von Vereinigungen, Komitees und Gruppierungen hervorgebracht, die von ihrer Themenstellung und Zielorientierung her alle mehr oder weniger direkt mit der nationalen Unterdrückung und ihrer Aufhebung und damit mittelbar zugleich mit der ETA befaßt sind. Bezeichnenderweise gibt es hinsichtlich der Annahme, die ETA und HB bildeten den Mittelpunkt eines weitverzweigten Geflechtes von radikal-nationalistischen Gruppen und Verbänden keinen grundlegenden Dissens zwischen

den Gegnern und den Verteidigern der nationalistischen Bewegung. Ein kürzlich bekannt gewordener Bericht einer Madrider Polizeibehörde kommt insoweit nicht zu gänzlich anderen Erkenntnissen als etwa J. Lang, der die baskische Sezessionsbewegung mit offenkundiger Sympathie verfolgt¹³⁾. In der folgenden Aufstellung versuchen wir, einen ungefähren Überblick über die Breite dieses Netzwerks und dessen zentrale Aktionsformen zu vermitteln.

¹³⁾ Vgl. El País vom 13. 9. 1987, S. 14, und J. Lang (Anm. 3), S. 356 f.

Tabelle 2: Militante nationalistische Gruppierungen im Baskenland und ihre Aktionsformen

a) Gruppierungen

- Jugendorganisation von HB (Jarrai).
- Nationalistische Gewerkschaft (LAB).
- Sprach- und Kulturorganisationen (AEK).
- Anti-Atomkraft- und Ökologiegruppen.
- Anti-Nato-Gruppen und antimilitaristische Komitees.
- Arbeitslosenkomitees.
- Unterstützungskomitee für flüchtige ETA-Mitglieder (Comité de apoyo a los refugiados).
- Amnestiegruppen, die sich für einen bedingungslosen Straferlaß für die inhaftierten Etxarras einsetzen (Gestoras pro Amnistia).
- Radikale Priesterbewegung.
- Solidaritätsbewegung für Zentralamerika.
- Linksnationalistische Zeitungen (z. B. die Tageszeitung EGIN und die Wochenzeitung Punto y Hora) und Piratensender.

b) Aktionsformen

- Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, mit Ansprachen, gemeinsamen Liedern, Kampfrefren (teils mit aggressiven Auswüchsen, z. B. Behinderung des Verkehrs).
- Boykottaktionen (z. B. gegen französische Waren).
- Märsche, Busfahrten, Rundreisen, zum Teil über weite Strecken zu Aufklärungs- und Solidaritätszwecken.
- Bildung von Menschenketten, Menschenblöcken, demonstrative Selbsteinschließung (z. B. in Kirchen).
- Trauer- und Gedenkfeiern (anlässlich Rückführung eines getöteten Etxarras in sein Heimatdorf bzw. zur Erinnerung an getötete oder verschwundene Etxarras).
- Verkaufs- und Sammelaktionen (z. B. zur Finanzierung von Busfahrten zu entfernten Gefängnissen).
- Veranstaltungen mit wissenschaftlichem Anstrich: Vorträge, Seminare, Tagungen, öffentliche Diskussionen.
- Kulturelle Veranstaltungen: Ausstellungen, Filmvorführungen, Plakataktionen.
- Öffentlichkeitskampagnen: mittels Pressekonferenzen, Annoncen in linksnationalistischen Zeitungen, Telegrammaktionen (z. B. an die Gefangenen), Einreichung von Petitionen bei Behörden.
- Feste (mit Ansprachen, Festmahl, Musik, Tanz).

Es soll nicht die Vorstellung geweckt werden, alle hier aufgezählten Vereinigungen würden unmittelbar von der ETA oder der HB gesteuert. Eine solch simplifizierende Sichtweise würde der Komplexität und inneren Pluralität des radikal-nationalistischen Lagers nicht gerecht werden. Auch bei HB gibt es unterschiedliche Flügel, nicht alle ihre Führer und Untergruppen sind mit der ETA-Linie einverstanden und beugen sich dem Diktat der Gewaltorganisation. Dasselbe gilt zum Teil noch mehr für andere Gruppierungen. Beispielsweise wäre es verfehlt, die radikalen Priester oder die Sprach- und Kulturvereinigungen als verlängerten Arm der ETA bezeichnen zu wollen. Was alle diese Gruppen indes eint und es insofern berechtigt erscheinen läßt, sie dem Block des militanten Nationalismus zuzuordnen, ist der Umstand, daß sie sich nicht eindeutig und öffentlich von den Terroristen distanzieren, sondern deren fortgesetzte Attentate verständlich und entschuldigbar finden, sofern sie sie nicht sogar begrüßen. Damit tragen sie willentlich oder unwillentlich zum Fortbestand und zur weiteren Festigung der radikal-nationalistischen Bewegung bei, die den Avantgardeanspruch der ETA hinsichtlich des nationalen Befreiungskampfes bestätigt und legitimiert. Um die Funktionsweise des Geflechts von Unterstützungsgruppen besser verstehen zu können, seien zwei von ihnen herausgegriffen, die recht unterschiedlich sind, nämlich die baskische Rockszene und die Amnestieorganisationen.

Schon in den siebziger Jahren gab es Ansätze zur Entwicklung einer spezifischen baskischen Rockmusik, die neben traditionelle Formen baskischer Musikpflege wie Männerchöre oder das Singen improvisierter Verse durch einzelne (bertsolari) trat¹⁴). Doch erst im Laufe dieses Jahrzehnts gewann der Rock in der Region jenen schnellen, harten, aggressiven Duktus, entstanden jene auf die baskische Situation gemünzten bekannten Texte, welche Musikkritiker vom „radikalen baskischen Rock“ als einem Sonderphänomen sprechen lassen. Inzwischen sind Rockeinlagen zum festen Bestandteil jedes größeren Festprogramms im Baskenland geworden, sie ziehen oft Tausende von Jugendlichen an.

Einer der Grundzüge baskischer Rockgesänge ist die Stimmung tiefer Frustration, die sie verbreiten und, unmittelbar damit zusammenhängend, eine

¹⁴) Hierzu und zum folgenden siehe Rogelio Blasco, *Nuevo Rock Vasco: Un Fenómeno Sociológico*, in: *Cuadernos de Alzate. Revista Vasca de la Cultura y las Ideas*, (1987) 6, S. 12–19; Egin vom 20. 11. 1987, S. 22, sowie ebd., Ausgabe vom 4. 12. 1987; vgl. auch den informativen journalistischen Bericht über den Radikalismus der baskischen Jugend in: *El País* vom 1. 12. 1986, S. 19.

trotzige Anti-Haltung gegenüber dem bestehenden gesellschaftlichen und politischen System. Zielscheiben der Angriffe baskischer Rockmusiker sind vor allem die Polizei, Militär und Militärdienst, die Politiker und die Religion, aber im Grunde bleibt niemand und nichts von ihnen verschont, nicht einmal die Revolution und unter Umständen nicht einmal das Baskenland. Der Hintergrund der aggressiven Slogans und Verse ist die teilweise desperate wirtschaftliche Situation der Jugendlichen im kantabrischen Raum – die Jugendarbeitslosigkeit liegt deutlich über dem spanischen Durchschnitt –, die in Verbindung mit ihrem hohen politischen Bewußtseinsgrad bei vielen zu einer radikalen linken Einstellung geführt hat, bei einer noch größeren Zahl jedoch einen Anarchismus nährt, der seinen Niederschlag unter anderem in der verbreiteten Stimmenthaltung bei Wahlen findet. Der radikale Rock reflektiert offenbar genau diese wütende „Gegen-alles“ (anti-todo)-Einstellung eines Großteils der baskischen Jugend. Die tumultartig und manchmal chaotisch verlaufenden Rockfestivals liefern ein getreues Abbild ihrer Weltsicht und der in dieser Welt wahrgenommenen Orientierungs- und Handlungschancen. Daß der radikale baskische Rock bislang von den gesamtspanischen Massenmedien wenig zur Kenntnis genommen wurde, ist ein Grund mehr für die Heranwachsenden der Region, sich mit ihm zu identifizieren.

Unser zweites Fallbeispiel, die Amnestiebewegung (Gestoras por Amnestia) hängt eng mit der erwähnten Forderung der „Alternative KAS“ zusammen, sämtliche baskischen Gefangenen bedingungslos auf freien Fuß zu setzen und den ins Ausland Geflüchteten eine Rückkehr in die Heimat unter Erspahrung sämtlicher Formalitäten zu gestatten. Trotz der Begnadigung zahlreicher unter Franco inhaftierter Etxarras im Jahr 1977 sitzen derzeit erneut rund 400 ETA-Mitglieder in spanischen Gefängnissen ein, etwa 1 000 Etxarras sollen flüchtig, d. h. auf der Suche nach einem politischen Asyl in Drittländern sein. Dies sind aktuelle Zahlen; die heikle Dimension des Gefangenenproblems, das bei den Basken an tiefsitzende Wunden rührt, erschließt sich jedoch erst, wenn man in die jüngste Geschichte zurückblickt. Es ist allgemein bekannt, daß die Basken die Hauptlast der franquistischen Unterdrückung zu tragen hatten. Ein Autor hat ausgerechnet, daß 1975 die politisch Inhaftierten aus dem Baskenland 70 Prozent aller spanischen Strafen abbüßten. Verteilt man die von ihnen verbüßten Gefängnisjahre auf die gesamte baskische Bevölkerung, so entfielen auf jeden Einwohner rund 13 Stunden¹⁵).

¹⁵) J. Lang (Anm. 3), S. 73.

Der Übergang zur Demokratie brachte insoweit keine grundlegende Änderung. Wie in periodisch publizierten Anzeigen von EGIN zu lesen ist, sollen seit 1975 rund 11 000 Basken in Anwendung anti-terroristischer Gesetze festgenommen worden sein, drei davon sind durch die Folter umgekommen, drei weitere verschwunden. Stellt man den begrenzten Umfang der im Baskenland lebenden Bevölkerung (etwas über 2,5 Mio.) in Rechnung und bedenkt man weiter, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen der Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden intensiver ausgesetzt waren als andere, so wird man bei den ersteren eine Art von Repressionstrauma unschwer nachvollziehen können. Insbesondere im Hinterland der Provinz Guipúzcoa gibt es gebietsweise kein Dorf, kein Stadtviertel, keine Großfamilie und keinen Freundeskreis, die nicht den Verlust eines geschätzten Mitglieds, Verwandten oder Bekannten durch Tod, Flucht oder Strafhaft zu beklagen hätten. Hier haben die „Gestoras de Amnistia“ besonders großen Rückhalt, können ihre Appelle mit einer kaum nachlassenden Resonanz rechnen.

Die „Gestoras“ haben einen gut organisierten Verband entwickelt, an dessen Spitze eine nationale Kommission steht, dessen Dynamik – diesen Zug teilt er mit anderen linksnationalistischen Gruppierungen – im wesentlichen durch eine aktive, engagierte Basis bestimmt wird¹⁶⁾. Im Mittelpunkt des Engagements steht die wirtschaftliche, rechtliche und emotionale Betreuung der Inhaftierten sowie generell die Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen und menschenunwürdigen Haftbedingungen. Die Wahrnehmung der damit umrissenen Aufgabe ist keineswegs einfach, da die meisten ETA-Mitglieder weitab vom Baskenland, in mittel- und südspanischen Gefängnissen einsitzen. Die Organisation regelmäßiger Sendungen aller Art und persönlicher Kontakte, zu denen auch gelegentlich Solidaritätsbesuche größerer Gruppen gehören¹⁷⁾, ist mit einem beträchtlichen finanziellen und zeitlichen Vorbereitungsaufwand verbunden. Die Kommunikation verläuft keineswegs einseitig von den Angehörigen, Bekannten, Gesinnungsgenossen der Inhaftierten zu diesen; vielmehr melden sich die

¹⁶⁾ Die weiteren Ausführungen stützen sich auf die Analyse entsprechender Berichte in Egin und der Wochenzeitschrift Punto y Hora.

¹⁷⁾ Der größte und bekannteste von ihnen ist die jedes Jahr am 26. 12. durchgeführte Besuchsfahrt zum Hochsicherheitsgefängnis Herrera in der Mancha, wo über die Hälfte der gefangenen Ettarras eingesperrt ist. Zu dem rund 700 km vom Baskenland entfernten Gefängnis brachen 1986 in Omnibussen 7 000 Basken auf; im Jahr 1987 sollen es nicht weniger gewesen sein; vgl. Punto y Hora vom 17.–24. 12. 1987, S. 22 ff.

Terroristen selbst ebenfalls regelmäßig zu Wort. Beispielsweise forderten sie von dem HB-Abgeordneten im Europa-Parlament eine Erklärung, nachdem dieser sich kritisch über einen ETA-Anschlag geäußert hatte. Man griffe daher zu kurz, würde man die Funktion der Amnestiegruppen auf die humanitär motivierte individuelle Hilfestellung für die Gefangenen reduzieren. Indem sie eine kontinuierliche Verbindung zwischen diesen und dem radikal nationalistischen Block herstellen, sorgen sie vielmehr dafür, daß die Militanz der inhaftierten Ettarras für die Bewegung als ein Aktivposten erhalten bleibt, verhindern gleichzeitig, daß die Gefangenen sich ihrerseits der Kontrolle durch die Bewegung entziehen und halten schließlich bei beiden, den inhaftierten Ettarras und ihren radikalen Muttergruppen im Baskenland, die verpflichtende Erinnerung an gemeinsame Opfer und Entbehrungen im Dienste der nationalistischen Sache wach.

Diese integrierende und koordinierende Funktion der „Gestoras“ trat 1987 besonders deutlich hervor, als die spanische Regierung ihre Bemühungen, die Solidarität der ETA-Gefangenen aufzubrechen, intensivierte. Zum einen wurden die Haftbedingungen verschärft, wurden insbesondere die baskischen Häftlinge, die sich bis dahin gemeinschaftlich von den übrigen Kriminellen ferngehalten hatten, in kleinen Gruppen auf zahlreiche spanische Gefängnisse verteilt und dort in Einzelzellen eingesperrt. Zum anderen erneuerte die Regierung ihr Angebot eines individuellen Straferlasses, sofern der einzelne Terrorist sich zu künftigem Verzicht auf Gewaltanwendung verpflichtete. Vor allem diese letztere Initiative wurde in linksnationalistischen Kreisen aufs heftigste angegriffen. Nicht zu Unrecht sieht man darin den Versuch, die Gemeinschaft der inhaftierten Gewaltaktivisten innerlich zu entzweien und ihren Widerstandsgeist zu brechen. Sowohl Gefangenenengruppen als auch Vertreter der Amnestieorganisation sprachen von einer Erpressungsaktion der Madrider Zentralbehörden, welche die Gefangenen, die sie als Geiseln in ihrer Gewalt hätten, zu einem Reuebekenntnis zwingen wollten, um die nationale Widerstandsfront zu schwächen. Angesichts der Versuchung, sich individuell zu salvieren, sei es doppelt wichtig zusammenzustehen. Nur die bedingungslose Entlassung sämtlicher baskischer Strafgefangener sei als Lösung akzeptabel.

Um dieser Forderung eine möglichst große Resonanz zu verleihen, wurde Ende 1987 mit großem Aufwand die Zehnjahrfeier zur Gründung der Gestoras begangen. Zu dem umfangreichen Programm, das sich über mehrere Tage erstreckte und

auf das ganze Gebiet des spanischen Baskenlandes ausgedehnt war, zählten unter anderem ein größerer international besuchter wissenschaftlicher Kongreß über Folter und Repression sowie Selbst einschließungen, Kettenbildungen, Plakataktionen, Ausstellungen und Filmvorführungen, Gedenkfeiern für getötete bzw. verschwundene Etxarras, Telegrammaktionen für Gefangene und Gefängnisbesuche, Feste und Festivals¹⁸⁾.

3. Politischer Druck und Gegenwehr

Die vorangegangenen Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, das Baskenland sei sozusagen von den radikal-nationalistischen Gruppen okkupiert, der überwiegende Teil seiner Bevölkerung sei, offen oder geheim, mit der ETA im Bunde. Dieser Schluß wäre irrig, es sei nur an das aus Tabelle 1 hervorgehende breite politische Meinungsspektrum in der Region erinnert sowie daran, daß HB nur gut 15 Prozent der Wähler hinter sich hat. Die militanten Linksnationalisten bilden nur eine Minderheit, allerdings eine sehr aggressive Minderheit, die ihren Einfluß unentwegt auf Kosten der anderen politischen Parteien und Gruppen auszudehnen trachtet.

Der von ihr ausgeübte expansive Druck macht sich in mehrfacher Art und Weise bemerkbar. Die spektakulärste und zugleich skandalöseste Form sind die Mordanschläge der ETA. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen sich diese ausschließlich gegen Exponenten des Zentralstaats, etwa Polizeibeamte oder Militärgouverneure, richteten. Heute kann kein Baske, gleich welcher sozialen Schicht er angehört, aus welcher Familie er stammt oder welche Verdienste er um sein Volk erworben haben mag, sicher vor einer Strafaktion der Gewaltorganisation sein. Selbst ehemalige Etxarras, die aus dem Verband ausgeschieden sind, müssen seine Rache fürchten. HB als ETA-nahe Partei verfügt damit über eine sehr wirksame Waffe, um politische Gegner, wenn sie schon nicht für ihren Kurs gewonnen werden können, so wenigstens zum Schweigen zu bringen.

In besonderem Maße sind baskische Unternehmer, leitende Angestellte und wohlhabende Selbstän-

¹⁸⁾ Eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Basken fuhr sogar nach Paris und hängte am Eiffelturm ein großes Transparent mit der Forderung nach Amnestie für die baskischen Gefangenen auf. Damit sollte die internationale und vor allem die französische Öffentlichkeit auf die fortbestehende Unterdrückung der spanischen Basken aufmerksam gemacht werden; vgl. Punto y Hora (Anm. 17), S. 6 ff.

dige den Einschüchterungen und Drohungen der ETA ausgesetzt. Diese verlangt von ihnen, durch eine „Revolutionsteuer“ (impuesto revolucionario) zur Erhaltung der Organisation und zur Finanzierung ihrer Aktivitäten beizutragen. Es ist schwierig, konkrete Angaben über die auf diesem Wege eingetriebenen Zwangsgelder zu machen¹⁹⁾, von der Polizei in französischen Schlupfwinkeln der Terroristen gefundene Listen „Steuerpflichtiger“ zeigen jedoch, daß das Tributsystem bis vor kurzem gut funktionierte und der Gewaltorganisation zu einem in die Millionen gehenden Jahreseinkommen verhalf. Neben dem unmittelbaren finanziellen Aderlaß, den die baskische Wirtschaft dadurch erlitt, dürfen die sozialpsychologischen Folgen eines sozialen Klimas von Angst und Erpressung, in dem vermögende Basken leben, nicht unterschätzt werden. Etwa fünftausend von ihnen sollen in den vergangenen zehn Jahren ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben²⁰⁾, so daß in der an unternehmerischen Talenten traditionell so reichen Region erstmals ein gewisser Mangel an privatwirtschaftlicher Initiative erkennbar ist.

Der Rekurs auf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ideologischer und teils auch pragmatischer Ziele beschränkt sich jedoch nicht allein auf die ETA, sondern kennzeichnet, wenngleich in weniger krasser Form, auch den legalen Flügel der radikalnationalistischen Bewegung. Ihre Intoleranz und Resentiments bekommen vor allem die Sozialisten zu spüren, die einzige gesamtspanische Partei, die nach wie vor über eine bedeutende Stammwählerschaft in der Region verfügt. Anonyme Drohbriefe an PSOE-Politiker und nächtliche Telefonanrufe sind keine Seltenheit. Stadträte der Partei mußten Beleidigungen und Beschimpfungen über sich ergehen lassen, ihre Autos und Wohnheime wurden demoliert, bisweilen mußten sie auch Pfeife und Schläge einstecken. Die Sitze der Partei („casa del pueblo“) wurden mit ETA-Emblemen beschmiert und waren oft Angriffen ausgesetzt. Im Frühjahr 1987 warfen beispielsweise baskische Jugendliche Molotowcocktails in die Bar einer Casa del pueblo

¹⁹⁾ Eine Schätzung der vermutlichen Einnahmen der Gewaltorganisation (durch Entführungen, Banküberfälle und die Revolutionsteuer) findet sich in einem Artikel in: *Cambio* 16 vom 6. 4. 1987. Zum selben Thema vgl. *El País* vom 26. 3. 1986, S. 13.

²⁰⁾ Entsprechend der Auskunft des Sekretärs der Industrie- und Handelskammer von Bilbao im Frühjahr 1986; siehe auch den gut dokumentierten Bericht über die Wirtschaftslage im Baskenland in der Zeitschrift *Ya* vom 6. 1. 1987, S. 26.

und verletzten dadurch mehrere Personen zum Teil erheblich²¹⁾).

Bedenkt man zudem, daß die linksnationalistische Bewegung über eine die übrigen Parteien weit über-treffende politische Mobilisierungsfähigkeit verfügt und aufgrund ihrer unentwegten Demonstrationen, Versammlungen, Märsche und sonstigen Protestaktionen ständig im öffentlichen Leben des Baskenlandes, vor allem auf dessen Plätzen und Straßen, präsent ist, so leuchtet ein, daß ihr politischer Einfluß weit über ihren begrenzten numerischen Umfang hinausgeht. Dabei profitiert sie davon, daß die Basken gewisse Züge einer traditionellen Gemeinschaft bewahrt haben, beispielsweise einen hohen Grad sozialer Kontrolle, der zum einen mit der fehlenden Ausdifferenzierung einer Privat- und Intimsphäre²²⁾, zum anderen mit der großen informellen Kommunikationsdichte der baskischen Gesellschaft zusammenhängt. Mag die intensive Kontrolle des einzelnen durch die Gemeinschaft die Widerstands- und Überlebensfähigkeit der Ethnie unter den Bedingungen äußerer Bedrohung steigern, so wird sie zu einem Belastungsfaktor, wenn die Bevölkerung, wie dies heute der Fall ist, in ihrer politischen Einstellung gespalten ist. Denn sie erzeugt einen Konformitätsdruck, zwingt den einzelnen, öffentlich Farbe zu bekennen, wobei er davon ausgehen muß, daß seine Reaktionen und Äußerungen rasch weitergegeben werden. HB und ihre radikale Gefolgschaft machten sich dies zunutze, indem sie versuchten, ein informelles Kontrollmonopol über die baskische Gesellschaft zu erlangen.

Lange Zeit trug diese Strategie Früchte. Nur ein kleiner Teil der Basken wagte die vom radikal-nationalistischen Block militant geltend gemachten Hegemonieansprüche offen zurückzuweisen, die meisten reagierten mit Unsicherheit, Verständnis und vor allem mit Angst. Die Angst galt zunächst dem Risiko, wegen einer unvorsichtigen Bemerkung oder einer von dritter Seite erhobenen Verdächtigung, die das Mißfallen der HB-Vertreter erregen könnte, zum Opfer eines Anschlags auf Leib und Leben zu werden. Doch sie erschöpfte sich nicht in dieser physischen Seite. Daneben trat die soziale Angst, d. h. die Befürchtung, wegen einer abweichenden politischen Meinung von den Linksnationalisten als Verräter an der baskischen Sache hingestellt, vom Freundes- und Bekanntenkreis ge-

schnitten zu werden und in die soziale Isolierung zu geraten²³⁾. Um dieser drohenden sozialen Ächtung zu entgehen, schwieg die Mehrzahl der Basken zum mörderischen Treiben der ETA und den intoleranten politischen Praktiken von HB, paßte sich rein äußerlich an, selbst wenn sie innerlich beides ablehnte. Allerdings gab es immer einzelne, welche die Übergriffe einer allzu sehr von der Richtigkeit ihres politischen Kurses überzeugten Minderheit nicht widerspruchlos hinnahmen. So weigerten sich gelegentlich Unternehmer, den ETA-Drohungen nachzugeben und die von ihr geforderte Summe zu bezahlen. Nach tödlichen Anschlägen auf harmlose Bürger, deren Sinn niemand verstand, wurden auch manchmal Stimmen des Abscheus und der Anklage gegen die Gewaltwillkür laut, doch handelte es sich dabei, wie gesagt, um seltene Ausnahmen.

Wenn es einen bemerkenswerten Zug in der baskischen Entwicklung der letzten zwei Jahre gibt, dann ist es die Tatsache, daß aus diesen sporadischen Gegenstimmen mittlerweile ein Chor geworden ist, daß sich im Baskenland eine breite Widerstandsfront gegen das radikal-nationalistische Lager und vor allem gegen die ETA und ihre Gewalttaten gebildet hat. Der erwähnte Anschlag auf ein lokales PSOE-Büro, bei dem einige Personen schwer verletzt wurden, löste energische und massive Protestdemonstrationen aus. Nach der Ermordung eines Polizisten, der mit einer Baskin verheiratet war, wurde in einer Ortschaft in Guipúzcoa erstmals ein Generalstreik zum Zeichen der Ablehnung eine Aktion der Gewaltorganisation, nicht aus Solidarität mit ihr durchgeführt²⁴⁾. Den bisherigen Höhepunkt der öffentlichen Zurückweisung des An-

²³⁾ Die Gesellschaft für Menschenrechte im Baskenland veranstaltete einen Wettbewerb unter Mittelschülern, die Geschichten über das Menschenrechtsproblem schreiben sollten. Die Geschichte des Preisträgers handelt von der Vorbereitung eines Attentats durch eine ETA-Gruppe, deren Zeuge der Erzähler ohne seinen Willen wird. Bezeichnenderweise spielt für den nun folgenden Gewissenskampf, ob er die Bluttat abwenden soll oder nicht, weniger die Angst um das eigene Leben, das er dabei riskieren würde, die entscheidende Rolle als vielmehr die Angst, fortan als ein Verräter („chivato“) zu gelten. Siehe *Cambio* 16 vom 2. 3. 1987, S. 28.

²⁴⁾ Es handelt sich um das Städtchen Ordizia in Guipúzcoa. Eine Frau aus dieser Ortschaft, die einst zum Führungsstab der ETA gehört hatte (Yoyes), dann aber ausgetreten war und ein Studium absolviert hatte, ohne sich indes je kritisch über die Gewaltorganisation zu äußern, wurde im Herbst 1986, als sie zu einem Fest in ihre Heimatstadt zurückkehrte, von einem ETA-Kommando aus Rache und zu Abschreckungszwecken umgebracht. Der Fall als solcher und die irritierenden Begleitumstände der Tat (die Frau nahm am Festzug teil und hatte ein Kind im Arm) erregten Aufsehen und führten zur Bildung einer ersten Widerstandsgruppe gegen das Mordtreiben der ETA. Diese Gruppe hat sich nach dem Attentat auf den spanischen Polizisten, dessen Frau einer bekannten nationalistischen Familie angehört, zu einer regelrechten lokalen Widerstandsfront ausgeweitet; vgl. den Artikel in: *El Diario Vasco* vom 15. 11. 1987, S. 4.

²¹⁾ Vgl. die Berichte über das „Attentat von Portugaleta“ in: *El País* vom 27./28. 4. 1987. Zu den weniger beachteten Folgen der Militanz der Linksnationalisten und generell des baskischen Ethnozentrismus zählt die Tatsache, daß von den in der Region eingesetzten spanischen Polizisten, die der sozialen Ablehnung und Ächtung anheimfallen, nicht wenige Selbstmord verüben; vgl. die entsprechende Notiz in: *El País* vom 19. 7. 1987.

²²⁾ A. Pérez-Agote (Anm. 6), S. 126f.

spruchs der ETA, über Tod und Leben der baskischen Mitbürger zu bestimmen, stellte die Reaktion auf die Ermordung zweier Geschäftsleute in Eibar und Elgoibar im Frühsommer 1988 dar. Zur Begründung der tödlichen Anschläge behauptete die ETA, die beiden seien in den Drogenhandel verwickelt gewesen — ein emotional hochbesetztes Thema, da im Baskenland die Zahl der Drogentoten für spanische Verhältnisse ungewöhnlich hoch ist. Diese Beschuldigung und die daran geknüpfte „Hinrichtung“ zweier als Patrioten bekannter Männer löste einen Sturm der Entrüstung aus. Wiederholt wurden Trauer- und Protestkundgebungen unter dem Motto „Das Baskenland gegen ETA“ veranstaltet, an denen sich viele Tausende beteiligten. Der Untergrundorganisation wurde vorgeworfen, auf bloßen Verdacht und Verleumdung hin Menschen umzubringen. Dies sei weit schlimmer als die Vorgehensweise der oft kritisierten spanischen Justiz, die zumindest ein ordentliches Verfahren mit Anklage, Verteidigung und Beweiszwang kenne. ETA usurpiere eine Justizgewalt, die ihr nicht zustehe. Sowohl in den Stadtversammlungen als auch auf der Provinz- und Regionalebene gerieten die HB-Vertreter in Bedrängnis, da sie als einzige Partei im Baskenland die Attentate nicht verurteilten. Man beschuldigte sie, für die ETA Spitzeldienste zu leisten und nicht vor faschistischen Methoden zurückzuschrecken, um ihre politischen Ziele durch-

zusetzen. Auch die Kirche, eine im tiefkatholischen Baskenland sehr einflußreiche moralische Instanz, ergriff Partei, indem sie sich offen gegen die Ausübung widerrechtlichen Drucks und die Fortsetzung des sinnlosen Mordens aussprach. Einige Städte wandten sich direkt an die ETA mit dem Ersuchen, die Waffen niederzulegen und zur Wiederherstellung des Friedens im Baskenland beizutragen.

Der Bann der Angst, der über ein Jahrzehnt lang auf der baskischen Bevölkerung lastete, scheint sich demnach allmählich zu lockern; auch politische Fragen, die bislang tabu waren, werden nun allmählich öffentlich und kontrovers diskutiert²⁵). Damit tritt neben das traditionelle Spannungsverhältnis zwischen Madrid und der Region eine zweite Achse des Konflikts zwischen den radikalen und den gemäßigten baskischen Nationalisten. Daß die ersteren nunmehr mit vermehrtem Widerspruch und Widerstand rechnen müssen, ist nicht so sehr einem Gesinnungswandel der Mehrheit der Basken bzw. ihrer politischen Repräsentanten zuzuschreiben als vielmehr der geschwächten Position der ETA. Dies wiederum hängt mit dem von der spanischen Regierung verfolgten Kurs der Terrorismusbekämpfung zusammen, dem wir uns nun abschließend zuwenden.

III. Maßnahmen der spanischen Regierung gegen die ETA

Die von der PSOE-Regierung in Madrid während der vergangenen fünf Jahre betriebene Politik zur Eindämmung der politischen Gewalt im Baskenland bildet eine Kombination von Kontrollmaßnahmen einerseits, die auf die Reduzierung und Entmachtung der ETA abzielen, und von Ansätzen der Öffnung und Aussöhnung mit dem baskischen Volk einschließlich seiner radikalen Gruppen andererseits. Um die ETA in die taktische Defensive zu drängen, verbesserte die spanische Regierung ihren Verfolgungsapparat und war vor allem um eine Zusammenarbeit mit den französischen Sicherheitsbehörden bemüht. Diese Bemühungen waren erstmals erfolgreich, so daß die ETA ihren Stützpunkt im südfranzösischen Baskenland räumen mußte. Unter den „positiven“ Initiativen ist der ab 1984 stockend in Gang gekommene Dialog zwischen

dem spanischen Innenministerium und der ETA sowie in jüngster Zeit der Versuch einer generellen Annäherung der Regierung in Madrid an die politischen Kräfte im Baskenland herauszuheben.

Wie wichtig es für die spanische Regierung war, Paris von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den baskischen Terrorismus zu überzeugen, wird deutlich, wenn man sich die Bedeutung des südwestfranzösischen Rückzugsraumes für die Gewaltorganisation vor Augen führt²⁶). Schon Anfang der sechziger Jahre wichen die ersten Etraras vor dem repressiven Zugriff des Franco-Regimes in dieses Gebiet aus, das sich wegen der räumlichen Nähe zu Spanien und der ethnischen Verschwisterung seiner Bevölkerung mit den spanischen Basken als ein ideales Fluchtziel anbot. Doch blieb es nicht bei dieser Funktion einer Zufluchtszone für in Bedrängnis geratene baskische Oppositionelle. Das Gebiet um Biarritz, Bayonne und St. Jean de Luz entwickelte sich vielmehr weiter zum Regenerierungsraum für die baskischen Akti-

²⁵) Zum Beispiel die Frage, ob es sinnvoll oder sinnlos ist, den Verkauf französischer Waren im Baskenland zu boykottieren (weil Frankreich seit einigen Jahren die dorthin entflohenen Etraras ausweist bzw. an die spanische Regierung ausliefert) und ob insbesondere ein solcher Boykott durch Androhung von Sanktionen gegenüber baskischen Händlern erzwungen werden darf.

²⁶) R. P. Clark (Anm. 5), S. 215.

visten und schließlich zur zentralen Ausgangsbasis der meisten ihrer Anschläge. Nachdem die ETA-Führung dort ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatte, schuf sie sich eine eigene Infrastruktur, bestehend aus ideologischen und waffentechnischen Schulungszentren, Vorrats- und Waffendepots, einem Verkehrspark, Büros und Archiven.

All dies konnte mit Wissen der französischen Behörden geschehen, da das an eine großzügige Asylpraxis gewöhnte Frankreich während der Franco-Diktatur keinerlei Grund sah, gegen den Aufenthalt flüchtiger ETA-Mitglieder auf seinem Territorium einzuschreiten. Doch auch nach Francos Tod und dem Übergang Spaniens zu einer neuen parlamentarischen Regierungsform machte Paris lange Zeit keine Anstalten, den Etxarras das politische Asylrecht zu entziehen. Das Argument der spanischen Regierung, die Freiheitskämpfer von gestern seien heute als gefährliche Terroristen einzustufen, die unschuldige Menschen umbrächten, wurde von der französischen Regierung mit Skepsis aufgenommen, da diese gewisse Zweifel an der Gründlichkeit des demokratischen Wandels im südlichen Nachbarstaat hatte – Zweifel, die durch Informationen über Fälle von Folterung in spanischen Gefängnissen zusätzliche Nahrung fanden.

Erst 1984 konnte der sozialistische Ministerpräsident Felipe Gonzales in Verhandlungen mit seinem französischen Amtskollegen Mitterrand einen ersten Durchbruch hinsichtlich der Frage der baskischen Gewalttäter erzielen. Frankreich begann, zunächst zögernd, Etxarras auszuliefern bzw. in Drittländer abzuschicken, eine Praxis die unter Chirac verstärkt fortgeführt wurde und schließlich 1987 in einigen razziaartigen Festnahmeaktionen gipfelte, die zu einer weitgehenden Säuberung des Gebiets von Etxarras und ihren Angehörigen führten.

Die Gründe für diesen Wandel in der Handhabung der Exilerlaubnis der französischen Regierung sind vielschichtig; teils hängt er mit der zwischenzeitlichen Bewährung Spaniens als demokratischer Staat zusammen, der den Makel einer autoritären politischen Vergangenheit spätestens mit der Aufnahme in die EG als definitiv getilgt hatte, teils damit, daß Frankreich in Form der „action directe“ und eines sporadisch im eigenen Baskenland aufkeimenden Terrorismus erstmals selbst mit der Terrorismusproblematik konfrontiert war. Schließlich spielt auch der diplomatische Druck eine Rolle, den Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland und die USA in Richtung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung ausübten. Die Folgen der Aufkündigung des Asylrechts für Etxarras in Südfrankreich waren für die ETA katastrophal. Sie verlor, sozusagen über Nacht, ihren

Hauptstützpunkt und ihr Koordinationszentrum; ihre Infrastruktur war zerstört, ihre Führer über mehrere Kontinente verstreut. Sie war, mit einem Wort, extrem geschwächt.

Dieser Rückschlag traf sie in einem Moment, in dem sie auch innerhalb Spaniens zunehmend in Bedrängnis geriet. Die spanische Regierung hatte alles daran gesetzt, um die Gesetze gegen den Terrorismus zu perfektionieren und die Effizienz der mit seiner Verfolgung betrauten Sicherheitsbehörden zu steigern. Noch 1984 wurden die bereits bestehenden gesetzlichen Regeln gegen den Terrorismus verschärft, indem die Strafen gegen politische Gewalttäter heraufgesetzt, eine Reihe von Straftatbeständen im Umfeld des Terrorismus (betreffend z. B. die Propagierung und Rechtfertigung terroristischer Aktionen) geschaffen und die Dauer des polizeilichen Gewahrsams für Terrorismusverdächtige auf zehn Tage verlängert wurde. Da der Beschuldigte in dieser Zeit von jedem Außenkontakt abgeschnitten war und keinerlei Möglichkeit hatte, die Berechtigung seiner Festnahme durch einen Richter überprüfen zu lassen, war, wie Kritiker der Regierung vorhielten, ein Mißbrauch polizeilicher Befugnisse durch Schikanen aller Art bis hin zur Folter Tür und Tor geöffnet. Um eine zügige und unnachsichtige Aburteilung der angeklagten Etxarras zu gewährleisten, ist außerdem ein Sondergericht für sie zuständig, das weitab vom Baskenland liegt, wo die meisten inkriminierten Gewalttaten begangen werden. Das Mißtrauen gegenüber der baskischen Justiz, das in dieser Kompetenzregelung zum Ausdruck kommt, bestimmte auch lange Zeit die Einstellung Madrids gegenüber der baskischen Polizei, die im Autonomiestatut von 1979 vorgesehen ist. Der Auf- und Ausbau baskischer Polizeibehörden wurde von der Zentralregierung verzögert, aufgrund der Befürchtung, sie würden gegenüber der ETA zu nachsichtig sein, leicht von der Gewaltorganisation unterwandert werden können und schlimmstenfalls sogar als Kerntruppe eines gegen die Madrider Vorherrschaft rebellierenden national-baskischen Befreiungsheeres dienen. Aus all diesen Gründen zog es die Zentralregierung vor, die Zuständigkeit für die Terrorismusbekämpfung in den Händen gesamtspanischer Polizeikräfte, insbesondere der noch von der Franco-Zeit her im Baskenland verhaßten „Zivilgarde“ (Guardia civil) zu belassen.

Ein effektives Gegengewicht gegen die von Madrid entwickelte Kontrollmaschinerie, deren erklärtes Ziel die Eliminierung des Terrorismus ist, deren Druck aber auch viele unschuldige Basken zu spüren bekommen, stellt allein die spanische Justiz dar, die, ungeachtet des Grollens des spanischen Innenministers, Beschwerden inhaftierter Basken über

polizeiliche Übergriffe stets rücksichtslos nachgegangen ist. So war es denn auch das Verfassungsgericht, das in einer Entscheidung die Verfassungswidrigkeit einiger Bestimmungen des Anti-Terrorismus-Gesetzes rügte und deren Revision forderte. Inzwischen hat die spanische Regierung jedoch aus eigenen Stücken die Aufhebung des Sondergesetzes bzw. dessen Einbeziehung in das allgemeine Strafgesetz in Angriff genommen und ist generell zu einer offeneren, weniger auf den polizeilichen Verfolgungsapparat gestützten Behandlung des Baskenproblems übergegangen. Dies hängt mit der zunehmenden Betonung der zweiten Komponente der Politik der Zentralregierung gegenüber der kleinen Region zusammen, in deren Mittelpunkt Dialog und verstärkte Zusammenarbeit mit den baskischen politischen Kräften stehen.

In diese Dialogbereitschaft ist auch die ETA selbst mit eingeschlossen. Die ersten Kontakte von Regierungsvertretern mit der Gewaltorganisation liegen schon einige Jahre zurück; das Gespräch zwischen ihnen riß mehrmals ab, wurde jedoch immer wieder aufgenommen. Dabei ging und geht die spanische Regierung von der Prämisse aus, angesichts der Schwächung der ETA und der zunehmend verzweifelten Lage ihrer wenigen noch in Freiheit befindlichen Mitglieder — deren Leben zudem durch Anschläge der rechtsextremistischen Organisation, des GAL, bedroht ist — bleibe der ETA-Führung keine andere Wahl, als den Dialog mit Madrid zu suchen, um einen ehrenvollen Rückzug und eine weitgehende Sanktionsfreiheit für ihre zur Rückkehr in das zivile Leben bereiten Angehörigen auszuhandeln. Diese Annahme klingt so plausibel, daß an die Unterredungen zwischen beiden Seiten in der Öffentlichkeit stets große Hoffnungen geknüpft wurden.

Zwei Umstände haben indes wiederholt die Fortführung der Gespräche behindert und scheinen deren Erfolg auch für die Zukunft in Frage zu stellen. Zum einen pflegt die ETA während derartiger Dialoge besonders spektakuläre, grausame Anschläge zu verüben. Dies kann auf die Existenz eines harten Flügels innerhalb der ETA hindeuten, der einen Friedensschluß mit allen Mitteln torpedieren will, ist jedoch mit größerer Wahrscheinlichkeit als Demonstration der Stärke zu interpretieren, die Madrid zu größeren Zugeständnissen zwingen soll. Tatsächlich erschweren es diese Anschläge jedoch der Regierung, die Fortsetzung des Dialogs „mit Mördern“ vor der öffentlichen Meinung des Landes zu rechtfertigen.

Der zweite Umstand bezieht sich auf die Natur dieses Dialogs, der von der Regierungsseite als bloßes Gespräch hingestellt, von der ETA hingegen mehr

als „Verhandlungen“ verstanden wird. Nur vordergründig geht es dabei um eine terminologische Frage; tatsächlich unterstreicht die Bezeichnung „Verhandlungen“ den politischen Charakter derartiger Gespräche, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die ETA von einer zumindest teilweisen Erfüllung der in der „Alternative KAS“ enthaltenen politischen Forderungen nicht abzurücken bereit ist. Demgegenüber legt die Regierung den Akzent auf die möglichst reibungslose Rückführung der Etrras in die zivile Gesellschaft, spielt also den politischen Gehalt der Kontakte herunter.

Nachdem die Gespräche mit der ETA selbst nicht recht vorankommen, unternimmt die spanische Regierung parallel dazu den Versuch einer Annäherung an die baskischen Parteien, in der Hoffnung, die ETA politisch isolieren und ins gesellschaftliche Abseits drängen zu können. Auch dieser Weg ist nicht ganz neu. Schon vor rund fünf Jahren machte Felipe Gonzales den bürgerlichen Parteien im Baskenland vergeblich den Vorschlag, sich auf der Basis eines minimalen Wertkonsenses mit der spanischen Regierung zu verständigen. Man fühlte sich damals noch in der Solidaritätspflicht gegenüber der ETA und protestierte deshalb auch gegen das sich abzeichnende Auslieferungsabkommen zwischen Spanien und Frankreich bezüglich der in Südfrankreich lebenden Terroristen.

Inzwischen hat sich allerdings im Lager der bürgerlichen politischen Kräfte im Baskenland ein deutlicher Einstellungswandel vollzogen, bedingt durch die offenkundige Schwächung der ETA und die steigende Brutalität und Willkür ihrer Gewaltakte, bedingt auch durch das Auseinanderbrechen des PNV, das ein Verbleiben der Restpartei an der Regierung nur um den Preis einer Koalition mit den Sozialisten, der Partei von Felipe Gonzales, erlaubt. Gonzales seinerseits kommt der öffentlichen Meinung im Baskenland entgegen, indem er neuerdings eine zügige Aufstockung der baskischen Polizeikräfte verspricht und, wie schon angedeutet, das Anti-Terrorismus-Gesetz an das gewöhnliche Strafrecht angleicht. Erst vor diesem politischen Hintergrund wird die jüngst von vierzehn spanischen und baskischen Parteien ratifizierte Erklärung gegen den ETA-Terrorismus verständlich, der sich zahlreiche politische Gremien im Baskenland anschlossen.

Kann man demnach den antiterroristischen Initiativen und Maßnahmen der spanischen Regierung Erfolg bescheinigen, ist ein Ende des Blutvergießens durch die ETA und der dadurch verursachten repressiven Gegenschläge der Polizei in Sicht? Während man den ersten Teil der Frage mit einem vor-

sichtigen Ja beantworten kann, bleiben hinsichtlich der Perspektive einer definitiven Beendigung terroristischer Gewalttaten Zweifel. Diese knüpfen teils an die Doppelstrategie der Regierung einer vermehrten operativen Umzingelung und Einengung der Gewaltorganisation, verbunden mit der Aufnahme eines Dialogs zu ihr, an, teils an die im zweiten Abschnitt dargelegte Existenz eines weitverzweigten Netzwerkes von Sympathiesantengruppen. Die Intensivierung des Verfolgungsdrucks durch die spanische Polizei hat im Zusammenhang mit der Aufkündigung des traditionellen Refugiums der ETA durch Frankreich zwar zu einer Zerschlagung eines Großteils der Kader und der operativen Zellen der Organisation geführt, wodurch ihre Handlungsfähigkeit stark herabgesetzt ist. Doch ist die Zahl der Anschläge und vor allem der Opfer deshalb nicht merkbar zurückgegangen.

Der Rekurs auf Gewalt ist, wie auch der Fall des Baskenlandes unter Franco beweist, in aller Regel ein Zeichen von Ressourcenschwäche und wirklicher oder vermeintlicher Bedrängnis. Durch eine Akzentuierung dieser Situation, also indem man die Gewaltakteure vermehrt in die Enge treibt, läßt sich der Terrorismus zwar temporär schwächen, jedoch nicht definitiv eindämmen. Im Zweifel ist aufgrund mangelnder sorgfältiger Vorbereitung und Steuerung der Aktionen eher mit einer wachsenden Brutalität der Anschläge, d. h. einer größeren Zahl nichtintendierter Opfer zu rechnen. Was den Dialog zwischen der spanischen Regierung und der ETA anlangt, so darf man neben allen anderen Bedenken, die dagegen vorgebracht worden sind – unter anderem das Argument daß er das Mandat einer demokratisch gewählten Regierung überschreite und als Anreiz auf andere Gruppen wirken könnte, sich ebenfalls illegaler Druckmethoden zu bedienen²⁷⁾ –, nicht vergessen, daß dieser Dialog im Grunde einer Untermauerung der usurpierten politischen Sprecherrolle gleichkommt, die die ETA in Hinblick auf das Baskenland reklamiert.

Warum aber sollte die Gewaltorganisation freiwillig im Dialog auf die künftige Verübung terroristischer

²⁷⁾ Hierzu siehe etwa die Artikel von Ramon Garcia Cotarelo, in: *Cambio* 16 vom 8. 9. 1986, und von Ramon Jauregui Atondo, in: *El País* vom 17. 9. 1986.

Anschläge verzichten, wenn doch derselbe Dialog indirekt ihre stets vertretene These bestätigt, man könne den politischen Gegner nur durch Waffengewalt an den Verhandlungstisch zwingen? Sowohl die Strategie vermehrter Kontrolle als auch jene eines Dialogs mit der Gewaltorganisation lassen zudem die im zweiten Abschnitt herausgearbeitete Tatsache unberücksichtigt, daß die ETA von einer breiten radikalnationalistischen Bewegung im Baskenland unterstützt wird. Auch wenn die ETA-Führung tatsächlich einlenken sollte, ist damit noch keineswegs gesagt, daß sämtliche Gruppen ihrer Anhängerschaft der neuen Befriedungsdevise Folge leisten würden.

Um eine allmähliche politisch-gesellschaftliche Isolierung der ETA zu erreichen, erscheint die dritte Initiative der spanischen Regierung am aussichtsreichsten, die auf eine zunehmende Annäherung an die gemäßigten Kräfte im Baskenland und deren Unterstützung gegen das radikalnationalistische Lager abzielt. Insbesondere ist es notwendig, die baskische Exekutive mit all jenen Kompetenzen und Instrumenten auszustatten, die ein bloßes politisches Koordinationsorgan von einem echten Staat unterscheiden, der verbindliche Entscheidungen treffen und durchsetzen kann: mit einer eigenen Kriminal- und Sicherheitspolizei, eigenen Staatsanwälten und Gerichten, kurz einem eigenständigen Sanktionsapparat²⁸⁾. Erst wenn die baskische Exekutive sich dank dieser ihr zugestandenen Vollmachten aus der unglücklichen Rolle eines Prellbocks zwischen Madrid einerseits und den extremen Nationalisten andererseits befreien kann, erst dann wird sie imstande sein, das notwendige Maß an Unterstützungsbereitschaft und Loyalität in der baskischen Bevölkerung zu mobilisieren, um den Hegemonieanspruch des „Gegenstaates“²⁹⁾ ETA und seiner radikalen Anhängerschaft wirksam in die Schranken zu weisen.

²⁸⁾ Dies entspricht auch dem Vorschlag der von der baskischen Regierung 1985 berufenen internationalen Expertenkommission, die ein Gutachten zur Gewalt im Baskenland erstellte. Ministerio del Interior y Justicia del Gobierno Vasco. Informe de la Comisión Internacional sobre la Violencia en el País Vasco, Vitoria 1986, insbes. Kap. 9.

²⁹⁾ Daß es sich bei der ETA um einen Gegenstaat in nuce handelt, ist die wohl richtige These von Alejandro Muñoz Alonso, *El Terrorismo en España*, Madrid 1982, S. 217 ff.

Protestbewegung und Terrorismus in Italien

I. Das Entstehen politischer Gewalt

Die Ursachen des italienischen Terrorismus¹⁾ wurden häufig mit einigen Besonderheiten oder „Pathologien“ kultureller, wirtschaftlicher und politischer Aspekte Italiens in Verbindung gebracht. Als kulturelle Variablen wurden z. B. die Existenz zweier feindlicher Subkulturen²⁾ und die Störungen im Wertesystem, die durch den Wandel von einer traditionellen in eine moderne Gesellschaft verursacht wurden, angeführt³⁾. Auf wirtschaftlicher Ebene hob man den produktiven und geographischen Dualismus⁴⁾ und die Auswirkungen der Ölkrise der frühen siebziger Jahre hervor⁵⁾. Die Unzulänglichkeit dieser Interpretationen liegt vor allem in der mangelnden Aufmerksamkeit, die sie den Prozessen widmen, die zwischen den Makro-Variablen, die auf der wirtschaftlichen und kulturellen Ebene in Betracht gezogen werden, und der Entwicklung eines politischen Phänomens wie des Terrorismus intervenieren. In diesem Zusammenhang sollen die politischen Prozesse besonders untersucht werden.

Eine weit verbreitete Erklärung für das Entstehen und die Konsolidierung von Untergrundorganisationen weist auf „Blockierungen“ im politischen System hin⁶⁾. In der politischen Debatte entwickelt, wurde diese Hypothese mit einigen Modifikationen auch von der wissenschaftlichen Literatur aufgenommen. Die Blockierungen im politischen System wurden ein Synonym für den Mangel an Reformen⁷⁾, für das Nichtstattfinden eines Wechsels in der Regierungskoalition⁸⁾, oder, im Gegen-

teil, für die Aufnahme des PCI (Partito Comunista Italiano/Italienische Kommunistische Partei) in das Regierungslager mit dem daraus folgenden Fehlen einer Opposition, die zur Formulierung neuer Forderungen fähig gewesen wäre⁹⁾.

Die Theorie eines blockierten politischen Systems kann sowohl auf der Ebene ihrer theoretischen Konsistenz als auch auf der Ebene ihrer empirischen Beweisbarkeit kritisiert werden. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, können die Interaktionen zwischen einem „blockierten“ politischen System und anderen kollektiven Akteuren, die im Gegenteil „mobil“ sind, mit dem Konzept der Blockierung nicht analysiert werden¹⁰⁾. Es erscheint sinnvoller, die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen dem institutionellen System des „Decision Making“ und neu auftauchenden Forderungen zu richten¹¹⁾.

In Italien kann wie in anderen Ländern die Existenz enger Verbindungen zwischen Protest und linkem Terrorismus nicht verneint werden¹²⁾. Das Problem der Qualität dieser Verbindungen blieb allerdings weitgehend ungeklärt: Ist Terrorismus das Nebenprodukt der Begeisterung des „statu nascenti“ oder der Enttäuschung während des Niedergangs der Mobilisierung¹³⁾? Kommt es zur Anwen-

1) Überarbeitete Fassung eines Vortrags, der auf dem Workshop „New Social Movements and the Political System“ in Amsterdam im April 1987 gehalten wurde.

2) G. Bocca, *Il terrorismo italiano. 1970–1978*, Milano 1978.

3) S. Acquaviva, *Guerriglia e guerra rivoluzionaria in Italia. Ideologia, fatti, prospettive*, Milano 1979; F. Ferrarotti, *Alle radici della violenza*, Milano 1979.

4) A. Melucci, *New Movements, Terrorism and the Political System. Reflections on the Italian Case*, in: *Socialist Review*, 56 (1981), S. 97–136.

5) A. Cavalli, *La Violenza politica*, in: *Città e regione*, (1977) III, S. 7–45.

6) L. Bonanate, *Terrorismo e governabilità*, in: *Rivista italiana di scienza politica*, XIII (1983), S. 37–64.

7) N. Tranfaglia, *La crisi italiana e il problema storico del terrorismo*, in: M. Galleni (Hrsg.), *Rapporto sul terrorismo*, Milano 1981, S. 477–544.

8) F. Mancini, *Terroristi e riformisti*, Bologna 1981.

9) L. Ferrajoli, *Critica della violenza come critica della politica*, in: L. Manconi (Hrsg.), *La violenza e la politica*, Roma 1979, S. 33–69.

10) G. Pasquino, *Sistema politico bloccato e insorgenza del terrorismo: ipotesi e prime verifiche*, in: G. Pasquino (Hrsg.), *La prova delle armi*, Bologna 1984, S. 175–220.

11) So z. B. Melucci (Anm. 4).

12) Andere historische Fälle zeigen, daß das Entstehen von terroristischen Gruppen stark von der Entwicklung sozialer Bewegungen beeinflusst wurde. In den Vereinigten Staaten nahmen die „Black Panthers“ für sich in Anspruch, den Widerstand der Schwarzen, der mit den gewaltlosen Demonstrationen der frühen sechziger Jahre begann, fortzusetzen, während die „Weathermen“ den radikalen Flügel des Kampfes gegen den Vietnamkrieg repräsentierten, bevor sie in den Untergrund gingen. Die japanische „Rote Armee“ wurde von Mitgliedern studentischer Gruppen gegründet, die von der Krise ihrer Bewegung enttäuscht waren. Deutsche terroristische Gruppen entstanden aus der Protestbewegung der sechziger Jahre. Vgl. D. della Porta, *Le cause del terrorismo nelle società contemporanee*, in: D. della Porta/G. Pasquino (Hrsg.), *Terrorismo e violenza politica*, Bologna 1983, S. 11–47.

13) M. Wieviorka, *Mouvements sociaux et violence politique*, Paris 1983 (unveröffentlicht).

derung von Gewalt in den konfliktreichsten Phasen oder während des Auslaufens der Bewegung¹⁴⁾? Ausgehend von einer vorzeitigen Institutionalisierung oder einer Marginalisierung der Opposition¹⁵⁾? Wird Gewaltanwendung gefördert von einer erfolgreichen oder einer erfolglosen Protestbewegung?

Im folgenden sollen diese Fragen unter dem Aspekt der Entwicklung der politischen Chancenstruktur in den verschiedenen Phasen des Protests und für die verschiedenen beteiligten Akteure beantwortet werden. Es wird von der Hypothese ausgegangen, daß die Entstehung des linken Terrorismus die Folge einer internen differenzierten strategischen Anpassung innerhalb des „Social Movement Sector“ an die verschiedenen Phasen des Protestzyklus in Relation zu der verfügbaren politischen Chancenstruktur ist¹⁶⁾.

Die angewandten Kategorien bedürfen weiterer Erklärung. „Chancenstruktur“ wurde definiert als das Potential für Gewinn und Verlust, das den neu entstehenden Organisationen sozialer Bewegungen bei der Benutzung unkonventioneller Aktionsformen zur Verfügung steht¹⁷⁾. In Tarrow's Analyse sind die Variablen, die die Chancenstruktur einer Protestbewegung definieren, folgende: die relative Offenheit oder Geschlossenheit des formalen Zugangs zu Politik im Sinne der Fähigkeit des politischen Systems, spezifische Forderungen zu erfüllen; die Stabilität der Bindekräfte innerhalb des politischen Systems; die potentiellen Verbündeten der Bewegung, d. h. die Verfügbarkeit und Orientierung der übrigen politischen Akteure¹⁸⁾. Man kann annehmen, daß sich diese Variablen auf den Aufstieg einer Bewegung anders auswirken als auf ihre Erfolgchancen, auf die Kooptierung von Organisationen in das institutionelle System anders als auf die Gründung von Untergrundorganisationen. Im folgenden wird weiterhin davon ausgegangen, daß sich die Chancenstruktur innerhalb eines gegebenen Zeitraums ändert und für Akteure derselben kollektiven Bewegung unterschiedlich sein kann.

Das Konzept des Protestzyklus erlaubt es uns, mit der Existenz einer zeitlichen Dynamik zu arbeiten. „Protestzyklus“ wurde definiert als „made up of a

series of individual and group decisions to take conflictual collective action on the part of both ‚movement‘ and ‚non-movement‘ actors and the responses to their actions by elites and others“¹⁹⁾. Ein Protestzyklus besteht, wenn Protest sich über einen Zeitraum hinweg intensiviert und auf verschiedene soziale Sektoren und geographische Gegenden ausdehnt. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Aufstieg gewalttätiger Randgruppen durch das Merkmal der politischen Chancenstruktur in den verschiedenen Phasen des Protests beeinflusst wird.

Die Chancenstruktur ändert sich nicht nur über einen gewissen Zeitraum hinweg, sondern ist auch unterschiedlich für die verschiedenen politischen und sozialen Akteure, die an dem Protestzyklus beteiligt sind. In jeder kollektiven Bewegung ist mehr als eine Organisation aktiv, und mehr als eine kollektive Bewegung handelt in demselben historischen Kontext. Wie Garner und Zald es ausdrücken: Mehrere soziale Bewegungen bewohnen denselben „Social Movement Sector“, der als Beziehungsnetz von Konflikt und Kooperation der Organisationen der Bewegung in einer Gesellschaft in einem gegebenen Augenblick definiert wird²⁰⁾. Dieselbe Chancenstruktur kann daher unterschiedliche Auswirkungen auf Organisationen sozialer Bewegungen haben und zur gleichen Zeit die Kooptierung einiger und die gewaltsame Ausgrenzung anderer, das Überleben einiger und das Verschwinden anderer verursachen.

Soziale Gruppen und politische Organisationen innerhalb desselben Protestzyklus unterscheiden sich voneinander in ihren Ideologien und Aktionen. Unterschiedliche Gruppen und Organisationen, die alle Teil derselben Kultur sind, produzieren unterschiedliche ideologische Ausformungen und Aktionspraktiken, deren Verschiedenheit sie oft hervorheben, um ihre spezifische Relevanz innerhalb ihrer Umgebung zu verstärken. Die strategischen Entscheidungen der Führer der Bewegung werden durch den „unternehmerischen“ Versuch beeinflusst, eine spezifische politische Identität zu definieren. Aus diesem Grund experimentieren unterschiedliche Organisationen der Bewegung und Fraktionen derselben Organisation mit unterschiedlichen möglichen Taktiken. Angesichts günstiger Umweltbedingungen entscheiden sich einige Gruppen dafür, die Effektivität einer Radikalisierung der Maßnahmen und der Organisationsform als strategische Option zu testen, um sich von ande-

¹⁴⁾ A. Pizzorno, *Terrorismo e quadro politico*, in: *Mondo operaio*, XXXI, S. 5–18.

¹⁵⁾ C. Donolo, *Le forme della politica nella crisi sociale*, *Primi appunti*, in: *Quaderni piacentini*, 67/68 (1978), S. 7–13.

¹⁶⁾ D. della Porta/S. Tarrow, *Unwanted Children. Political Violence and the Cycle of Protest in Italy*, in: *European Journal of Political Research*, XIV (1986), S. 607–632.

¹⁷⁾ S. Tarrow, *Struggling to Reform*, Ithaca 1983.

¹⁸⁾ Ebda., S. 140–144.

¹⁹⁾ Della Porta/Tarrow (Anm. 16), S. 610.

²⁰⁾ R. Garner/M. N. Zald, *Social Movement Sector and Systemic Constraints: Towards a Structural Analysis of Social Movements*, CRSO, Working Paper 238, unveröffentlicht, 1981.

ren Organisationen, die in derselben Bewegung aktiv sind, zu differenzieren. Während der Demobilisationsphase verstärken einige Fraktionen innerhalb der radikaleren Organisationen sowohl den Gebrauch gewaltsamer Taktiken als auch die Abschottung ihrer organisatorischen Struktur. Das Entstehen von Untergrundformationen ist somit als Folge eines Prozesses der Polarisierung und Spal-

tung zwischen eher moderaten und eher radikalen Fraktionen derselben Organisation zu sehen. Den Fraktionen, die den Untergrund wählen, fehlen gewisse Arten von politischen Handlungsressourcen, an ihrer Stelle aber besitzen sie die Voraussetzungen (Strategien und organisatorische Struktur), die zu einem stärkeren Einsatz von Gewalt nötig sind²¹⁾.

II. Die politische Chancenstruktur. Protestzyklen und die Entstehung des Terrorismus

Im Schaubild 1 sind die Resultate meiner Untersuchung über die Anzahl der Anschläge des linken Terrorismus in Italien von 1970 bis 1983 dargestellt. Die beiden Kurven beziehen sich auf die Gesamtzahl der Anschläge und auf die Aktionen, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden. Die Frequenz wird nach Quartalen bemessen, bereinigt mit der Technik des „Moving Average“, um saisonale Schwankungen auszugleichen²²⁾.

Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begann der Terrorismus die Aufmerksamkeit von Medien und öffentlicher Meinung auf sich zu ziehen. Tatsächlich war die Zahl terroristischer Aktionen bis 1973 gering und nur vier waren gegen Personen gerichtet. Auch in den folgenden zwei Jahren blieben die Aktivitäten des linken Terrorismus trotz einer gewissen Intensivierung relativ sporadisch: vier bzw. neun Anschläge gegen Personen in den Jahren 1974 und 1975 bei einem Durchschnitt von 50 Aktionen.

Den Wendepunkt stellt das Jahr 1976 mit einem plötzlichen Anstieg sowohl der Gesamtzahl terroristischer Aktionen als auch der Anschläge gegen Personen dar. Die Zahl der Anschläge gegen Personen stieg auf 16, die Zahl der Aktionen gegen Sachen auf 87. Der größte Anstieg war ohne Zweifel im folgenden Jahr zu verzeichnen, in dem sich sowohl Anschläge gegen Personen als auch gegen Sachen mehr als verdoppelten (36 bzw. 165). Während 1977 die höchste Anzahl von Aktionen gegen Sachen erreicht wurde, stieg die Zahl der Anschläge gegen Personen weiter an und erreichte im Jahr 1978 ihr Maximum von 57. Dieselbe Zahl wurde 1979 erreicht, während die Zahl der Aktionen gegen Sachen auf 132 Anschläge zurückzugehen begann.

Deutlicher war die abfallende Parabel im Jahr 1980, in dem die Zahl der Anschläge gegen Personen auf 35 zurückging, die gegen Sachen auf 95. Dieser Trend setzte sich in den folgenden zwei Jahren fort, wobei sich allerdings die Aktionen gegen Sachen schneller verringerten (auf 40 im Jahr 1981 und auf 25 im Jahr 1982). Die Zahl der Anschläge gegen Personen blieb hingegen höher (1981: 23; 1982: 25)²³⁾.

Wir können somit davon ausgehen, daß die Entwicklung des italienischen Terrorismus 15 Jahre umfaßt, während derer zumindest zwei unterschiedliche Protestwellen erkennbar werden. Während dieses Zeitraums verändert sich die politische Chancenstruktur, was die verschiedenen sozialen Bewegungen und ihre Organisationen auf unterschiedliche Weise beeinflusst.

In einer ersten Phase (von 1970 bis 1975) zeigt der Terrorismus in Italien im Vergleich mit den anderen industrialisierten Demokratien, in denen das

²¹⁾ In diesem Sinne kann Terrorismus als die rationale Entscheidung einiger Gruppen angesehen werden. Selbstverständlich wird in diesem Fall eine „schwache“ Definition von Rationalität benutzt, d. h. Rationalität als Akzeptierung der ersten Lösung, die nach einer Berechnung von Vor- und Nachteilen als befriedigend angesehen wird. Für eine Definition vgl. H. Simon, *Theories of Decision Making in Economics and Behavioral Science*, in: *American Economic Association and Royal Economic Association, Survey of Economic*, Vol. III. New York.

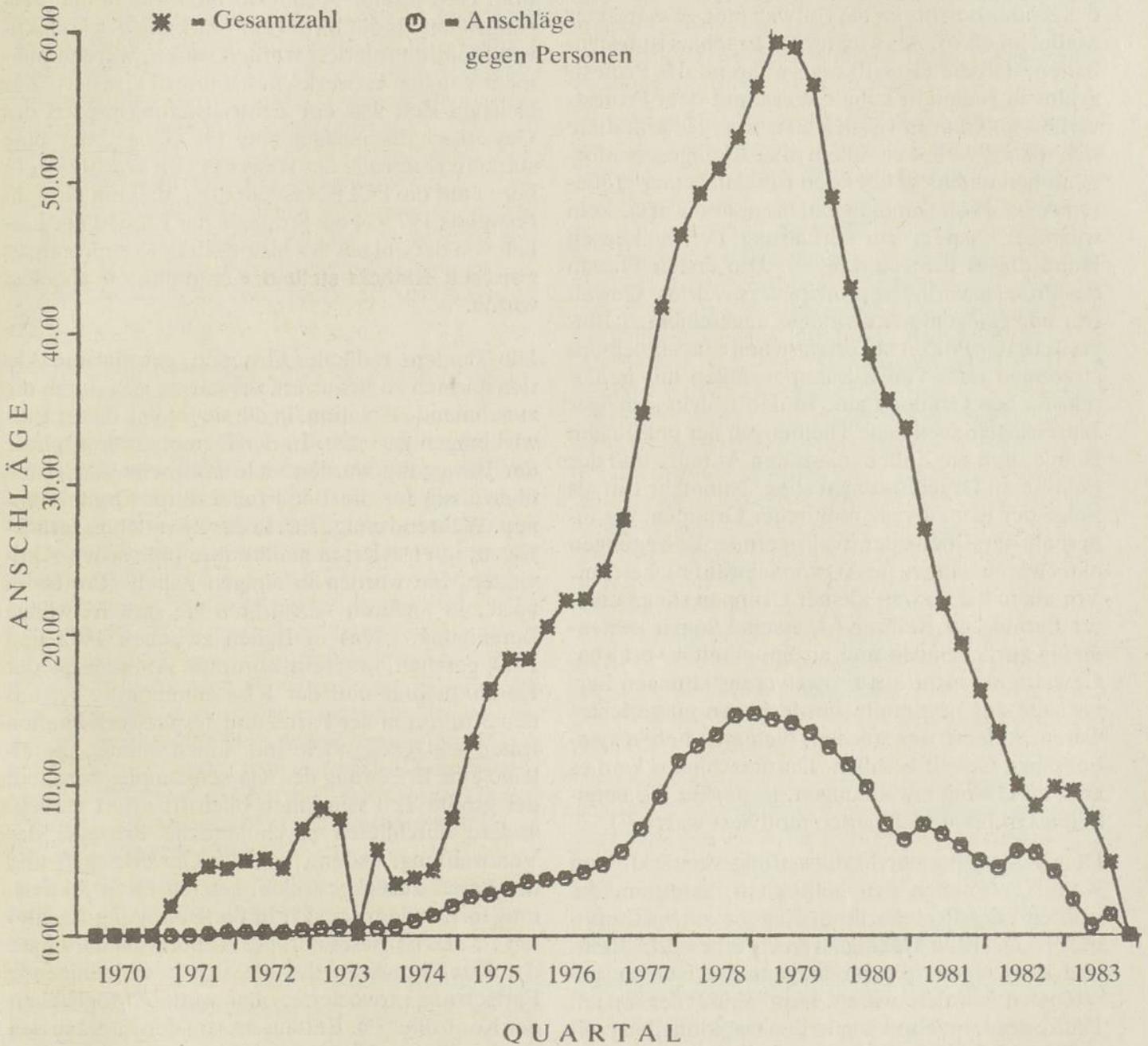
²²⁾ Zur Berechnung des „Moving Average“ wurde folgende Formel benutzt:

$$M(t) = \frac{1/2 X(t-2) + X(t-1) + X + X(t+1) + 1/2 X(t+2)}{4}$$

X steht für die Zahl der Anschläge, t für das Quartal. Der bereinigte saisonale Wert (M [t]) des Quartals „t“ berechnet sich aus der Hälfte der Anschläge des vorvorigen Quartals plus der Gesamtzahl der Anschläge des vorigen Quartals plus der Gesamtzahl der Anschläge des Quartals „t“ plus der Gesamtzahl der Anschläge des folgenden Quartals plus der Hälfte der Anschläge des darauf folgenden Quartals dividiert durch vier. An dieser Stelle möchte ich mich bei Jan Schuur bedanken, der mir die Benutzung dieser Technik vorschlug.

²³⁾ Zu diesem Punkt vgl. D. della Porta, *Intrinsic Processes and the Evolution of Clandestine Political Organisations: The Italian Case*. Paper für den Workshop „Internal Dynamics“, Florenz 1986.

Schaubild 1: Anschläge des linken Terrorismus von 1970 bis 1983



selbe Phänomen existiert, keine Besonderheiten. Die ersten Untergrundorganisationen entstanden in der abfallenden Phase des Protestzyklus und schienen (zumindest während der gesamten ersten Hälfte der Dekade) die radikaleren Ränder einer gewaltlosen Massenbewegung zu repräsentieren. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hingegen wurde der italienische Terrorismus zum politischen Akteur und begann, das politische System zu beein-

flussen. Die Länge und Intensität dieser zweiten Phase machen den Terrorismus in Italien zu einem im Vergleich mit anderen industriellen Demokratien einzigartiges Phänomen²⁴).

²⁴) Mit Ausnahme Spaniens und Nordirlands, wo starke ethnische Spannungen vorhanden sind. Zum baskischen Terrorismus vgl. D. della Porta/L. Mattina, I movimenti politici a base etnica: il caso basco in prospettiva comparata, in: Rivista italiana di scienza politica, XV (1985), S. 35–67.

1. Der Protestzyklus Ende der sechziger Jahre und die ersten terroristischen Organisationen

Politische Gewalt entstand als ein Nebenprodukt des Protestzyklus Ende der sechziger Jahre. Eine Studie über die Charakteristika und die Dynamik des Zyklus beschreibt die Entwicklung gewaltsamer Maßnahmen²⁵). Als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten, daß die Gewaltkurve während des Protestzyklus in Italien in keiner Weise mit dem Protestverlauf im Ganzen vergleichbar war: Sie entfaltete sich später, verlief vor allem über Kleingruppenformationen und nicht über den Einklang einer größeren Anzahl von Handlungen; insgesamt war sie kein wichtiger Aspekt zur Erklärung der immensen Höhe dieses Protestzyklus²⁶). Die ersten Phasen des Protests verliefen prinzipiell gewaltlos. Gewalt trat nur gelegentlich als Folge ungeschickten Eingreifens der Polizei bei öffentlichen Massendemonstrationen oder von Zusammenstößen mit neofaschistischen Gruppen auf. In den frühen siebziger Jahren erschienen neue Themen auf der politischen Bühne, und die Zahl der sozialen Akteure und der politischen Organisationen stieg. Nunmehr trat als Folge der Konkurrenz politischer Gruppen, die innerhalb derselben oder rivalisierender Bewegungen aktiv waren, eine neue Art von Gewalttätigkeit auf. Vor allem die Gewalt kleiner Gruppen stieg in dieser Periode an, während Massenaktionen zahlenmäßig zurückgingen und an Spontanität verloren. Gewalt ging nicht aus Protestveranstaltungen hervor, die auf bestimmte Forderungen ausgerichtet waren, sondern aus solchen, die einen hohen symbolischen Gehalt besaßen. Darüber hinaus kam es eher zu Gewaltanwendungen, je stärker die beteiligten Gruppen ideologisch motiviert waren²⁷).

Der Niedergang der Mobilisierung verstärkte den Konflikt zwischen den politischen Akteuren, die während des Protests ihren Zugang zur institutionellen „Decision Making Arena“ verbessert hatten, und denjenigen, die im Gegenteil davon ausgeschlossen worden waren. Am Ende der ersten Hälfte des Jahrzehnts war es den traditionellen politischen Akteuren gelungen, größere Kontrolle über den Protest zu gewinnen. Im Gegenzug reagierten einige Organisationen auf ihren Mangel an institutionellen Möglichkeiten mit einem stärkeren Gebrauch symbolischer Anreize verbunden mit einer Radikalisierung ihrer Maßnahmen.

Seit 1973/74 änderte sich auch das Verhalten der institutionellen Akteure gegenüber dem Protest. Während die kommunistische Partei und die Gewerkschaften in den ersten Jahren des Protestzyklus

die auftretenden Forderungen kanalisiert hatten, begann sich die Situation schon Anfang der siebziger Jahre zu ändern. Die Ölkrise und die Austeritätspolitik der italienischen Regierung zwangen die Gewerkschaften zunehmend in eine defensive Position. Gewaltsame Aktionsformen, die in der Vergangenheit als ein Mittel zur Stärkung der kollektiven Identität toleriert worden waren, wurden nunmehr von den Gewerkschaftsführern kritisiert. Zur gleichen Zeit war ein Zentralisierungsprozeß des Gewerkschaftsmanagements im Gange, der eine stärkere Kontrolle der Basis mit sich brachte²⁸). In bezug auf die PCI ist festzuhalten, daß um die Jahreswende 1973/74 die Strategie der Einheit der Linken von derjenigen des historischen Kompromisses zwischen Katholiken und Kommunisten abgelöst wurde.

Die Tendenz radikaler Gruppen, gewaltsame Aktionsformen zu benutzen, verstärkte sich durch die zunehmende Isolation, in die sie infolge dieser Entwicklungen gerieten. In der Demobilisationsphase der Bewegung wurden viele politische Aktivisten überflüssig für die Bedürfnisse ihrer Organisationen. Während einige sich in das Privatleben zurückzogen, intensivierten andere ihre politischen Aktivitäten. Sie wurden in einigen Fällen „Professionals“, in anderen verstärkten sie ihre freiwillige Beteiligung. „Was in Italien zwischen 1972 und 1973 geschah, war ein abruptes Abbremsen der Konfliktualität und der Klassenmilitanz . . .; aus den Strukturen der Partei und der Gewerkschaften traten schlagartig viele Individuen heraus, die alleine eine Erfahrung des Klassenkampfes besaßen; der größte Teil von ihnen blieb frustriert zurück, andere durchliefen psychologische Prozesse der Verzweiflung, andere, von der Gewerkschaft und der Partei zurückgestoßen, setzten ihren Aktivismus fort, indem sie sich in die Bewegung flüchteten . . . Es ist dieses abrupte Abbremsen der Phase der Konfliktualität, das die sich beschleunigende Fortsetzung provozierte, ohne weitere Möglichkeit der Kontrolle“²⁹). Enttäuscht von den Ergebnissen legaler Aktionsformen — vor allem verglichen mit den Beschwerden, die z. B. die Gewerkschaften überbetont hatten, um ihrer strukturellen Schwäche mit ideologischen Mitteln zu begegnen — stellten die extremistischen Ränder der Bewegung die Hauptbasis zur Rekrutierung in Untergrundorganisationen dar. Der Rückgang der Massenbeteiligung förderte zwar einerseits die Institutionalisierung, andererseits aber auch die Entwicklung von Ge-

²⁵) Della Porta/Tarrow (Anm. 16).

²⁶) Ebda., S. 627.

²⁷) Ebda.

²⁸) M. Regini, *I dilemmi del sindacato*, Bologna 1981, S. 48–50.

²⁹) A. Pizzorno, *Scambio politico e identità collettiva nel conflitto di classe*, in: C. Crouch/A. Pizzorno (Hrsg.), *Conflitti in Europa*, Milano 1977, S. 7.

walt. Das politische System inkorporierte einige der Organisationen der sozialen Bewegung und unterdrückte zur gleichen Zeit andere.

Zwei nationale Besonderheiten können den hohen Grad von Gewalt innerhalb der italienischen Protestbewegung erklären. Erstens ist der Sektor der sozialen Bewegungen, was die Anzahl an Organisationen betrifft, von hoher Dichte. Dies ist höchstwahrscheinlich auf die starke Politisierung der italienischen Gesellschaft zurückzuführen. Zweitens war der Protestzyklus besonders lang. Dieser Zeitraum, der als Abschluß der Konsolidierung der italienischen Demokratie beschrieben wurde, brachte so große Veränderungen mit sich – so etwa den Beginn moderner industrieller Beziehungen –, daß sie einen langen und intensiven Konflikt erklären.

2. Die „77er-Bewegung“ und die zweite Welle des Terrorismus

Wie schon erwähnt, liegen die Besonderheiten des Falles Italien vor allem in der Entwicklung des Phänomens in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Sie fiel zusammen mit dem plötzlichen Aufstieg und der vorzeitigen Krise einer neuen Protestwelle, die von den Medien meist als „77er-Bewegung“ bezeichnet wird. Widersprüchlich in ihrer Ideologie und gewalttätig in ihren Formen endete sie innerhalb weniger Monate und ließ eine relativ große Anzahl halb-illegaler Organisationen zurück. Einige verschwanden, nachdem sie einige Bombenanschläge verübt hatten, andere organisierten sich mehr und mehr und trugen zu dem stetigen Anstieg von Anschlägen gegen Personen zwischen 1978 und 1980 bei. Drei Aspekte dieser Periode müssen in Betracht gezogen werden:

- a) das turbulente Auftreten einer neuen Protestbewegung, deren Charakteristiken sich stark von der vorhergehenden unterschieden;
- b) die Geschlossenheit des politischen Systems gegenüber dieser spezifischen Art einer sozialen Bewegung;
- c) das Bestehen von Untergrundorganisationen, d. h. das vorhandene „Angebot“ an Terrorismus.

Die Interaktionen zwischen diesen Elementen führten zur Entstehung neuer terroristischer Gruppen in einem Augenblick, als die alten einem raschen Niedergang entgegenzugehen schienen.

Befassen wir uns zunächst mit dem ersten Aspekt. Es sei nochmals hervorgehoben, daß die Bedingungen innerhalb des politischen Systems für die verschiedenen kollektiven Akteure unterschiedliche Folgen haben. Wir sollten daher zunächst die „77er-Bewegung“, die in ihren Anfängen äußerst heterogen war, genauer definieren. Zwar war der Faktor,

der den Protest auslöste, ein Vorschlag der Regierung zur Reform des Universitätssystems, aber seit den allerersten Anfängen beteiligten sich die unterschiedlichsten Gruppen an der Bewegung: „proletarische Jugendzirkel“, von der feministischen Bewegung organisierte „consultori“, jugendliche Selbsthilfegruppen gegen Drogenhändler, Komitees für die „Selbstreduktion“ von Elektrizitätsrechnungen, linke Piratensender.

Ist es berechtigt zu sagen, daß die Forderungen dieser Gruppen antagonistisch zum demokratischen System waren? Der Forderungskatalog, den die „77er-Bewegung“ präsentierte, hätte, trotz aller ihrer Widersprüche, zum größten Teil durch institutionalisierte Verhandlungen erfüllt werden können. Die sich manifestierende Geschlossenheit des politischen Systems ist nicht auf die Unerfüllbarkeit der Forderungen zurückzuführen. Ausschlaggebender Faktor war, daß die „77er-Bewegung“ tatsächlich außerhalb des „universe of the traditional political discourse“ stand, d. h. außerhalb der traditionellen Funktionen des politischen Systems und außerhalb dessen, was als politisch galt³⁰). Die Ideologie der Bewegung schenkte ökonomischen Forderungen wenig Beachtung. Sie zielte auf das ab, was Forscher der neuen kollektiven Bewegungen definiert haben als die Wiederaneignung einer Identität gegenüber einer Macht, die über reine ökonomische Ausbeutung und politische Herrschaft hinausgeht³¹). Aus diesem Grund fanden die neuen Forderungen keine institutionellen Akteure, die bereit gewesen wären, sie innerhalb des politischen Systems zu vermitteln.

Neben den Merkmalen des Protests von 1977, die in sich selbst mit traditionellen Akteuren unvereinbar waren, trugen weitere Faktoren dazu bei, die Bewegung von potentiellen Unterstützern zu isolieren. Der Sieg der laizistischen Kräfte im Referendum über Ehescheidung, und die Gewinne des PCI bei den Lokalwahlen von 1975, die in den allgemeinen Wahlen im folgenden Jahr bestätigt wurden, hatten negative Auswirkungen auf die Organisationen der sozialen Bewegung, die seit der Protestwelle der sechziger Jahre überlebt hatten. Nach dem Wahlerfolg von 1976 war die Strategie der PCI bestimmt von dem Wunsch, als verlässliche Partei angesehen zu werden, fähig, Regierungsfunktionen auf nationaler Ebene zu übernehmen. Diese Periode begann mit der parlamentarischen Vereinbarung zwischen DC und PCI im Juli 1977, die zu Andreottis Min-

30.) Zur Kategorie „universe of discourse“ vgl. J. Janson, *Success Without Struggle? The Modern Women's Movement in France*, Paper für den Workshop „Social Movements and Political Outcomes“, Ithaca 1982, S. 2 (unveröffentlicht).

31.) Aus der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur über neue soziale Bewegungen siehe z. B. A. Touraine, *Le voix et le regard*, Paris 1978; A. Melucci, *L'invenzione del presente*, Bologna 1983.

derheitsregierung bei Enthaltung (oder Nicht-Op-
position) der kommunistischen Partei führte. Sie
wurde damit fortgesetzt, daß die PCI der neuen
Regierung Andreotti im März 1978 das Vertrauen
aussprach. Die strategischen Veränderungen der
PCI beeinflussten ihr Verhalten gegenüber der
neuen Jugendbewegung: Von einem ungeschickten
Versuch, die Bewegung zu kooptieren — dies
führte zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen
Aktivisten der Bewegung und Ordnungskräften der
Gewerkschaften während einer Rede Luciano La-
mas, des Führers der größten Gewerkschaft CGIL
(Confederazione Generale Italiana del Lavoro/All-
gemeine italienische Konföderation der Arbeit), in
der Universität von Rom —, ging man zur völligen
Ablehnung aller Gruppen und Interessen über, die
im Protest aktiv waren. Im gleichen Zeitraum muß-
ten die Gruppen der neuen Linken ernsthafte
Wahlverluste hinnehmen, die ihre Fähigkeit unter-
gruben, den Protest zu organisieren.

Die Radikalisierung ihrer Maßnahmen wurde wei-
ter gefördert durch die unzeitigen oder unangemes-
senen Reaktionen der politischen Institutionen auf
den Protest. Im Vergleich zu anderen industrialisi-
erten Ländern, die keinen eigenen Terrorismus
erlebten, ist hervorgehoben worden, daß die histo-
rische Schwäche des italienischen Bürgertums das
italienische politische System durchlässiger für Pro-
test gemacht hat³²). Die positive Entwicklung der
Konfrontation zwischen dem politischen System
und den kollektiven Akteuren wurde allerdings
schon bald durch die wirtschaftliche Krise abge-
blockt. Während der zweiten Protestwelle reagierte
das politische System negativ auf Forderungen, die
sich auf spezifische Probleme bezogen. Erst nach

langer Zeit begannen die Lokalverwaltungen, wenn
auch mit reichlicher Konfusion, auf die Beschwer-
den einzugehen, die während der Unruhen von
1977 vorgebracht worden waren. Außerdem fand
die „77er-Bewegung“ im Gegensatz zu ihrer Vor-
gängerin keine institutionelle Anerkennung³³).

Die Eskalation kollektiver Aktionen wurde auch
durch eine dritte Bedingung beeinflusst: das vorhan-
dene „Angebot“ an Terrorismus, d. h. die Existenz
von Untergrundorganisationen. „Es sind die Roten
Brigaden, die das ‚Angebot an Terrorismus‘ her-
stellen und seine Fortsetzung garantieren, indem sie
durch ihre Präsenz und ihre Aktionen . . . die Plau-
sibilität, die Möglichkeiten, oder in gewisser Weise
die mögliche Alternative des bewaffneten Kampfes
suggerieren“³⁴).

Zusammenfassend können einige Beobachtungen
zur Chancenstruktur gemacht werden, die den Or-
ganisationen der zweiten Protestwelle zur Verfü-
gung stand. Die Organisationen der Bewegung fan-
den unter den institutionellen politischen Akteuren
keinerlei Verbündete. Die Handlungen erfolgten,
wenn auch in geringem Umfang, seitens radikaler
Gruppen, die in der vorhergehenden Periode ent-
standen waren. Der Mangel an Vermittlung radika-
lisierte die Aktionsformen, während das Bedürfnis,
sowohl traditionelle als auch neue Inhalte beizubeh-
alten, die Ideologie konfuser und abstrakter
machte. Interessen, die von ihrer Beschaffenheit
her verhandelbar waren, wurden in der Interaktion
mit einem politischen System, das für neue Forde-
rungen unzugänglich geworden war, nicht mehr
vermittelt.

III. Die strategische Wahl des Untergrunds und die Entstehung terroristischer Organisationen

Im folgenden sollen die Auswirkungen dieser poli-
tischen Chancenstruktur auf die Organisationen der
Protestbewegung anhand einer Analyse der Grün-
dungsphase terroristischer Gruppen untersucht

werden. Dadurch wird es möglich, sich mit einem
weiteren Aspekt der Ursachen des Terrorismus aus-
einanderzusetzen: den Merkmalen jener zunächst
innerhalb legaler Organisationen aktiven Gruppen,
die sich später für den Untergrund entschieden.

³²) Vergleichende Analysen zu den Reaktionen des italienischen und französischen politischen Systems auf die Protestbewegungen der späten sechziger Jahre finden sich in A. Gigliobianco/M. Salvati, *Il maggio francese e l'autunno caldo italiano. La risposta di due borghesie*, Bologna 1980; S. Tarrow, *I movimenti degli anni '60 in Italia e Francia e la transizione al capitalismo maturo*, in: *Stato e mercato*, (1984) 12, S. 339–362.

³³) L. Manconi, *Movimenti e nuovi movimenti: identità e negoziazione*, in: *Quaderni piacentini*, (1983) 8, S. 75–113; B. Beccalli, *Cultura politica e protesta giovanile in Europa*, in: *Inchiesta*, 54 (1981), S. 63–71.

³⁴) G. Pasquino (Anm. 10), S. 217.

Der Prozeß der Bildung von Untergrundformationen spielte sich in Italien nicht in der Form einer kasualen Aktivierung von Kontakten zwischen Individuen mit persönlicher Neigung zu Gewalt ab. Untergrundorganisationen wurden von Personen aufgebaut, die nicht nur frühere Erfahrungen politischer Beteiligung in legalen Organisationen gemeinsam hatten, sondern auch durch starke Bande der Solidarität, die in den meist kleinen lokalen Untergruppierungen gewachsen waren, und durch

enge zwischenmenschliche Beziehungen aneinandergebunden waren. Um einige Beispiele zu nennen³⁵): Die BR (Brigate Rosse/Rote Brigaden) wurden in Mailand von Aktivisten einer der zahlreichen linken Gruppen gegründet. Einige von ihnen kamen ursprünglich aus dem marxistisch-leninistischen Umfeld, andere aus der eher traditionellen Linken. Ausgehend von denselben Wurzeln breitete sich die Gruppe im folgenden Jahr nach Turin aus. Völlig anders gelagert ist die Geschichte der „Roten Brigaden“ in Rom, wo eine „Kolonie“ erst 1976 entstand: Die meisten der Gründungsmitglieder hatten vorher PO (Potere Operaio/Arbeiter-Macht) angehört und waren durch Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen miteinander verbunden.

Alle Gründungsmitglieder von PL (Prima Linea/Front-Linie) kamen aus den CCPO (Comitati Comunisti per il Potere Operaio/Kommunistische Komitees für die Macht der Arbeiter), einem informellen Zusammenschluß von Gruppen, die Exmitglieder von LC (Lotta Continua/Fortgesetzter Kampf) und PO gegründet hatten, und die sich um die Zeitschrift „Senza Tregua“ sammelten. In Mailand kamen die Mitglieder der „Kommunistischen Komitees“ (Comitati Comunisti), die den CCPO vorangingen, aus derselben Sektion von LC in der Arbeitervorstadt Sesto San Giovanni. In Turin teilten die ersten Aktivisten von PL eine gemeinsame Vergangenheit in den „Arbeiter- und Studentenkomitees“ und in den von LC organisierten „Jungen Proletarischen Zirkeln“ in Borgo San Paolo. Die Gründer von PL in Florenz kamen aus zwei „Senza Tregua“-Gruppen: dem „Collettivo Architettura“ und dem „Collettivo Mensa“.

³⁵) Weitere Beispiele von unbedeutenderen Organisationen seien angeführt: die NAP (Nuclei Armati Proletari/Bewaffnete Proletarische Gruppen) entstanden aus einer kleinen Gruppe der LC. Die FCC (Formazioni Comuniste Combattenti/Kommunistische kämpfende Formationen) in Mailand entstanden im Sommer 1977 aus einer Spaltung der „collettivi“, die die Zeitschrift „Rosso“, einige Jahre vorher von ehemaligen Mitgliedern von PO gegründet, veröffentlichten. Vier Networks scheinen an der Gründung der Gruppe beteiligt gewesen zu sein: drei Mitglieder kamen aus dem „Collettivo Romana-Vittoria“, fünf aus dem „Collettivo Sempione“, zehn aus dem „Collettivo Autonomo di Luino“, zwanzig aus dem „Collettivo Autonomo di Varese“. Aus derselben Organisation („Rosso“-Collettivo Autonomo della Barona, Collettivo Stadera) entstanden im Jahr 1978 in Venedig und Mailand die PAC (Proletari Armati per il Comunismo/Bewaffnete Proletarier für den Kommunismus). Viele emotionale Bande freundschaftlicher und verwandtschaftlicher Art verbanden die Mitglieder dieser Organisationen. Wiederum aus den CCPO entstanden im selben Jahr die UCC (Unità Comuniste Combattenti/Einheiten kämpfender Kommunisten) in Rom und Mailand sowie die FAC (Formazioni Comuniste Combattenti/Kommunistische kämpfende Formationen) in Rom und Turin.

Die zweite Gruppe von Organisationen, die zu analysieren ist, entwickelte sich aus Beziehungen von Personen, die schon Mitglieder von Untergrundformationen waren: aus den FCC entstanden im Frühjahr 1978 die RCA (Reparti Comunisti d'Attacco/Kommunistische Angriffs-Abteilung) und „Guerriglia Rossa“; aus den RCA im Jahr 1980 die „Lo Muscio Brigade“; aus PL 1979 „Für den Kommunismus“ und 1981 die „Nuclei“; aus den BR und den FAC im Jahr 1979 der MCR (Movimento Comunista Rivoluzionario/Revolutionäre Kommunistische Bewegung). Auch für den Entstehungsprozeß dieser zweiten Gruppe terroristischer Organisationen besaßen schon bestehende Solidaritätsbeziehungen und persönliche Kontakte eine besondere Bedeutung. Dies wurde z. B. von dem Richter hervorgehoben, der „Guerriglia Rossa“ untersuchte und definierte als: „Eine Gruppe von Personen, die gegenseitige Freundschaftsbeziehungen und eine Vergangenheit der Mitgliedschaft in den FCC gemeinsam hatte.“³⁶)

Welches waren nun aber die Merkmale der legalen Organisationen, aus denen die Untergrundgruppen ihre anfänglichen Mittel nahmen? Einige Interpretationen des italienischen Terrorismus betonen die Rolle der Ideologie derjenigen legalen Gruppen, die der Doktrin des „Operaismo“, die in den sechziger Jahren entstanden war, anhängen³⁷). Meine Untersuchungen zur Geschichte bewaffneter Gruppen zeigen, daß sie innerhalb legaler politischer Organisationen entstanden, deren Ideologien Gewalt rechtfertigten.

Die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes wurde von legalen Gruppen betont, die häufiger zitiert werden, wenn über die Entstehung von Untergrundorganisationen gesprochen wird: CPM (Collettivo Politico Metropolitano/Politisches Kollektiv der Metropole), LC, PO, CCPO, „Rosso“. Die Zeitschrift von CPM betonte die Notwendigkeit, die kämpfenden proletarischen Massen von dem Prinzip zu überzeugen, daß es ohne militärische keine politische Macht gebe³⁸). PO und LC wurde vorgeworfen, eine effiziente halb-militärische Struktur aufgebaut, die Aktionen der ersten BR in ihren Zeitungen befürwortet und politische

³⁶) Gericht Mailand, SOGI in PP 225/81 + 716/80, S. 296.

³⁷) A. Ventura, Il problema storico del terrorismo italiano, in: Rivista storica italiana, XCII (1980), S. 125–151; ders., Il problema delle origini del terrorismo di sinistra, in: D. della Porta (Hrsg.), Terrorismi in Italia, Bologna, S. 75–152; S. Galante, Alle origini del partito armato, in: Il Mulino, XXX (1981), S. 444–487. Für die zweite Gruppe terroristischer Organisationen muß das Vorhandensein gewalttätiger Ideologien nicht untersucht werden, da sie aus illegalen Formationen entstanden, deren Ideologien von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes ausgingen.

³⁸) A. Silj, Mai piu senza fucile, Firenze 1977, S. 89.

Gewalt verherrlicht zu haben. Mitglieder der Redaktionen von „Rosso“ und „Senza Tregua“ wurden wegen „insurrezione armata contro i poteri dello stato“ gerichtlich verfolgt, wobei die Propaganda für soziale und politische Gewalt, die in den beiden Zeitschriften enthalten war, die Basis der Anklage bildete.

In Italien dominierte im Sektor der sozialen Bewegungen eine politische Kultur, die den Gebrauch gewaltsamer Maßnahmen rechtfertigte. Diese Rechtfertigung entwickelte sich in dem Kontext einer linken Kultur, die charakterisiert ist durch ideologische Komponenten wie die Mythologie der bevorstehenden Revolution, die Definition der Demokratie als einer die Ausbeutung verdeckende Maske, die Dominanz der Ideologie über die Theorie, die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv, die Propaganda für einen gewaltsamen Umsturz der Institutionen des Staates³⁹⁾. In diesem Sinne waren ideologische Prinzipien, die den Boden für terroristische Ideologien vorbereiteten, in der Kultur der Bewegung weit verbreitet.

Ideologie scheint somit eine wichtige Rolle dabei gespielt zu haben, Aktivisten einiger Organisationen zum Terrorismus zu bringen. Ideologie kann allerdings aus wenigstens drei Gründen nicht als bestimmender Faktor für die Entscheidung zum bewaffneten Kampf angesehen werden. Erstens waren die eher generellen Inhalte dieser Ideologien – die Definition des Feindes, die Präfiguration der zukünftigen Gesellschaft usw. – nicht spezifisch für die Gruppen, aus denen terroristische Organisationen entstanden. Sie waren im Gegenteil in der linken Kultur weit verbreitet. Zweitens trifft dasselbe auf die diskutierten Strategien zu. Wenn es auch wahr ist, daß CPM und PO von Aufstand sprachen, und LC schrieb: „alles und jetzt“, so wurden Anfang der siebziger Jahre dieselben Schlagworte doch auch von Organisationen aufgenommen, die sich gegen den Aufbau einer militärischen Struktur entschieden. Drittens bezogen sich auch Individuen und Gruppen, die später den Terrorismus kritisierten, in der Vergangenheit auf dieselben Ideologien. Abschließend muß betont werden, daß selbstverständlich nur sehr wenige Mitglieder von LC und PO und auch von „Rosso“ und „Senza tregua“ in den Untergrund gingen.

Ideologien scheinen eher als fördernde Faktoren oder als Vorbehalte bei der Entwicklung eines Akteurs und der Definition seiner Strategien zu wirken, denn als Ursachen kollektiven Verhaltens.

³⁹⁾ N. dalla Chiesa, *Del sessantotto e del terrorismo*, in: Il Mulino, XXX (1981), S. 53–93; ders., *Le culture politiche: il terrorismo di sinistra*, in: della Porta (Anm. 37), S. 293–330.

Keine umfassende Erklärung der Aktionen einer Organisation kann sich alleine auf politische Überzeugungen stützen. Auf der anderen Seite sind Ideologien ex-post Rationalisierungen einer vorher bestehenden Eskalation der Aktionsformen.

Nicht nur die ideologischen Prinzipien, sondern auch die politische Kultur, die als Theorie entwickelten Strategien sowie das tatsächliche Verhalten, müssen beachtet werden. Es wird von der Hypothese ausgegangen, daß es die durch die Länge des Protestzyklus hervorgerufene Eskalation der Aktionsformen war, die das Auftreten unvermittelbarer Forderungen und die Radikalisierung der Ideologien bestimmte. Die Gruppen, die bis zum Ende des Zyklus überlebten, ohne eine Möglichkeit zur Institutionalisierung zu finden, durchliefen häufig einen Prozeß der Abschottung ihrer Organisationsstrukturen, aus dem heraus sich Untergrundformationen entwickelten.

Im Verlauf der Interaktionen zwischen den kollektiven Akteuren der beiden Protestwellen und ihren Gegnern begannen die Gruppen, die die Ergebnisse gewaltloser Formen politischer Intervention als ungenügend beurteilten, verschiedene Formen von „pratica degli obiettivi“⁴⁰⁾ zu benutzen, von denen einige – wie etwa die Besetzung von Fabriken oder wilde Streiks – gewaltsame Reaktionen der Gegenseite provozierten. Teile der Bewegung antworteten mit einem graduellen Prozeß der Bewaffnung auf staatliche Repression. Auf den Demonstrationen wandelten sich die Waffen, die Aktivisten zu defensiven Zwecken trugen, von Steinen zu Stöcken, von Stöcken zu Eisenstangen, von Eisenstangen zu Molotowcocktails, von Molotowcocktails zu Pistolen. In den größeren Fabriken wurden Sabotage und physische Gewalt von den Gewerkschaften in der Zeit der größten Konflikte toleriert. Die Radikalisierung der Aktionsformen – beeinflusst durch die Präsenz bewaffneter Organisationen – war der wichtigste Faktor, der die vorzeitige Krise der „77er-Bewegung“ hervorrief, durch die dann eine gewisse Anzahl junger Aktivisten, die auf Grund ihrer politischen Sozialisation mit illegalen Formen kollektiver Aktion sympathisierten, zum Terrorismus kamen⁴¹⁾.

⁴⁰⁾ Hierunter verstand die Bewegung Aktionsformen, die das Ziel des Protests direkt verwirklichen sollten, z. B.: aus Protest gegen eine Fahrpreiserhöhung wird nur der alte Preis gezahlt.

⁴¹⁾ Komparative Beobachtungen scheinen zu bestätigen, daß Terrorismus dort bessere Vorbedingungen findet, wo politische Institutionen unfähig sind, rechtzeitig auf neue Protestformen zu antworten. Eine Eskalation der Aktionsformen sozialer Bewegungen trat dort häufiger auf, wo das „Einfrieren“ von Oppositionen (Italien oder Japan) oder große Ko-

Zwei Indikatoren zeigen die Verbindung zwischen der Gründung bewaffneter Organisationen und der Ausbreitung gewaltsamer Maßnahmen: die Geographie der Entstehungsorte der Gruppen und die politische Sozialisation, die ihre ersten Mitglieder durchliefen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß sich terroristische Organisationen in den Städten entwickelten, in denen stärker mit gewaltsamen politischen Aktionen experimentiert wurde. Die BR wurden in Mailand gegründet, wo die Arbeiter- und Studentenkämpfe die meisten Verbindungen aufwiesen und sich in großen Massendemonstrationen ausdrückten, denen sich die Polizei oft gewaltsam entgegenstellte. Ebenfalls in Mailand wurden Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre einige Aktivisten der Bewegung während Polizeiaktionen oder bei Kämpfen mit Rechtsradikalen (letztere auch verantwortlich für das Massaker in Piazza Fontana im Jahr 1969) getötet. In diesem Klima wurde der Ruf nach Rache laut. So entstanden in Mailand in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre viele bewaffnete Gruppen (PL, FCC, RCA, GR [Guerriglia Rossa/Rote Guerilla], Lo Muscio Brigade, PAC, um nur einige zu nennen) ein Zeitraum, in dem die Stadt die größte Anzahl gewaltsamer Zwischenfälle erlebte: von den „proletarischen Enteignungen“, die 1974 begannen, über die ersten physischen Attacken gegen Fabrikmanager, die von Organisationen außerhalb der BR ausgingen, bis zu den „bewaffneten Demonstrationen“ 1976/77⁴²⁾.

alitionen zwischen Zentrum und Linker (Bundesrepublik Deutschland oder Italien) den politischen Wechsel verlangsamten, oder sich jedenfalls die Einstellung verbreitete, mit gewaltlosen Mitteln seien keine Änderungen im politischen System zu erreichen. Als Analyse des Terrorismus im Sinne einer Reaktion auf ein „blockiertes“ System vgl. L. Bonanate, *Terrorismo e governabilità*, in: *Rivista italiana di scienza politica*, XIII (1983), S. 37–64; kritisch hierzu G. Pasquino (Anm. 10). Auch in anderen westlichen Demokratien entstand linker Terrorismus aus einer Radikalisierung politischer Maßnahmen, die während der Interaktionen zwischen kollektiven Akteuren und dem Staat stattfand. In den Vereinigten Staaten begann z. B. die Bürgerrechtsbewegung ihren Kampf mit einer weit verbreiteten Kampagne von Sit-ins, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zurückgehen begannen. Hieraus erwuchs Raum für den Aufruhr in den Ghettos und später für die terroristischen Aktivitäten der „Black Panther“. Den Medien und der Polizei gelang es, die Bewegung zu isolieren, aber dies produzierte eine Degeneration der Aktionsformen. T. R. Gurr, *Politiche di coercione e di conflitto negli Stati Uniti. Usi e conseguenze della violenza politica e del terrorismo*, in: della Porta/Pasquino (Anm. 12), S. 91–160. In der Bundesrepublik Deutschland konzentrierte sich die Jugendbewegung, die aus Forderungen nach Reformen entstanden war, erst dann stärker auf antistaatliche Aktivitäten, als die Möglichkeiten zu gewaltlosem Protest objektiv zurückgegangen waren. Vgl. I. Fettscher, *Violenza politica e terrorismo nella Repubblica Federale Tedesca. Motivazione, interazione, reazione*, in: ebda., S. 163–204.

⁴²⁾ Während des Jahres 1975 folgten auf die erste „proletarische Enteignung“ mindestens vier weitere; 1976 begann die

Die zwei wichtigsten terroristischen Gruppen (BR und PL) breiteten sich nach Turin aus, wo die Arbeiter- und Stadtteilbewegungen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die dramatischsten Formen angenommen hatten, unter anderem mit gewalttätigen Hausbesetzungen und „irruzioni armate“. Seit 1976 entstand eine wachsende Zahl von Untergrundorganisationen in Rom: UCC, FAC, die römische Kolonne der BR und viele kleine bewaffnete Gruppen mit einer sehr beschränkten Bandbreite von Aktionen. Dies spielte sich wiederum im Kontext einer Radikalisierung der Aktionsformen ab, die nach den großen Industriestädten des Nordens auch die Hauptstadt ergriff. Auch in Rom stieg der Gewaltpegel kontinuierlich an⁴³⁾. Versuche bewaffneter Organisationen, terroristische Basen in Gegenden aufzubauen, in denen gewaltsame Aktionen weniger weit verbreitet waren, mißlangen hingegen.

Die Lebensgeschichten von Gründern terroristischer Organisationen verdeutlichen die Rolle, die ihre Teilnahme an gewaltsamen kollektiven Aktionen für ihre politische Sozialisation spielte. Sie nahmen während ihrer Mitgliedschaft in legalen Gruppen in signifikantem Maße in den halb-militärischen Strukturen von Organisationen teil, die nicht im Untergrund waren. Viele der Gründer von PL in Turin, Mailand und Florenz hatten dem „Servizio d'Ordine“ von LC angehört. Mitglieder des „Servizio d'Ordine“ von LC und PO spielten auch eine Rolle bei der Gründung von UCC und FAC. Die Mehrheit der ersten Mitglieder der BR in Turin und Rom hatte an den halb-illegalen Strukturen von PO teilgenommen, die um die Zeitschrift „Linea di Condotta“ organisiert waren. Andere Gründungsmitglieder der BR in Turin kamen aus der ersten in Italien aktiven bewaffneten Organisation, den GAP (Gruppi Armati Proletari/Bewaffnete Proletarische Gruppen). Die FCC entstanden, wie gesehen, aus einer Spaltung der Mitglieder der um „Rosso“ gruppierten Organisationen, genauer gesagt der Mitglieder der „Kommunistischen Brigaden“ (Brigate Comuniste), die für die bewaffnete Verteidigung öffentlicher Demonstrationen und illegale Aktionen zuständig war. Viele der jüngeren Gründungsmitglieder von FCC, PL und anderen kleineren Formationen in Mailand nahmen an den „proletarischen Enteignungen“ und „bewaffneten

Praxis der bewaffneten Demonstrationen, wobei es in drei Fällen zu schweren Unruhen kam. Dies setzte sich im folgenden Jahr fort und führte zur Ermordung eines Polizisten. Für eine Darstellung dieser Periode vgl. F. Calvi, *Camerade* P. 38, Paris 1982.

⁴³⁾ Zur „77er-Bewegung“ in Rom vgl. G. Lerner/L. Manconi/M. Sinibaldi, *Uno strano movimento di strani studenti*, Milano 1978.

Demonstrationen“ der zweiten Hälfte der siebziger Jahre teil. Eine gewisse Anzahl der ersten Mitglieder der römischen BR war wegen ihrer Mitgliedschaft einer der gewalttätigsten Gruppen der „Arbeiter-Autonomie“ (Autonomia operaia), dem „Collettivo di Via dei Volsci“, gerichtlich verfolgt worden. Auch einige Mitglieder von NAP und PAC, einfache Kriminelle, die während ihrer Gefängniszeit politisiert worden waren, hatten Erfahrungen in illegalen Aktionen, wenn auch mit nicht-politischen Zielen. Die kleinen Untergrundgruppen, die seit 1979 entstanden, wurden von Terroristen gegründet, die aus den größeren bewaffneten Organisationen kamen⁴⁴).

Zwei Schlußfolgerungen können aus den Daten über die früheren politischen Erfahrungen der Gründer terroristischer Organisationen gezogen werden. Erstens sind Individuen, die während ihrer Mitgliedschaft in legalen politischen Organisationen den Einsatz gewaltsamer Aktionsformen erfahren, eher bereit, an illegalen politischen Gruppen teilzunehmen. Es ist anzunehmen, daß eine Umgebung, in der gewaltsame Praxis weit verbreitet ist, eine Art von Aktivisten produziert, für den politischen Engagement mehr mit physischem Kampf als mit Verhandlungen identifiziert ist. Zweitens sind die Gründer terroristischer Organisationen keine isolierten Individuen, sondern im Gegenteil Personen, die in ein komplexes Beziehungsgeflecht politischer Solidarität eingebunden sind. Es ist dieses Beziehungsgeflecht, das untersucht werden muß, um die Gründe für die persönliche Verwicklung in die Gründung von Untergrundgruppen zu verstehen.

Unsere Daten erlauben es uns, die Analyse der Entstehung terroristischer Organisationen stärker zu spezifizieren. Gesellschaftliche Einflüsse wie z. B. Umweltressourcen, nicht vermittelte Interessen, radikale Ideologien und gewaltsame Aktionen können von bewaffneten Organisationen nur aktiviert werden, falls sie sich speziell in den individuellen Beziehungen konkretisieren, die durch eine starke Neigung zu politischer Gewalt charakterisiert sind.

Der letzte Schritt in der Entstehung einer terroristischen Organisation ist die Wahl des Untergrunds durch vorher existierende Gruppen oder Fraktio-

nen von Organisationen. Die Präsenz von ideologischen und strategischen Verbindungen in der Gesellschaft, die die Wahl extremer Aktionsformen und die Bildung von Beziehungen, bestehend aus Aktivisten, die zu politischer Gewalt sozialisiert sind, favorisieren, ist noch keine ausreichende Erklärung für die Entstehung von Terrorismus. Nicht alle Mitglieder einer sozialen Bewegung kämpfen jedoch mit denselben Taktiken für ihre Ziele. Es ist daher nötig, das problematische Thema strategischer Entscheidungen in kollektiven Aktionen einzuführen, um die Gründe zu verstehen, warum sich – obwohl die Präsenz einiger struktureller Prädispositionen und individueller Neigungen vorausgesetzt werden kann – nur wenige Gruppen dafür entschieden haben, in den Untergrund zu gehen⁴⁵).

Aus den Daten ergeben sich hierzu zwei Beobachtungen. Erstens entsteht Terrorismus aus einer Eskalation im Gebrauch illegaler Maßnahmen, die einige der stärker beteiligten Gruppen zur Entscheidung für den Untergrund drängt, um so der Entdeckung durch den Staat zu entgehen. Das auslösende Element für den definitiven Ausstieg aus der Legalität ist eine repressive Aktion von seiten des Staates gegen einige spezifische Gruppen. Zweitens spaltet sich die politische Führung angesichts dieses auslösenden Elements, um mit unterschiedlichen Strategien zu experimentieren. Der Prozeß der Reaktion auf bestimmte Ereignisse ist daher nicht vorherbestimmbar. Dies kann anhand der Schritte überprüft werden, die die drei wichtigsten terroristischen Organisationen – BR, PL, FCC – auf ihrem Weg in den Untergrund durchliefen.

Die Geschichte der Gründung der BR ist mit den fortwährenden Spaltungen einer lokalen Gruppe in Mailand verbunden. Die Entscheidung für den Untergrund wurde in sehr gradueller Weise getroffen. Anfangs benutzten die BR Taktiken, die zwar illegal waren, sich aber im Rahmen dessen hielten, was in der Umgebung der Bewegungen toleriert wurde. Die Gruppe verfolgte in den ersten zwei Jahren die organisatorische Strategie der „doppia militanza“: eine geheime Organisation, aber öffentliche Aktivität ihrer Mitglieder. Dies funktionierte bis zum Mai 1972, als die Gruppe Verhaftungen und Hausdurchsuchungen hinnehmen mußte. Zu diesem Zeit-

⁴⁴) In seiner Analyse der „Lo Muscio Brigade“ hob ein Richter den starken Einfluß hervor, den Personen mit früherer terroristischer Erfahrung bei der Gründung der Gruppe spielten: „Die Lo Muscio Brigade wurde erdacht, geführt und organisiert von XXX (einem Exmitglied der FCC), der, indem er seinen Einfluß in der Bewegung Mailands benutzte, keine Schwierigkeiten hatte, eine Gruppe junger Leute zu entflammen.“ Gericht Mailand, SOGI in PP 226/81.

⁴⁵) Für eine Definition des Konzepts „strategische Entscheidung“ sei verwiesen auf J. Child, *Organization, Structure, Environment and Performance. The Role of Strategic Choice*, in: *Sociology*, VI (1972), S. 1–22. Für eine Analyse strategischer Entscheidungen in sozialen Bewegungen vgl. A. Gamson, *The Strategy of Social Protest*, Homewood 1975.

punkt entschieden sich die meisten Mitglieder dafür, in den Untergrund zu gehen, aber nicht alle akzeptierten diese Entscheidung und einige verließen die Gruppe⁴⁶⁾.

Auch die Entstehung von PL kann im Sinne gradueller Entscheidungen analysiert werden, die von den Networks einiger Individuen innerhalb der Organisation, aus der heraus die bewaffnete Gruppe entstand, getroffen wurden. Anfang der siebziger Jahre entwickelten radikale Ränder einiger Organisationen der Bewegung in Mailand ein strategisches Projekt, das darauf abzielte, den Gebrauch illegaler Taktiken mit der Bewahrung legaler Strukturen zu verbinden. Dies führte von der Abspaltung einer Fraktion von LC, die 1973 die Notwendigkeit einer Bewaffnung vertrat, zum Aufbau einer kleinen bewaffneten Gruppe in der Peripherie Mailands, die sich im selben Jahr als „Kommunistische Komitees“ konstituierte. Im Jahr 1976 schlossen sie sich mit einer Gruppe von Aktivisten von PO zu den CCPO zusammen⁴⁷⁾. Den Mißerfolg des ursprünglichen Programms demonstriert die gerichtliche Verfolgung einiger Mitglieder wegen des ersten von der Gruppe ausgeführten Mordanschlags. Während der Bemühungen, die Krise zu überwinden, spalteten sich die CCPO Ende 1976 über der Auseinandersetzung um zwei verschiedene Strategien. Eine Gruppe kritisierte illegale Aktionen, eine andere aber, die die militärischen Strukturen der Organisation repräsentierte, beschloß, die organisatorische Abschottung und den Einsatz gewaltsamer Mittel zu verstärken, und gründete PL.

Ähnlich ist die Entwicklung der Gruppen um die Zeitschrift „Rosso“, aus denen die FCC entstan-

⁴⁶⁾ In diesem Zusammenhang ist vor allem das Beispiel Roms signifikant. Seit 1971 standen die BR mit einer Gruppe früherer Aktivisten von PO in Rom in Kontakt. Nach der Entscheidung der BR, vollständig in den Untergrund zu gehen, brach die römische Gruppe allen Kontakt mit ihnen ab. Sie argumentierten, die Entscheidung für den Untergrund sei im römischen Kontext unpassend. Gericht Rom, SOGI in PP 54/80, S. 275.

⁴⁷⁾ Für eine Geschichte von LC siehe die Darstellung eines früheren Aktivisten: L. Bobbio, *Lotta Continua. Storia di*

den. Auch in diesem Fall entschieden sich einige Gruppen Schritt für Schritt dafür, verstärkt gewaltvolle Aktionsmittel einzusetzen. Diese Gruppen, die sich in Mailand um die Jahreswende 1974/75 entwickelten, benutzten zunehmend illegale Aktionen: nicht nur Bomben oder Molotowcocktails gegen Autos und Häuser, sondern auch „bewaffnete Protestmärsche“, „proletarische Enteignungen“ und Raubüberfälle⁴⁸⁾. Die Debatte über die Notwendigkeit einer stärkeren Militarisierung der Organisation entwickelte sich im Mai 1977 nach der Ermordung eines Polizisten während einer Demonstration. Dies verstärkte die Furcht vor staatlicher Repression. Wiederum favorisierte eine Fraktion der Organisation Massenaktionen, die Führer der militärischen Struktur hingegen entschieden sich dafür, den Prozeß der Bewaffnung zu beschleunigen.

Die strategische Wahl des Untergrunds durch politische Organisationen ist somit ein gradueller Prozeß und nicht ohne Umkehrmöglichkeiten. Sie spiegelt schon vorher bestehende Gegensätze innerhalb der Führung wider und ist ein von einer Fraktion benutztes Instrument, um eine Krise zu bewältigen. Die Entscheidung für den Untergrund vermindert einige Kosten, auch wenn dafür der Preis eines gleichzeitigen Verlustes einiger Vorteile gezahlt werden muß. Die Präsenz vorteilhafter Umweltbedingungen und die Beziehungen von Aktivisten, die zu gewaltsamen Formen kollektiver Aktion zusammenkommen, machen diese Entscheidung möglich.

una organizzazione rivoluzionaria, Roma 1979. Die CCPO wurden wegen illegaler „Massenaktionen“ (bewaffnete Demonstrationen, „proletarische Enteignungen“), aber auch wegen starker „individueller“ Gewalt wie Bombenanschlägen auf Autos und Kasernen, sechs Verwundungen und zwei Morden gerichtlich verfolgt. Zur Geschichte der CCPO: a) Gericht Mailand: SOGI in PP 312/82; RPM in PP 312/82; RPM in PP 228/81; b) Gericht Padua: RPM in PP 183/79; SOGI in PP 183/79; c) Gericht Rom: SOGI in PP 103/80.

⁴⁸⁾ Einige Informationen zu „Rosso“ finden sich in: Gericht Rom, RPM in PP 229/81; SOGI in PP 229/81; RPM in PP 661/83; SOGI in PP 154/82; SOGI in PP 29A/82.

IV. Schlußfolgerungen: Politische Struktur und die Gründung terroristischer Organisationen

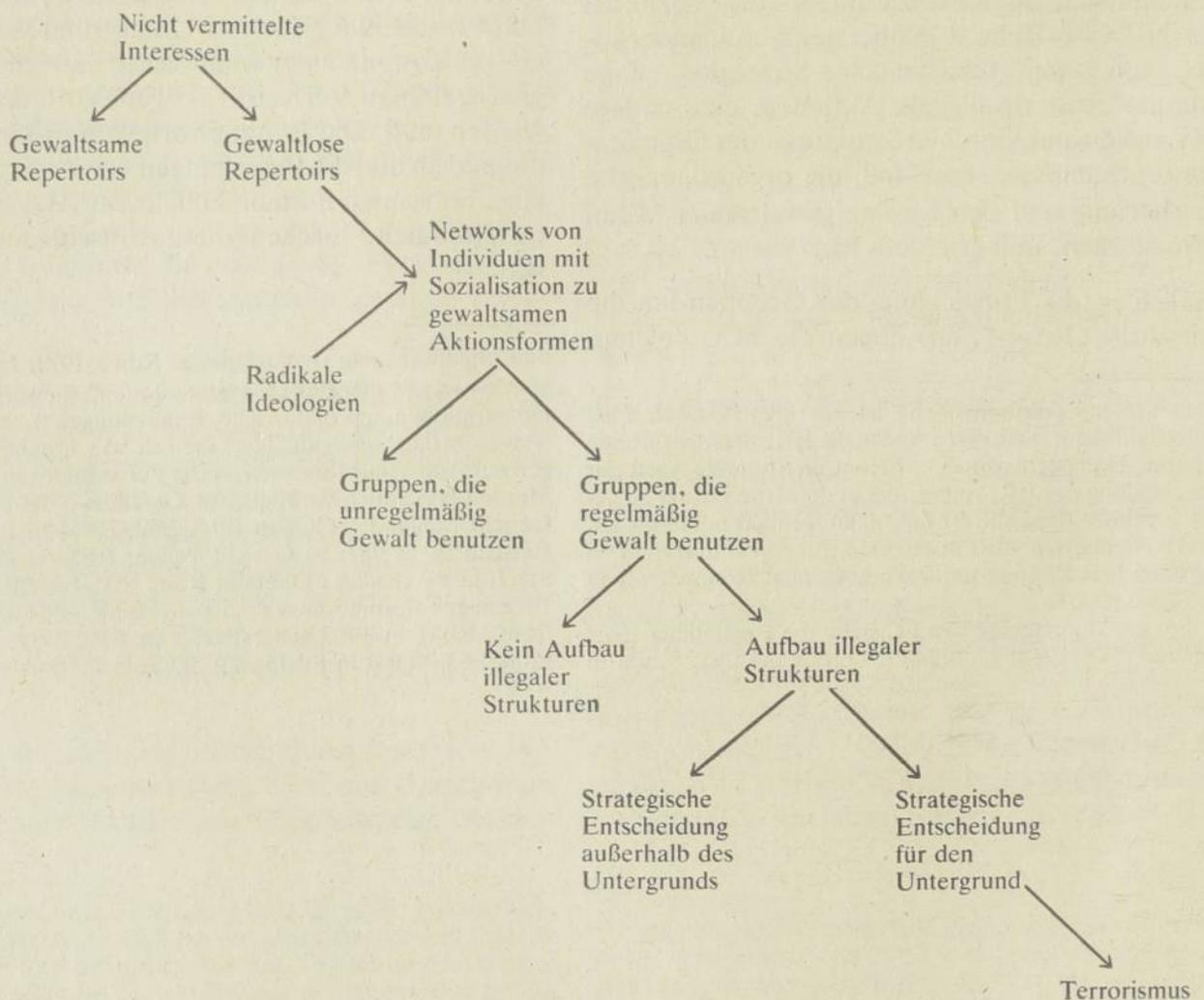
Wechselseitige Interaktionen zwischen Umwelt, Gruppen und Individuen vorausgesetzt, mußte unsere Untersuchung über die Entstehung terroristischer Organisationen die in der Umwelt präsenten Vorbedingungen, die Merkmale der Beziehungen mobilisierter Individuen und die strategischen Entscheidungen der kollektiven Akteure in Betracht ziehen. Die Ergebnisse sind im Schaubild 2 zusammengefaßt.

Bestimmte Bedingungen müssen in der Gesellschaft präsent sein, damit Terrorismus entstehen kann. Diese Beziehungen können als Interessen, Ideologien und Aktionen definiert werden.

a) *Kollektive Interessen, die nicht effizient vermittelt werden.* Politische Untergrundorganisationen neh-

men für sich in Anspruch, die Repräsentanten von in der Gesellschaft präsenten kollektiven Interessen zu sein. Terroristische Organisationen wenden sich wie andere politische Organisationen an spezifische soziale Gruppen. Sie vertreten allerdings keine spezifischen Interessen, die sich von denen, die innerhalb der Bewegung durch weniger extreme Aktionsformen verfolgt werden, unterscheiden. Die Wahl der Maßnahmen ist nicht fest mit der Natur der beteiligten Interessen verbunden, sondern wird im Gegenteil durch die Interaktion zwischen politischen Gruppen und dem Staat bestimmt. Die Präsenz mobilisierbarer Interessen, die noch nicht institutionell vermittelt sind, kann einige Organisationen ermutigen, ihren Einfluß auf dem politischen Gebiet durch eine Radikalisierung ihrer Aktionsformen zu vergrößern.

Schaubild 2: Ein Modell zum Entstehen von Untergrundorganisationen



b) *Eine politische Kultur, die Gewalt rechtfertigt.* Diejenigen politischen Formationen, die in den Untergrund gehen, sind mit Ideologien ausgestattet, die den Gebrauch physischer Gewalt als Mittel politischer Intervention rechtfertigen. Trotzdem ist die Aufnahme des bewaffneten Kampfes kein unausweichliches Resultat der Ideologie. Die Ausbreitung einer gewalttätigen politischen Kultur, die Gewalt rechtfertigt, ist eine notwendige Vorbedingung für die Entwicklung bewaffneter Gruppen. Die Ideologie einiger Organisationen erlaubt es ihnen, terroristische Praktiken zu wählen, indem sie alle Vorbehalte gegenüber dem Gebrauch illegaler Strategien beiseite räumt. Sie bietet darüber hinaus eine ex-post Rechtfertigung für die Aufnahme bewaffneter Aktions- und militärischer Organisationsformen.

c) *Die Bereitschaft zu gewalttätigen Aktionen.* Diejenigen Gruppen, die sich später für den Untergrund entscheiden, benutzen extrem gewaltsame Aktionsformen schon bevor sie eine Ideologie des bewaffneten Kampfes entwickeln. Die Praxis der Gewalt ist weder der Ideologie dieser Gruppen wesentlich, noch ist sie die unausweichliche Konsequenz der eingesetzten Mittel. Sie entwickelt sich graduell in den Interaktionen der verschiedenen Akteure, die sich im Konflikt befinden. Wenn keine effiziente institutionelle Vermittlung der Interessen stattfindet, produziert die Verlängerung der Mobilisationsphase eine Radikalisierung der Aktionsformen. In dieser Weise breitet sich eine Reihe gewaltsamer Aktionen aus, die durch den Gebrauch im täglichen Leben der verschiedenen Organisationen legitimiert werden.

Diese Vorbedingungen in der Umwelt bringen hervor:

d) *Politische Gruppen mit halb-illegalen Strukturen.* Untergrundorganisationen werden von Personen gegründet, die durch gemeinsame Militanz in Organisationen der Bewegung verbunden sind. Diese Organisationen haben keine spezifischen Merkmale, soweit Interessen, Ideologien oder Aktionen betroffen sind. Ihr wichtigstes Merkmal ist die Präsenz halb-illegaler Strukturen. Wie die Ergebnisse zur Geschichte der wichtigsten Untergrundgruppen und zu den früheren politischen Aktivitäten der Gründungsmitglieder zeigen, haben die Gruppen, die sich für den Untergrund entscheiden, in stärkerem Maße spezifische Mittel, die für gewaltsame Aktivitäten eingesetzt werden können. Im Fall bewaffneter Formationen werden die Solidaritätsbeziehungen der Gründungsmitglieder hauptsächlich durch Personen getragen, die schon früher gewaltsame Formen politischer Aktionen, wenn auch innerhalb legaler Organisationen, benutzt hatten.

Ihre Sozialisation gab ihnen ein Konzept politischen Engagements, das eher mit direkten Aktionsformen als mit Verhandlungsprozessen verbunden war. Der Aufbau einer Untergrundorganisation ist dennoch eine politische Entscheidung, die von vorher bestehenden Gruppen getroffen wird.

e) *Strategische Entscheidungen von Organisationen.* Gruppen, die illegale Strategien benutzen, können entstehen, wenn Interessen durch das institutionelle System nicht effektiv vermittelt werden, wenn die politische Kultur zur Gewalt vorbestimmt und wenn soziale Bewegungen gewaltsame Maßnahmen benutzen. Während sie mit verschiedenen möglichen Strategien experimentieren, sehen einige Organisationen in der Aufnahme immer radikalerer Maßnahmen ein Mittel, um mögliche Mitglieder anzuziehen. Angesichts staatlicher Repression bietet der Untergrund den Vorteil, einige Kosten (z. B. das Risiko der Verhaftung) zu vermindern, wenn auch zum Preis einer Verminderung der Vorteile, die in einem kurzen Zeitraum verfügbar sind. Die Radikalität der Maßnahmen, Ideologien und Organisationsformen ist somit ein Instrument, um die Identität der Gruppe zu verstärken. Gewaltsamer Aktivismus bietet symbolische Kompensationen für den Mangel an praktischer Effektivität an. Die Entscheidung für gewaltsame Aktionen beantwortet Forderungen, die in Krisenzeiten innerhalb der Bewegung auftreten.

Die gesellschaftlichen Faktoren, die den Aufstieg des Terrorismus fördern, sind somit die Präsenz neu auftauchender Interessen in der Gesellschaft, die nicht institutionell kanalisiert werden, und die Ausbreitung von Ideologien und Strategien, die Gewalt rechtfertigen und einplanen. In Italien entwickelten sich diese Vorbedingungen während der beiden Protestwellen. In der ersten Welle produzierte die Dimension der Reformen, die nötig gewesen wären, denen aber ein Mangel zeitgerechter Antworten des politischen Systems gegenüberstand, einen sehr langen Protestzyklus mit zunehmender Radikalisierung der Aktionen. Während der zweiten Welle wurde diese Entwicklung durch das „Angebot“ einer organisierten Gewalt und den Mangel institutioneller Verbündeter noch verstärkt.

In bezug auf die in der Einleitung gestellten Fragen können nunmehr einige Schlußfolgerungen über die Beziehung zwischen Protestbewegungen und dem Auftreten von Terrorismus gezogen werden. Die Entwicklung der Protestmaßnahmen wird durch die Veränderungen in der politischen Chancenstruktur über den ganzen Zyklus hinweg beeinflusst. Dieser Einfluß hat unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Organisationen der sozialen Bewegung. Eine politisch ineffiziente Ant-

wort von seiten des politischen Systems beeinflusst die Länge und Ausbreitung des Protests. Allgemein gesagt: Je größer die Verbreitung des Protestes ist, desto wahrscheinlicher werden gewaltsame Vorfälle bei Massenaktionen. Je länger der Zyklus dauert, desto wahrscheinlicher ist es, daß sich die Aktionen radikalieren und Gewalt kleiner Gruppen entsteht. Die „Dichte“ des Sektors sozialer Bewegungen – im Sinne der Anzahl von Organisationen – und die Art der politischen Kultur – im Sinne von Akzeptanz von Gewalt – fördern die Entwicklung gewaltsamer Strategien. Diejenigen Organisationen, die keinen Zugang zum institutionellen „Decision Making System“ haben und deren Ideologie den Gebrauch gewaltsamer Mittel erlaubt, sind am ehesten bereit, halb-illegale Strukturen aufzubauen, aus denen terroristische Gruppen hervorgehen. Diese Art der Entwicklung führt allerdings eher zu einem „Low-Scale“-Terrorismus. In Italien fand der volle Ausbruch von Gewalt statt, als sich eine neue Protestwelle ausbreitete, ohne irgendwelche Verbündeten im institutionellen politischen System zu finden, das seinerseits keinen Versuch machte, den Protestierenden eine politische Antwort zu geben oder einige der Organisationen der sozialen Bewegung anzuerkennen. Unter diesen Umständen breitete sich Gewalt von Anfang an

aus. „High-Scale“-Terrorismus entsteht daher aus einer erfolglosen Protestbewegung.

Eine vergleichende Analyse wäre nötig, um zu untersuchen, inwieweit diese Schlußfolgerungen generalisierbar sind. Eigene Untersuchungen über Untergrundorganisationen in Italien zeigen, daß die Bedingungen der politischen Chancenstruktur nicht nur das Entstehen, sondern auch die Entwicklung des Terrorismus beeinflussen⁴⁹⁾. In Italien verringerten die Instabilität der Regierungen und Konflikte zwischen den Parteien der Regierungskoalition über einen langen Zeitraum hinweg die Effizienz staatlicher Antworten auf den Terrorismus. Es waren das Entstehen einer neuen politischen Kultur im Sektor der sozialen Bewegungen, die vehement den Gebrauch gewalttätiger Maßnahmen ablehnte, und eine neue Zugänglichkeit gegenüber auftretendem Protest von seiten der institutionellen Verbündeten, die zu Beginn der achtziger Jahre die Isolation von Untergrundorganisationen förderten.

⁴⁹⁾ Eine überarbeitete Fassung meiner Doktorarbeit (*Organizzazioni politiche clandestine. Il terrorismo di sinistra in Italia durante gli anni Settanta*, Dissertation, Florenz, Europäisches Hochschulinstitut, März 1987) wird Ende dieses Jahres bei „Il Mulino“ erscheinen.

Wulf Friedrich Multhaupt

Die Irisch Republikanische Armee

Geschichte, Ziele und Aktivitäten

Wie kommt es, daß sich die Anschläge der „Irisch Republikanischen Armee“ (IRA) auf Angehörige der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten britischen Rheinarmee häufen? Am 1. Mai 1988 wurden von der IRA in den Niederlanden nahe der Grenze zu Nordrhein-Westfalen drei Soldaten der britischen Luftwaffe getötet. Sie alle gehörten zu den in der Bundesrepublik Deutschland liegenden Einheiten. Am 13. Juli 1988 und am 5. August 1988 detonierten auf dem Gelände britischer Kasernen in Duisburg und in Ratingen Sprengkörper der IRA, durch die insgesamt 13 Personen verletzt wurden. Am 12. August 1988 erschoss die IRA in Ostende einen britischen Hauptfeldwebel. Für die IRA stellt gerade die Bundesrepublik ein ideales Operationsfeld dar. Die dort stationierten Briten sind für sie „sehr leichte Ziele“¹⁾. Insgesamt kam es seit 1978 zu 23 Attentaten der IRA auf die britische Rheinarmee in der Bundesrepublik. Die IRA erklärt, sie werde den Kampf gegen die Engländer über Großbritannien hinaus überall dorthin tragen, wo britische Streitkräfte stehen.

Der eigentliche Schauplatz des Konflikts zwischen der IRA und ihren Gegnern ist jedoch Nordirland. Dieses Gebiet – drei Flugstunden von der Bundes-

republik entfernt – gehört geographisch zur irischen Insel, während es politisch ein Bestandteil des Vereinigten Königreiches ist. Die blutigen Ereignisse dort werden von unseren Medien nur noch in besonders krassen Fällen registriert. In keinem Land Europas sind in den letzten Jahren die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze so stark in Erscheinung getreten wie im Norden Irlands. Bei den Unruhen in Nordirland mit seinen 1,48 Millionen Einwohnern wurden seit 1970 mehr als 2 600 Personen getötet und über 20 000 Menschen verwundet. Überträgt man die Situation auf die Bundesrepublik Deutschland, müßte man hier entsprechend von Verlusten mit über 106 500 Toten und 824 000 Verletzten in den vergangenen 18 Jahren ausgehen!

Hauptakteurin in diesem blutigen Drama ist die „Irisch Republikanische Armee“ (IRA), die sich selbst als legitime Erbin eines traditionellen Kampfes der Iren gegen die Engländer sieht. Ein Verständnis der IRA, die sich als Hüterin des irischen Erbes versteht, ist daher ohne einen historischen Rückblick auf die anglo-irischen Beziehungen nicht möglich.

I. Historische Hintergründe

Vor über 800 Jahren landete König Heinrich II. von England auf der irischen Insel und unterwarf die einheimischen Stammesfürsten. Eine aktive Kolonialpolitik der Engländer in Irland begann aber erst mit dem Aufstieg der Tudorkönige im Jahre 1485. Die irischen Clanhäuptlinge wurden zu Vasallen des englischen Königs. Das irische Clansystem wurde zerstört und durch das englische Feudalsystem ersetzt. Aus strategischen Gründen und um eine bessere wirtschaftliche Ausbeutung zu gewährleisten, sollte Irland noch enger an das englische Mutterland gebunden werden. Der ethnische und politische Gegensatz zwischen Iren und Engländern wurde verstärkt, als Heinrich VIII. in England 1534 die Reformation einführte, Irland jedoch

römisch-katholisch blieb. Unter den Stuarts begann England mit der systematischen Ansiedlung von Protestanten – meist schottischer Herkunft – insbesondere im Norden der irischen Insel. Das Land wurde durch die Vertreibung der irischen Ureinwohner dafür frei gemacht. Immer wieder kam es zu Aufständen der Iren, die von den Engländern blutig unterdrückt wurden. Cromwell z. B. dezimierte die irische Bevölkerung um ein Drittel. Der Grundbesitz der Iren wurde an Engländer verteilt. Viele Iren schlossen sich nun in Geheimbünden zusammen, die zahlreiche Überfälle verübten und den nächsten Aufstand vorbereiteten. Unter dem Einfluß der Ideen der Französischen Revolution gründete Wolfe Tone die Untergrundorganisation der „Vereinten Iren“, die eine von Großbritannien unabhängige irische Republik anstrebte. Ein von

¹⁾ Vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 19. Juli 1988.

ihr 1798 begonnener Aufstand scheiterte jedoch kläglich und führte zur Union Irlands mit Großbritannien.

Der Traum von einem freien Irland blieb jedoch erhalten. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts bildete sich in Irland eine Organisation, die sich „Junges Irland“ nannte. Sie versuchte dieselben Ziele zu verwirklichen wie auf dem Kontinent die Bewegungen „Junges Deutschland“ und „Junges Italien“. Im Jahre 1848 beschlossen die „Jung-Irländer“ — angespornt von den Revolutionsereignissen auf dem Festland —, nach europäischem Muster gegen die Briten loszuschlagen. Die Erhebung blieb jedoch schon in ihren Anfängen stecken. Irland befand sich nach einer mehrjährigen Hungersnot in einem Erschöpfungszustand, der zu einer allgemeinen politischen Interessenlosigkeit geführt hatte.

1858 wurde in New York und in Dublin die Geheimgesellschaft „Irish Republican Brotherhood“ (IRB) gegründet. Sie war der direkte Vorläufer der IRA. Die IRB sollte sich zu der bedeutendsten irischen Untergrundorganisation ihrer Zeit entwickeln. Ihre Absicht war die Errichtung einer souveränen irischen Republik. Um diese zu erreichen, wollte die IRB Irland mit Gewalt von der Herrschaft Großbritanniens befreien. Ein 1867 begonnener Aufstand erwies sich als Fehlschlag. Durch ihre Agenten war die britische Polizei gewarnt und konnte die Rebellion ohne große Mühe unterdrücken. Ihr gelang es jedoch nicht, die IRB völlig zu zerschlagen. Ein Teil der Mitglieder tauchte unter und versuchte, indirekt Einfluß auf die irische Politik zu nehmen. So infiltrierte die IRB mit Erfolg die 1905 gegründete nationalistische irische „Sinn Fein“ (Wir selbst)-Partei. Diese setzte sich aus Republikanern und

Anhängern einer gälischen Erneuerung zusammen.

Als London für Irland um 1900 die Einführung der Selbstverwaltung („Home Rule“) beschloß, bereiteten sich die Protestanten in Ulster auf einen Aufstand gegen die britische Regierung vor. Sie weigerten sich, in einem mehrheitlich von Katholiken bewohnten irischen Staat zu leben und wollten die Union mit Großbritannien aufrechterhalten. Zur Durchsetzung ihrer Forderung gründeten sie 1913 eine Freiwilligenarmee. Als Reaktion darauf schlossen sich im Süden der irischen Insel katholische Iren zu den „Irish Volunteers“ zusammen, die sich für „Home Rule“ einsetzten. Ein Teil von ihnen wurde von der IRB unterwandert. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges stand Irland vor einem Bürgerkrieg. Der Ausbruch des großen Krieges sorgte für eine Aufschiebung aller Selbstverwaltungspläne für Irland. Für die IRB bot der Weltkrieg nach dem Motto „Englands Verlegenheit ist Irlands Gelegenheit“ die Möglichkeit, erneut eine Erhebung zu versuchen. Eine Schiffsladung mit Waffen aus Deutschland, das man um Hilfe gebeten hatte, wurde jedoch von der britischen Marine abgefangen. Trotzdem beschloß die IRB, den Aufstand zu wagen. Ostern 1916 besetzten 1 500 Rebellen unter der Führung des Dichters Patrick Pearse und des Arbeiterführers James Connolly das Zentrum von Dublin. In einer feierlichen Proklamation wurde Irland zur Republik ausgerufen. Die von der Empörung erhoffte Signalwirkung auf die übrige Insel blieb dagegen aus. Das Ausmaß der Revolte beschränkte sich auf Dublin. Innerhalb einer Woche besiegte die britische Armee die Aufständischen. Die Rädelsführer wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen. Die übrigen Rebellen erhielten langjährige Haftstrafen.

II. Das Entstehen der Irisch Republikanischen Armee

Der größte Teil der irischen Bevölkerung hatte dem Osteraufstand ablehnend gegenübergestanden. Die Hinrichtung seiner Anführer weckte indessen patriotische Emotionen. Die Erkenntnis, daß die Rebellen tapfer und ehrenhaft gekämpft hatten, bewirkte allmählich einen Umschwung in der öffentlichen Meinung Irlands. Die „Sinn Fein“-Partei, die selbst nicht unmittelbar an der Erhebung beteiligt war, profitierte von dem aufkommenden Nationalismus in Irland. Bei den Wahlen zum britischen Unterhaus im Jahre 1918 gewann sie 73 der 105 irischen Sitze. Ihre Abgeordneten weigerten sich aber, ihre Plätze im Unterhaus einzunehmen und

trafen sich 1919 in Dublin. Die Versammlung gab sich den Namen „Dail Eireann“ und erklärte, das rechtmäßig gewählte Parlament von Irland zu sein. Außerdem wurde die Proklamation der 1916 von den Aufständischen ausgerufenen Republik erneuert. Der „Dail“ bildete eine eigene Regierung und baute neben dem britischen Herrschaftsapparat eine „Gegenverwaltung“ auf. De Valera, der letzte überlebende Kommandant des Osteraufstandes, wurde Präsident und Premierminister. Die Republikaner forderten die irische Bevölkerung erfolgreich dazu auf, die englischen Institutionen zu boykottieren. Diese Situation mußte auf Dauer dazu

führen, daß die Regierungsgewalt der Briten ganz offen und mit militärischen Mitteln bekämpft wurde.

Die „Irish Volunteers“ waren nach dem Osteraufstand von 1916 in den Untergrund gegangen. Dort wurden die Freiwilligen unter der Führung von Michael Collins, der gleichzeitig Präsident der IRB war, zu einer schlagkräftigen Guerillaarmee reorganisiert. Da sich die „Volunteers“ der von der „Sinn Fein“-Partei geschaffenen republikanischen „Regierung“ als bewaffnete Macht zur Verfügung stellten, wurden sie allgemein als die „Irish Republican Army“ (IRA) bekannt. Die IRA war nach militärischem Vorbild in Brigaden gegliedert. Ab Anfang 1919 begann die IRA unter der Leitung von Michael Collins einen Guerillakrieg gegen Großbritannien. Kleine bewegliche Gruppen überfielen irische Polizeistationen und britische Armeeposten. Diese Einheiten griffen überraschend aus dem Hinterhalt an und verschwanden ebenso schnell wieder.

Iren, die im Verdacht standen, mit der britischen Verwaltung zu kollaborieren, wurden getötet und britische Agenten erschossen. Durch den gezielten Einsatz von Terror wollte die IRA nicht nur die britische Moral schwächen, sondern auch die irische Zivilbevölkerung davon abhalten, die Sicherheitskräfte der britischen Regierung zu unterstützen. Dieser neuen Taktik stand die irische Polizei hilflos gegenüber. London entsandte daher zu ihrer Verstärkung eine Hilfspolizei, die man aus ehemaligen britischen Soldaten des Ersten Weltkrieges rekrutierte. Diese sogenannten „Black and Tans“ wurden durch ihre Brutalität schnell bei der irischen Bevölkerung verhaßt. Gleichzeitig waren über 40 000 reguläre britische Truppen in Irland stationiert. Die häufige Reaktion des Staates auf die Anschläge der IRA mit blindem und unterschiedslosem Terror erzeugte bei der Mehrheit der Iren immer größere Unterstützung und Sympathie für die IRA und die „Sinn Fein“-Partei. So gelang es der IRA im Zusammenspiel mit der britischen Regierung, die eigene Organisation mit Nationalismus und Patriotismus zu identifizieren²⁾. Im Sommer 1921 kam es schließlich zwischen den irischen Rebellen und der britischen Regierung zu Verhandlungen. Am 11. Juli 1921 trat ein von beiden Parteien vereinbarter Waffenstillstand in Kraft. Den Briten war es nicht gelungen, die IRA zu zerschlagen. Die Guerillakämpfer selbst hatten keinen mili-

tärischen Sieg errungen, sondern nur eine Niederlage verhindert.

Am 6. Dezember 1921 wurde ein anglo-irischer Vertrag unterzeichnet. In ihm wurde der „Irish Free State“ als ein britisches Dominion begründet, dessen Staatsoberhaupt der englische König blieb. Es war nicht die Republik, für die die IRA und die „Sinn Fein“-Partei zwei Jahre lang gekämpft hatten. Der größte Teil der nordirischen Gebiete blieb im Vereinigten Königreich. Damit hatten sich die nordirischen Protestanten, die in Ulster 60 Prozent der Bevölkerung gegenüber 40 Prozent an Katholiken ausmachten, durchgesetzt. Von der Bevölkerung des Freistaates Irland waren 94 Prozent katholisch. Nordirland erhielt ein eigenes Parlament und eine eigene Regionalverwaltung. Die protestantische Mehrheit ging dazu über, ihre Macht zu konsolidieren und die katholische Minorität von jeglicher Anteilnahme am politischen Leben auszuschließen. Die Stimmabgabe bei Lokalwahlen wurde von Besitz abhängig gemacht. Da die Katholiken in Nordirland wirtschaftlich unterprivilegiert waren, traf sie diese Maßnahme besonders hart. Außerdem wurden Wahlkreisgrenzen so eingeteilt, daß es zu protestantischen Mehrheiten auch in Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung kam: Es wählten z. B. in Londonderry, der zweitgrößten Stadt Nordirlands, 8 000 Protestanten 12 Stadträte, während die Stimmen von 14 000 Katholiken nur für acht Gemeindevertreter ausreichten. Die protestantische Majorität konnte ihre Herrschaft fest in Politik und Verwaltung etablieren. Aber die katholische Minderheit wurde nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich diskriminiert. Noch heute ist die Zahl der arbeitslosen Katholiken in Nordirland doppelt so hoch wie die der Protestanten.

Das irische Volk, das sich nichts sehnlicher wünschte als den Frieden, billigte in seiner Mehrheit das Abkommen. Diese Bestätigung fand auch ihren Ausdruck in den Wahlen, die im Jahre 1922 im Freistaat abgehalten wurden. Die meisten aktiven Einheiten der IRA sowie eine starke Minderheit der irischen Parlamentarier unter der Führung von de Valera lehnten den Kompromiß ab. Für sie war der anglo-irische Vertrag ein Verrat an dem Ideal der irischen Republik, die alle Teile der Insel umfaßte. Daß die Vereinbarung mit Großbritannien von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wurde, ließ ihre Gegner unberührt. Die IRA, die zum größten Teil dem Abkommen feindlich gegenüberstand, sah sich in der Rolle einer elitären Minorität. Wenn eine Vielzahl der Iren das historische Endziel, die Republik, vorübergehend aus den Augen verloren hatte, mußte die IRA eben diese Aufgabe übernehmen. Zur Durchsetzung dieser Vision

²⁾ Michael Laffan, Gewalt und Terror im Irland des 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 193.

der nationalen Republik Irland war sie bereit, zu den Waffen zu greifen. Während der Debatten im „Dail“ über den Vertrag erklärte eine Abgeordnete ihren Widerstand gegen die Übereinkunft so: „Es war eine Minderheit, die 1916 kämpfte, es ist immer eine Minderheit, die die Seele einer Nation in ihrer Stunde der Not rettet.“³⁾ Im selben Zusammenhang begründete de Valera seine Ablehnung der Vereinbarung damit: „Jedesmal, wenn ich wissen wollte, was das irische Volk will, brauchte ich nur mein eigenes Herz zu befragen, und es sagte mir sofort, was das irische Volk wollte.“⁴⁾ Das Selbstverständnis, das aus diesen Gedanken spricht, ist bis auf den heutigen Tag kennzeichnend für die IRA. Die Republikaner weigerten sich, die Legitimität des irischen Freistaates anzuerkennen. Es kam im Juni 1922 zum Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Abkommens mit Großbritannien und seinen Feinden. Die Freistaatsregierung stellte in aller Eile mit britischer Hilfe eine eigene Armee auf, die sich bald der IRA überlegen zeigte. Diese wurde gezwungen, sich in die Berge zurückzuziehen und führte von dort aus einen Guerillakrieg. Die irische Regierung ging mit größerer Härte als die Briten gegen die IRA vor: Insgesamt wurden 77 IRA-Männer erschossen und 13 000 Republikaner kamen ins Gefängnis. Obwohl die IRA durch Terroraktionen diese Unterdrückungsmaßnahmen provoziert hatte, gelang es ihr nicht, die Bevölkerung zur Unterstützung der Rebellen zu mobilisieren. Im Mai 1923 war der Bürgerkrieg schließlich beendet. Die IRA war besiegt, aber sie hatte nicht kapituliert. Ihre Waffen hatte sie versteckt und war in den Untergrund gegangen.

Die IRA sah sich nach wie vor als Armee der Republik und als Erbin der IRB-Tradition. Sie behielt ihren Namen bei, ebenso wie sich der politische Flügel der Republikaner weiterhin „Sinn Fein“ (SF) nannte. IRA-Männer unternahmen sporadisch Gewaltaktionen, aber sie spiegelten eher die Enttäuschung des Mißerfolges wieder. 1926 verließ de Valera mit seinen Anhängern SF und gründete eine eigene Partei, die „Fianna Fail“, welche sich an den Wahlen zum Parlament des Freistaates beteiligte. Die übriggebliebene „Sinn Fein“-Gruppe verkümmerte zur völligen Bedeutungslosigkeit und wurde ein Anhängsel der IRA. In den zwanziger und dreißiger Jahren machten radikale Mitglieder der IRA den Versuch, ihre Organisation weiter nach links zu rücken. Diese Bestrebungen hatten keinen Erfolg, weil die Mehrheit in der IRA darin eine Ablenkung von der ausschließlichen Konzentration auf natio-

nalistische Ziele sah. 1932 wurde de Valera zum irischen Premierminister gewählt. Das Verbot der IRA wurde aufgehoben. De Valera hatte die Absicht, eine größtmögliche Unabhängigkeit Irlands von Großbritannien auf demokratische Weise und mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Die IRA blieb jedoch bei ihrer Ablehnung demokratischer Methoden und des Mehrheitsprinzips. Sie setzte die Reihe ihrer Attentate fort. Nachdem im März 1936 ein britischer Admiral von der IRA erschossen worden war, ließ de Valera die Organisation wieder verbieten und ihre Anführer verhaften. Für die IRA war de Valera, der einstige Mitstreiter des Befreiungskampfes und des Bürgerkrieges, zu einem weiteren Kollaborateur der Briten geworden.

Ende der dreißiger Jahre begann die IRA sich auf die fortdauernde Herrschaft Großbritanniens über Ulster zu konzentrieren. Von Januar 1939 bis Anfang 1940 führte die IRA eine Bombenkampagne in England. London reagierte mit Notstandsgesetzen und verschärfte Polizeimaßnahmen. Die Täter⁵⁾ wurden gefaßt, und die Aktion verlief im Sande. Während des Zweiten Weltkrieges versuchte die IRA, Hilfe vom Deutschen Reich zu erhalten. Die deutsche Abwehr überprüfte die Möglichkeit eines Einsatzes der IRA als Fünfte Kolonne gegen Großbritannien. Ihre nach Irland entsandten Agenten überzeugten sich jedoch schnell von der völligen Unfähigkeit der damaligen IRA. Die Kontakte der IRA zu Deutschland beunruhigten trotzdem die irische Regierung unter Premierminister de Valera. Irland war im Weltkrieg neutral geblieben. De Valera wollte alles vermeiden, was den Alliierten, für die Irland strategisch wichtig war, einen Vorwand gab, den Süden der Insel zu besetzen. Er ließ die IRA unerbittlich verfolgen. Ihre verhafteten Anführer und Mitglieder wurden entweder interniert oder zu Freiheitsstrafen verurteilt. Gegen Ende des Krieges war es de Valera, dem ehemaligen Rebellen gegen Großbritannien und den Freistaat, gelungen, die IRA zu einer führerlosen Organisation zu machen. Praktisch hatte die IRA aufgehört zu existieren.

Nach Beendigung des Weltkrieges wurden in Südirland die Gefangenen der IRA allmählich aus den Internierungslagern und Gefängnissen entlassen. Viele ihrer Mitglieder zogen sich desillusioniert ins Privatleben zurück. Der Rest von ihnen fing mit dem Wiederaufbau der IRA an. Ihr Ziel war die Wiedervereinigung beider Teile Irlands und der Abzug Großbritanniens aus Ulster. Deshalb begann die IRA in den Jahren von 1956 bis 1962 die

³⁾ Dail Eireann, Official Report: Debate on the Treaty Between Great Britain and Ireland Signed in London on 6 December 1921, Dublin 1922, S. 112.

⁴⁾ Ebda., S. 274.

⁵⁾ Einer von ihnen war der 16jährige Behan Brendan, der seine Erlebnisse in der IRA in seinem Buch: *Borstal Boy*, London 1958, niederschrieb.

britischen Sicherheitskräfte in Nordirland anzugreifen. Dieser sogenannte „Grenzfeldzug“ wurde zu einem gänzlichen Mißerfolg. Die Polizei im Norden und im Süden Irlands ging gegen die Angehörigen der IRA vor. De Valera ließ fast die gesamte IRA-Führung verhaften. Wie die IRA erkennen sollte, war auch die katholische Bevölkerung von Ulster nicht mehr bereit, die IRA bedingungslos zu unter-

stützen. In Nordirland hatten die Leistungen des britischen Wohlfahrtsstaates den Wunsch der nordirischen Katholiken nach einem Zusammenschluß mit dem weniger entwickelten Süden erheblich gedämpft. Auch hatte eine Verminderung der interkonfessionellen Spannungen die traditionelle Rolle der IRA als Beschützerin der katholischen Minderheit in Ulster geschwächt.

III. Die Spaltung der IRA

Wieder einmal schien die IRA am Ende zu sein. Wenn sie weiterhin überleben wollte, mußte sie sich reformieren und neue Strategien entwickeln. Auf der Suche nach neuen Wegen geriet die Führung der IRA unter den Einfluß des Marxismus/Leninismus. Sie beschloß, den bewaffneten Kampf aufzugeben und zukünftig die Rolle einer Vorhut der Arbeiterklasse in Irland zu übernehmen. Das nationale Ziel, die Vereinigung beider Teile Irlands, werde dann automatisch auf den Zusammenschluß der Arbeiter Gesamtirlands – unter Leitung der IRA – erfolgen, erwies sich als Irrtum.

1968 brachen in Ulster Unruhen aus. Die katholische Minorität begann, sich gegen die Unterdrückung durch die protestantische Mehrheit zu wehren. Nach dem Vorbild der Schwarzen in den USA bildete sich eine Bürgerrechtsbewegung, die mehr Rechte für die Katholiken forderte. Um die internationale Öffentlichkeit auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, veranstaltete sie Protestmärsche. Die protestantische Majorität fühlte sich dadurch provoziert. Sie reagierte mit Gegendemonstrationen, die teilweise in blutigen Attacken auf die Bürgerrechtler endeten. Die hauptsächlich aus Protestanten bestehende nordirische Polizei vermochte nicht, die katholische Bevölkerung zu schützen, sondern war selbst partiell an Übergriffen gegen die Minderheit beteiligt. Als im August 1969 die Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken sich zu einem Bürgerkrieg auszuweiten drohten, sandte London britische Truppen nach Ulster, die die Funktionen der Ordnungskräfte übernahmen⁶⁾. Da protestantischer Mob mehrmals katholische Gettos angegriffen und ganze Straßenzüge niedergebrannt hatte, befürchteten ihre Bewohner noch schlimmere Ausschreitungen. Sie forderten daher die IRA auf, ihren Schutz zu übernehmen.

Die Führung der IRA lehnte das Ersuchen um Hilfe ab. Für sie konnte der Nordirlandkonflikt nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Eine Verteidigung der nordirischen Katholiken gegen die Protestanten hätte der von der IRA angestrebten Solidarität der Arbeiterklasse widersprochen. Diese Haltung stieß bei vielen Mitgliedern der IRA auf Ablehnung. Die Traditionalisten unter ihnen sahen in der neuen ideologischen Ausrichtung eine Aufgabe der republikanischen Prinzipien.

Über die Fragen, ob die IRA ihren gewohnheitsmäßigen Wahlboykott aufgeben und ob sie den Schutz der katholischen Gettos in Ulster übernehmen sollte, kam es Ende 1969 in der IRA zur Spaltung. Der rechte traditionalistische Flügel bildete die „Provisional IRA“ (PIRA). Die linke Mehrheit innerhalb der IRA wurde unter dem Namen „Official IRA“ (OIRA) bekannt. Die OIRA baute ihre sozialistische Strategie weiter aus. Für sie war der natürliche Verbündete der katholischen Arbeiter in Nordirland die protestantische Arbeiterklasse. Die PIRA dagegen wollte die protestantischen Attacken auf die katholische Minderheit abwehren und gleichzeitig durch Terroranschläge die Briten zum Abzug aus Ulster veranlassen. Zwischen den beiden rivalisierenden Gruppen kam es zeitweilig zu blutigen Auseinandersetzungen. 1972 beschloß die OIRA endgültig, auch ihre noch gelegentlich verübten Attentate einzustellen. Als 1982 die „Official Sinn Fein“, der politische Arm der OIRA, ihren Namen in „The Workers' Party“ umänderte, dokumentierte die OIRA zugleich nach außen hin das Ende ihrer Entwicklung von der nationalistischen Bewegung zur sozialistischen Partei.

Das Ausscheiden der OIRA aus dem nordirischen Konflikt bedeutete, daß die republikanische Tradition des Kampfes gegen Großbritannien alleine von der PIRA fortgesetzt wurde. Damit war die „Provisional IRA“ (PIRA) zur neuen „Irish Republikanischen Armee“ (IRA) geworden. Der traditionelle Begriff der IRA wurde bald die Bezeichnung für eine moderne, rücksichtslose Untergrundorganisation. Die erste größere bewaffnete Aktion der

⁶⁾ Zur politischen Entwicklung in Nordirland siehe: Roland Sturm, Der Nordirlandkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/87, S. 45 ff.

neuen IRA war die erfolgreiche Verteidigung einer katholischen Enklave in Belfast gegen den Überfall eines protestantischen Mobs im Juni 1970. Als die britische Armee daraufhin die katholischen Gettos nach Waffen durchsuchte, begann die IRA Terroranschläge auf die Sicherheitskräfte und Bombenattentate in den städtischen Gebieten Nordirlands durchzuführen. Um die IRA zu zerschlagen, ordnete die nordirische Regierung am 9. August 1971 die Internierung ohne Gerichtsverfahren an. 342 katholische Nationalisten wurden verhaftet. Die Führung der IRA war jedoch gewarnt worden und rechtzeitig untergetaucht. Bis zum Ende der Internierung im Dezember 1975 waren über 2 000 Personen in Gewahrsam genommen worden. Die IRA überstand die Festnahmeaktionen ohne größeren Schaden. Sie konnte ihren Terrorfeldzug noch steigern. Da die Internierungspolitik einseitig gegen die Minderheit ausgerichtet war, stiegen in der katholischen Bevölkerung die Sympathien für die IRA. Im Frühjahr 1972 kam es zu einer verstärkten Bombenkampagne der IRA in Belfast. Ihre Ziele waren, Nordirland unregierbar zu machen und für Großbritannien die Kosten seiner Verbindung mit Ulster ins Unerträgliche hochzuschrauben. Die Regierung von Nordirland war nicht mehr Herr der Lage. London hob daraufhin die Selbstverwaltung Ulsters auf und führte eine Direktregierung der Provinz ein. Nach 51 Jahren hatte die IRA das protestantische Parlament von Nordirland und seine Regierung durch ihre Aktionen zu Fall gebracht⁷⁾.

Großbritannien setzte die Reformpolitik der letzten nordirischen Provinzregierungen fort und bemühte sich, die Diskriminierung der katholischen Minderheit weiter abzubauen. Im Juni 1972 verkündete die IRA einen Waffenstillstand. Führer der IRA trafen sich zu Verhandlungen mit dem britischen Minister Whitelaw. Diese brachten indessen kein Ergebnis und die IRA setzte die Serie ihrer Anschläge fort. Im Dezember 1973 berief der britische Premiermi-

nister Heath eine Konferenz von Delegierten der Republik Irland, Großbritanniens und von Vertretern aus Ulster in Sunningdale ein. In einem Abkommen wurde die Einsetzung eines gesamtirischen Rates, in dem beide Teile Irlands zusammenarbeiten sollten, beschlossen. Ferner sollte die katholische Minorität an der politischen Macht in Ulster beteiligt werden. Die Mehrheit der nordirischen Protestanten sah in der Vereinbarung den ersten Schritt zur Integration Nordirlands in einen gesamtirischen Staat und lehnte sie ab. Mit einem Generalstreik, der das gesamte Leben in der Provinz lahmlegte, zwangen sie London, die Zugeständnisse zu widerrufen. Damit scheiterte der erste ernsthafte Versuch, zu einer Lösung des Nordirlandkonflikts zu kommen. Bis 1985 sollten sich alle weiteren Nordirland-Initiativen als Fehlschläge erweisen.

Die IRA fühlte sich in ihrem Kampf gegen die Briten und die nordirischen Protestanten weiterhin bestätigt und führte ihre terroristischen Aktionen fort. Im Jahre 1981 gelang es ihr, durch einen Hungerstreik der Gefangenen der IRA große Teile der katholischen Bevölkerung zu mobilisieren. Einer der Hungerstreiker wurde als Abgeordneter ins Unterhaus nach London gewählt. Nach dieser Zustimmung beschloß die IRA, die Auseinandersetzung auch auf die politische Ebene zu tragen. Die IRA-Partei „Sinn Fein“ (SF) vereinbarte auf ihrer Jahresversammlung von 1981, die Macht in Irland „mit dem Gewehr in der einen Hand und der Wahlurne in der anderen“ zu ergreifen. Ihre Teilnahme an Wahlen brachte einen überraschenden Erfolg für die SF: Der politische Flügel der IRA erhält in Nordirland seit 1982 einen konstanten Anteil von elf bis 13 Prozent der Stimmen, das sind 40 Prozent der katholischen Minderheit. Damit ist die Behauptung widerlegt, die IRA verkörpere nur eine verschwindend kleine Gruppe von Terroristen. Der IRA ist es gelungen, sich fest in Teilen der katholischen Gemeinschaft von Ulster zu verankern.

IV. Die Ideologie der IRA

Die heutige IRA hat eine erstaunliche ideologische Entwicklung durchgemacht. Die neue IRA war gerade deshalb gegründet worden, weil ihre traditionalistisch eingestellten Mitglieder das marxistische Ideengut, das in die IRA eingedrungen war, und

den aus ihm entspringenden Verzicht auf Gewalt ablehnten. Für sie besaß nach wie vor die alte IRA-Philosophie eines irischen Nationalismus und Republikanismus ihre Gültigkeit. Die neue IRA sah sich als wahre Nachkommenschaft einer ungebrochenen Überlieferung des irischen Widerstandes gegen Großbritannien. Sie betrachtete sich als legitime Erbin der während des Osteraufstandes von 1916 ausgerufenen Republik. Daher waren die politischen Institutionen sowohl im Norden wie auch im

⁷⁾ Der Hauptverantwortliche für den Terrorfeldzug und erste Stabschef der PIRA, MacStiofain, hat die Gründungsjahre der neuen IRA in seinen Memoiren geschildert: Sean MacStiofain, *Revolutionary in Ireland*, Westmead 1974, S. 142 ff.

Süden Irlands für die IRA illegal. Folgerichtig weigerten sich gewählte Republikaner, ihre Sitze in den Parlamenten einzunehmen (abstentionism). Als wirtschaftliches Programm vertraten die traditionalistischen IRA-Mitglieder einen Sozialismus auf genossenschaftlicher Grundlage⁸⁾.

Aber gegen Ausgang der siebziger Jahre zeichnete sich auch in der neuen IRA eine Entwicklung nach links ab. Beeinflusst wurde sie von nordirischen Angehörigen der IRA, welche sich Gedanken über die soziale Lage der Katholiken in den nordirischen Gettos machten. Zu dieser Zeit ging die Leitung der IRA in die Hände von Nordiren über. Auf dem Parteitag der „Sinn Fein“ von 1983 übernahm dann eine junge radikal-sozialistische Mannschaft aus Nordirland auch die Führung des politischen Armes der IRA.

Die IRA hat sich zum Ziel ein vereinigtes, republikanisches und sozialistisches Irland unter ihrer Leitung gesetzt. Verschiedene Äußerungen ihrer Führer haben der IRA den Ruf eingebracht, eine marxistische Organisation zu sein. Fest steht jedenfalls, daß sie die marxistischen und sozialistischen Schriften zur Grundlage ihrer politischen Analyse gemacht hat. Was sie allerdings nicht daran hindert, im Gegensatz zur „Official IRA“, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. In Großbritannien fürchtet man daher auch, daß bei einer Machtübernahme der IRA in Irland auf der Nachbarinsel ein „neues Kuba“ entstehen würde. Zu den Forderungen der IRA gehört auch der Austritt aus den ihr verhaßten „Instrumenten des Imperialismus“: EG und NATO. Ein Verlust des strategisch wichtigen nordirischen Territoriums an die IRA wäre somit auch ein großer Schaden für das westliche Bündnis.

V. Die Organisation der IRA

Die IRA ist – im Gegensatz zu ihrem politischen Flügel „Sinn Fein“ – eine in beiden Teilen Irlands verbotene Untergrundorganisation. Ihr unterstes Repräsentativorgan ist die „General Army Convention“, in welche die verschiedenen Einheiten der IRA ihre Vertreter schicken. In der Praxis ist die „Allgemeine Armee-Versammlung“ indessen ziemlich funktionslos. Im Oktober 1986 trat sie nach 16 Jahren erstmalig wieder zusammen. Ihr Exekutivkomitee beruft die sieben Mitglieder für den „Army Council“, der an der Spitze der IRA steht. Dieser Armeerat plant und leitet die terroristischen Aktionen. Er bestimmt auch die Besetzung des Generalstabes der IRA, der von einem Stabschef geleitet wird. Ferner gibt es ein „Northern Command“, dem alle Regionen in Ulster und im irischen Grenzgebiet unterstehen. Das „Kommando Nord“ ist für die Terrorkampagne in Nordirland verantwortlich. Ein „Southern Command“ beschafft den Nachschub der IRA über die Republik Irland. Es hat jedoch den strikten Befehl, südirische Sicherheitskräfte nicht anzugreifen.

Traditionell folgte die IRA in ihrem Aufbau dem Beispiel der britischen Armee und gliederte sich in Brigaden und Bataillone. Als ihr aber Mitte der siebziger Jahre durch die steigende Zahl von Verhaftungen eine Niederlage drohte, stellte die IRA fest, daß diese Organisationsform es der Polizei erleichterte, die IRA zu infiltrieren. Sie übernahm daher das Zellsystem von Terrororganisationen, wie z. B. der „Roten-Armee-Fraktion“ (RAF).

Aus Sicherheitsgründen wurde eine Einteilung von kleinen Gruppen, den „active service units“, aufgebaut. Sie haben bis zu fünf Mitglieder und sind einem örtlichen Kommandanten unterstellt. Jedes Mitglied der IRA kennt so wenig andere Angehörige der IRA wie möglich. Die gesamten mit bewaffneten Operationen beschäftigten Einheiten umfassen nicht mehr als 75 bis 100 Personen. Dazu kommen noch schätzungsweise 200 Freiwillige der IRA, die den Aktivisten ständig logistische und sonstige Unterstützung gewähren.

Die Basis der IRA sind junge Männer und Frauen bis Mitte Zwanzig. Im Vergleich zu anderen, ähnlichen Vereinigungen sind die Mitglieder der IRA keine Intellektuellen. Nach ihrem Selbstverständnis ist die IRA eine Organisation der Arbeiterklasse und bekommt ihre Freiwilligen aus den katholischen Arbeitergettos von Ulster. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in den katholischen Gebieten Nordirlands hat die IRA die Möglichkeit, ihren Nachwuchs sorgfältig auszuwählen. Eine große Rolle für die Mitgliedschaft in der IRA spielt der familiäre Hintergrund. Circa 80 Prozent der Freiwilligen der IRA haben nahe Verwandte in der Bewegung. Neben der nationalistischen irischen Tradition erhöhen drei Punkte die Anziehungskraft der IRA für Jugendliche:

1. Das Ziel der IRA ist einfach und leicht verständlich: die Beseitigung der irischen Teilung.
2. Der Feind der IRA ist leicht erkennbar: die Briten und ihre nordirischen Verbündeten, welche die Grenze zwischen Nord- und Südirland aufrechterhalten.

⁸⁾ Provisional Sinn Fein, Eire Nua, Dublin 1972.

3. Die IRA gibt die Mittel, für erlittene Demütigungen Rache üben zu können⁹⁾. Viele Rekruten der IRA haben seit ihrer frühesten Jugend in den katholischen Gettos nur Gewalt und Haß kennengelernt, Gewalt in den Straßen, Haß gegen alles, was britisch und protestantisch ist.

Die Mitglieder der IRA wissen, daß ihnen die Zugehörigkeit zu der Untergrundorganisation aller Wahrscheinlichkeit nach entweder hohe Gefängnisstrafen oder den Tod einbringen wird. Zwischen 1969 und November 1986 wurden 281 Angehörige der IRA getötet.

VI. Die Taktik der IRA

Die IRA führt ihren Terrorfeldzug, um Großbritannien zum Rückzug aus Nordirland zu bewegen. Die Provinz selbst soll unregierbar werden. Mit hohen Verlusten der britischen Sicherheitskräfte will die IRA den Wunsch der Briten nach ihrem Abzug verstärken. Durch Bombenanschläge soll die internationale Wirtschaft davon abgehalten werden, langfristig in Ulster zu investieren. Die Zahl der Aktionen der IRA hat im vergangenen Jahr zugenommen: 1987 wurden in Nordirland 93 Menschen durch Attentate getötet, 1986 waren es noch 61.

Zu den besonderen Angriffszielen der IRA gehören die nordirischen Sicherheitskräfte. Das sind die Polizei: die „Royal Ulster Constabulary“ (RUC) und die nordirische Miliz: das „Ulster Defence Regiment“ (UDR). Beide Einheiten bestehen vorwiegend aus Protestanten. Daher werden die Attacken der IRA auf RUC und UDR von dem protestantischen Bevölkerungsteil Nordirlands oft als sektiererische Angriffe verzeichnet. Häufig bringen dann protestantische Mordkommandos aus Vergeltung schuldlose nordirische Katholiken um, was wieder Aktionen der IRA gegen militante Protestanten hervorruft. Gleichzeitig fällt es einem großen Teil der katholischen Gemeinschaft schwer, RUC und UDR als unparteiische Vertreter einer legitimen Staatsgewalt anzuerkennen. Besonders das UDR wird von katholischer Seite immer wieder in Verbindung mit protestantischen paramilitärischen Terrororganisationen gebracht. Die Verluste von Polizei und Miliz betragen bis zum Sommer 1987 für die RUC 251 und für das UDR 169 Mann.

Seit August 1969 hat die britische Armee den Auftrag, die nordirischen Ordnungskräfte bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen. Zur Zeit sind in Ulster 10 000 Soldaten stationiert. Die IRA betrachtet die britische Armee als ihr „legitimes“ Ziel. Vorbild für ihre Angriffe sind die britischen Kolonien wie Zypern oder Aden, in denen blutiger Terror aus dem Untergrund zu einem Rückzug der Engländer führte. Nach Auffassung der IRA ist Nordirland die letzte Kolonie

Großbritanniens, und die IRA führt einen gerechten Krieg gegen die britische Besatzungsmacht. Bis Ende 1986 starben 386 Soldaten durch Anschläge der IRA. Das sind mehr Gefallene als die Britische Armee im Falklandkrieg zu beklagen hatte.

Seit dem Jahre 1970 begann die IRA mit einer gezielten Bombenkampagne, die Geschäftszentren von Ulster anzugreifen. Die IRA hat dafür zwei Gründe: In erster Linie wird die britische Wirtschaft geschwächt, weil die Regierung in London den Opfern Schadensersatzsummen in Millionenhöhe zahlen muß. Außerdem sind die Sicherheitskräfte so damit beschäftigt, die Straßen zu räumen und die Bomben zu entschärfen, daß sie sich nicht mit aller Kraft auf die IRA konzentrieren können. Ein besonderes Kennzeichen für den Terror in Nordirland ist die Autobombe. Trotz der Vorwarnungen, die die IRA bei ihren Bombenanschlägen gegen kommerzielle Ziele gibt, kommt es häufig zu Toten und Verwundeten unter der nordirischen Zivilbevölkerung.

Die IRA hat ihre Aktionen nicht alleine auf Ulster konzentriert, sondern auch in Großbritannien Attentate verübt. Sie registrierte, daß eine Bombe in London hundert Mal mehr Aufmerksamkeit erregt als eine Bombe in Belfast. Die Angriffe auf der britischen Insel sind bewußt auf eine politische Wirkung ausgerichtet. Die öffentliche Meinung und die Politiker in Großbritannien sollen von folgenden Fakten überzeugt werden: Die IRA könne nicht geschlagen werden, die Kosten für das Bleiben der Briten in Ulster seien zu hoch und das irische Volk als Ganzes habe das Recht zur Selbstbestimmung. So zielen eine Reihe von Anschlägen ausdrücklich auf die politische Durchschlagskraft dieser Forderungen. Die IRA tötete verschiedene Persönlichkeiten, die dem öffentlichen Leben des Vereinten Königreiches angehörten. So wurde z. B. 1979 Lord Mountbatten, ein Vetter der britischen Königin und ehemaliger Vizekönig von Indien, von einer Bombe der IRA umgebracht. Für das größte Aufsehen sorgte das versuchte Attentat auf die britische Premierministerin Margaret Thatcher im Oktober 1984 in Brighton während des Parteitages der Konservativen. Einen Monat vorher hatte die IRA

⁹⁾ Vgl. Patrick Bishop/Eamonn Mallie, *The Provisional IRA*, London 1987, S. 3.

in dem von Parteitagsgliedern bewohnten Hotel eine mit einem langfristig eingestellten Zeitzünder ausgerüstete Bombe versteckt. Durch ihre Explosion starben fünf Hotelgäste. Die IRA sieht in dem Abkommen von Hillsborough zwischen Großbritannien und der Republik Irland vom November 1985 eine späte Folge dieses Anschlages in Brighton. Es sei bisher immer nur die Gewalt gewesen, die englische Politiker an den Verhandlungstisch gebracht hätte¹⁰⁾.

Aber neben der bewaffneten Propaganda¹¹⁾ betreibt die IRA eine ausgezeichnete Werbung für sich selbst und ihre Ziele. Im Jahre 1981 traten Gefangene der IRA in den Hungerstreik mit der Absicht, von der britischen Regierung den Status politischer Gefangener zu erhalten. Das wäre einer Legitimation der IRA durch London gleichgekommen. Premierministerin Thatcher weigerte sich, dem Verlangen nachzukommen. Zehn Gefangene hungerten sich zu Tode. Durch die so hervorgerufene internationale Aufmerksamkeit gelang es der IRA, weltweit um Verständnis für ihre Anliegen zu werben. In der irischen Öffentlichkeit weckte der Hungerstreik starke Emotionen. Bobby Sands, der Anführer der Hungerstreiker, wurde ins britische Unterhaus, zwei andere Gefangene wurden ins irische Parlament gewählt. „Sinn Fein“ (SF), die IRA-Partei, gibt eine politische Wochenzeitung, die „An Phoblacht/Republican News“, und verschiedene Zeitschriften heraus. Mit 30 „Advice Centres“ für die Bevölkerung sorgt die SF dafür, daß der politische Arm der IRA auch außerhalb von Wahlkämpfen ständig im Bewußtsein der katholischen Minderheit Nordirlands präsent ist. In diesen Beratungszentren geben arbeitslose Freiwillige Hilfestellung bei den Problemen des täglichen Lebens, wie bei der Ausfüllung von Anträgen auf Sozialhilfe und der Durchführung von Umzügen, Renovierungen und Reparaturen. SF organisiert mit den Anhängern der IRA Demonstrationen gegen die britische Regierung. Beerdigungen – von durch Sicherheitskräfte getöteten Aktivisten der IRA – werden zu Massenveranstaltungen für den bewaffneten Kampf der IRA umfunktioniert. Bei vielen Bewohnern der katholischen Gebiete hat die Propaganda der IRA Erfolg. Das zeigt sich z. B. darin, daß bei den Wahlen zum Unterhaus in London von 1987 Gerry Adams, Präsident der SF, zum

zweiten Male als Abgeordneter für Westbelfast in das britische Parlament gewählt wurde.

Der IRA ist es inzwischen gelungen, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in Nordirland Fuß zu fassen. Die IRA besitzt ein durchschnittliches Jahreseinkommen von fünf Millionen Pfund. Sie benötigt die Summen zur Finanzierung ihrer terroristischen Aktionen, zur Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen, für ihre Propaganda und auch zur Finanzierung der Wahlkämpfe der SF. In den siebziger Jahren hing die IRA noch sehr stark von den Unterstützungsgeldern der Amerikaner irischer Herkunft in den Vereinigten Staaten ab. Inzwischen ist die IRA durch legitime Geschäftstätigkeit, Investitionen, organisiertes und konventionelles Verbrechen so reich geworden, daß sie nicht mehr auf Zuwendungen ausländischer Helfer angewiesen ist¹²⁾. Die offenen Unternehmungen der IRA sind Klubs, Geschäfte, zwei Taxiunternehmen in Belfast, Sammlungen, Subskriptionen und finanzielle Hilfe aus dem Ausland. Die illegalen Einnahmequellen der IRA sind Raubüberfälle auf Banken im Norden und im Süden Irlands, Erpressung, Schutz-Rackets, Kidnapping, Steuer-Befreiungsschwindel und illegale Spielautomaten. In Westbelfast hat die IRA das gesamte Baugeschäft unter ihrer Kontrolle. Unternehmen, die dort bauen wollen, zahlen Abgaben an die IRA, um die Sicherheit ihres Personals und ihres Baumaterials zu gewährleisten. Die IRA verdient außerdem am Schmuggel von Waren über die Grenze zwischen der Republik Irland und Ulster. Auch von der Europäischen Gemeinschaft hat die IRA durch Zollmanipulationen landwirtschaftliche Subventionen erhalten.

Ihre Waffen bezieht die IRA aus den Vereinigten Staaten, Libyen und vom schwarzen Markt des internationalen Waffenhandels. Am 28. Januar 1988 fand die irische Polizei in Donegall ein Waffenlager der IRA. Die schweren Maschinengewehre, 100 rumänische Kalaschnikows, 50 kg Plastiksprengstoff und große Vorräte an Munition waren offensichtlich aus Libyen gekommen. Nach Schätzung der Sicherheitskräfte befand sich in diesem Depot etwa ein Drittel von 150 Tonnen Waffen, die in den Jahren 1986 und 1987 nach Irland gelangten. Daß die IRA trotzdem für ihren Bedarf nicht genügend Waffen besitzt, zeigt sich besonders darin, daß eine einzige Waffe häufig für mehrere Aktionen benutzt wird. Ein Beispiel: Am 31. August 1988 wurden an der deutsch-niederländischen Grenze bei Heinsberg zwei mutmaßliche Mitglieder der IRA festgenommen. Ein bei ihnen sichergestelltes Gewehr

¹⁰⁾ Vgl. den führenden „Sinn Fein“-Politiker Danny Morrison in: Danny Morrison, *The Hillsborough Agreement*, Dublin 1986, S. 8.

¹¹⁾ Vgl. Carlos Marighela, an dessen Handbuch des Stadtguerillero sich die IRA orientiert: Carlos Marighela, *Handbuch des Stadtguerillero*, in: Conrad Detrez (Hrsg.), *Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt*, Hamburg 1971, S. 72.

¹²⁾ Zu den Finanzen der IRA vgl. James Adams, *The Financing of Terror*, London 1986.

vom Typ Kalaschnikow (AK 47) konnte als die Tatwaffe identifiziert werden, die am 13. Juli 1988 bei einem Anschlag auf eine Kaserne der britischen Rheinarmee in Duisburg verwendet wurde. Ferner stellte ein waffentechnisches Gutachten fest, daß

der Maschinenkarabiner auch am 1. Mai 1988 bei dem Überfall der IRA auf drei britische Soldaten in der niederländischen Stadt Roermond benutzt wurde. Auf diese Weise fällt es der Polizei leicht, Beweismaterial zusammenzutragen.

VII. Die internationalen Beziehungen der IRA

Hilfe aus dem Ausland bekommt die IRA von den vielen Amerikanern irischer Abstammung in den Vereinigten Staaten. Die Iren in den USA bilden eine eng verbundene ethnische Gruppe. Neben der gemeinsamen gälischen Kultur und der gemeinsamen Religion, vereint sie ein gemeinsamer irischer Nationalismus. Daraus haben sich häufig Resentiments gegenüber Großbritannien entwickelt. Vor diesem Hintergrund gelang es der IRA, sich in Kreisen von Amerikanern irischer Herkunft mit einem volkstümlichen Mythos zu umgeben. So besitzt die IRA in den USA eine eigene Hilfsorganisation mit dem Namen NORaid (Irish Northern Aid). Sie sammelt unter den irischen Amerikanern zum Teil erhebliche Gelder für die IRA. Eine Reihe führender Mitglieder von NORaid ist wegen des Schmuggels von Waffen aus den Vereinigten Staaten nach Irland für die IRA festgenommen worden. Auch sonst verfügt die IRA in den USA über eine Lobby. Viele amerikanische Politiker machen – mit Rücksicht auf ihre irisch/amerikanischen Wähler – einen Unterschied zwischen arabischen Terroristen und Angehörigen der IRA.

Aus der UdSSR hat die IRA unmittelbar keine Unterstützung erhalten. Bekannt wurde nur eine einzige direkte Sendung von Waffen aus dem Ostblock an die IRA. Diese Lieferung aus der Tschechoslowakei wurde im Oktober 1971 in Holland von der Polizei entdeckt. Trotzdem hat die IRA nicht auf Waffen sowjetischer Bauart verzichten müssen. Sie bekam sie aus Libyen und von der PLO. Häufig wird die Ansicht vertreten, daß Mitglieder der IRA in Ausbildungslagern der PLO geschult worden seien. Geht man dem Hintergrund solcher Informationen nach, stößt man meistens auf israelische Quellen. Die britischen Nachrichtendienste behaupten dagegen, sie hätten keinerlei Kenntnisse davon, daß Angehörige der IRA von der PLO ausgebildet worden seien.

Seit 1972 erhält die IRA regelmäßige Hilfe durch Waffen und Geld aus Libyen, dessen Führer Oberst Gadhafi ein geschworener Feind Großbritanniens ist. Anfang 1987 erklärte Gadhafi, daß er seine Unterstützung für die IRA verstärkt habe. Er be-

gründete dies mit der britischen Hilfe bei dem amerikanischen Luftangriff auf Libyen im Frühjahr 1986. Das Verhalten der USA und Großbritanniens rechtfertige terroristische Gegenmaßnahmen. Nach Schätzungen der britischen Geheimdienste hat die IRA in den Jahren 1982 bis 1986 von Libyen mehr als zwei Millionen Pfund bekommen. Außerdem wird die IRA von Libyen regelmäßig mit Waffen beliefert.

Von der Zielsetzung und der Ideologie her mußte sich die IRA eng verbunden fühlen mit der baskischen ETA: Beide Bewegungen vertreten einen revolutionären Nationalismus und kämpfen für die Gründung einer sozialistischen Republik. Beide haben einen katholischen Hintergrund und können auf die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung zurückgreifen. So gibt es seit 1971 gute Kontakte zwischen IRA und ETA. Auch die jeweiligen politischen Flügel unterhalten Verbindungen, wie sich aus den gegenseitigen Besuchen von Delegationen immer wieder ergibt.

Seit Anfang der siebziger Jahre gibt es in den meisten westeuropäischen Ländern Solidaritätsgruppen für die IRA. Diese werden vom Außenamt der IRA-Partei „Sinn Fein“ (SF) betreut. Führende Vertreter der SF machen Propagandatourneen auf dem europäischen Kontinent. In öffentlichen Veranstaltungen erklären sie die Ziele der IRA. Umstritten ist, ob die IRA mit Untergrundorganisationen auf dem Festland zusammenarbeitet. Seit Anfang 1985 propagiert die „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) den Aufbau einer „westeuropäischen anti-imperialistischen Front“. Beweise für ein Zusammengehen von terroristischen Vereinigungen hat es jedoch bisher nur zwischen der RAF und der französischen „Action Directe“ (AD) gegeben. Wenn die IRA auch nicht einer einheitlichen „westeuropäischen Guerilla“ angehört, so kann deshalb noch nicht jegliche Zusammenarbeit zwischen der IRA und kontinentalen Terrorgruppen ausgeschlossen werden. Ein begründeter Anlaß für die Annahme einer Verbindung der IRA zu westdeutschen Untergrundorganisationen scheinen die Aktionen der

IRA ab August 1978 in der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Ihr Ziel ist die britische Rheinarmee. An den Außenmauern britischer Kasernen in der Bundesrepublik detonieren Sprengsätze, und es kommt zu Attentaten auf dort stationierte britische Soldaten.

Schon bald nach Beginn der Anschläge tauchten Mutmaßungen auf, daß die IRA Hilfestellung von deutschen Terroristen bekäme. In der Presse wird immer wieder berichtet, die IRA arbeite mit der RAF zusammen. So wurde am 8. August 1988 gemeldet, daß das RAF-Mitglied Werner Lotze die IRA bei Attentaten auf britische Militärbasen in der Bundesrepublik im Sommer diesen Jahres unterstützt habe, eine Nachricht, die am 9. August dementiert wurde. Nach anderen Berichten sollen Kontaktversuche deutscher Terroristen mit der IRA am Widerstand der IRA-Führung gescheitert sein. Die Anschläge seien durch unabhängig voneinander handelnde IRA-Zellen ausgeführt worden. So soll sich unter den irischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland auch ein ständiges Kommando der IRA befinden. Gegen eine Zusam-

menarbeit der IRA mit der RAF spräche auch, daß die IRA keine marxistisch/leninistische Organisation, wie diese ist, und ein nationalistisches, auf Irland beschränktes Programm verfolgt. Die IRA selbst bestreitet jegliche Verbindung zu europäischen Terrorgruppen: weil diese Vereinigungen andere Ziele als die IRA verfolgten und keine Basis in der Bevölkerung besäßen und weil sie dadurch die irischen Amerikaner — auf deren Hilfe die IRA angewiesen sei — verärgern würden. Der Parteitag der „Sinn Fein“, des politischen Flügels der IRA, im November 1986 erkannte die Notwendigkeit, sich von den terroristischen Organisationen in Westeuropa öffentlich zu distanzieren. In einem besonderen Antrag wurde beschlossen, sich noch einmal von solchen Gruppen wie der RAF, der AD und den „Roten Brigaden“ loszusagen¹³⁾. Die IRA fühlt sich dagegen mit vielen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt durch eine gemeinsame marxistische Interpretation des Imperialismus solidarisch verbunden und unterhält mit ihnen Kontakte. Ideologisch betrachtet, sieht sich die IRA als ein Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes.

VIII. Das Abkommen von Hillsborough — ein Ende der Gewalt in Nordirland?

Großbritannien und die Republik Irland haben sich geeinigt, gemeinsam eine Lösung des nordirischen Konfliktes durch Verhandlungen zu suchen. Für eine solche Vereinbarung sind die Aktivitäten der IRA nicht ohne Einfluß gewesen. Am 15. November 1985 wurde zwischen den Regierungen von London und Dublin das Abkommen von Hillsborough geschlossen. In dem Vertrag anerkennt Irland die Zugehörigkeit Ulsters zum Vereinigten Königreich, so lange es die Majorität der Nordiren wünscht. Als Gegenleistung erhält Dublin ein Vorschlagsrecht für die Lösung von Problemen der nordirischen Politik und kann so versuchen, die Rechte der nordirischen Katholiken geltend zu machen. Die Sicherheitskräfte der Republik sollen eine stärkere Rolle bei der Bekämpfung der IRA übernehmen und mit der nordirischen Polizei zusammenarbeiten. Von den britischen Behörden gesuchte Mitglieder der IRA können von Irland nach Großbritannien ausgeliefert werden. Die Republik Irland ist der europäischen Konvention gegen den Terrorismus beigetreten. Für die IRA besteht damit die Gefahr, daß sie ihr Hinterland, von dem aus

sie ihre Aktionen im Norden vorbereiten kann, verliert.

Die IRA lehnt den Vertrag von Hillsborough ab. Nach ihrer Ansicht ist das Abkommen erst aufgrund ihres Bombenanschlags gegen das britische Regierungskabinett in Brighton sowie der Wahlerfolge der IRA-Partei „Sinn Fein“ zustande gekommen. Der Vertrag könne aber nicht funktionieren, weil er den wahren Grund für den Konflikt — die britische Präsenz in Nordirland — festschreibe.

Das Beispiel Ulster demonstriert anschaulich, wie wichtig eine internationale Zusammenarbeit in Angelegenheiten von Minoritäten ist. Gegen den Widerstand der protestantischen Mehrheit von Ulster haben Großbritannien und Irland versucht, den nordirischen Konflikt einer Lösung näherzubringen. Jetzt wird es darauf ankommen, das Abkommen von Hillsborough mit Leben zu füllen, sonst wird die IRA auch in Zukunft eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Nordirland bleiben. Daß die IRA einen Rückhalt in der nordirischen Bevölkerung besitzt, zeigt ein konstanter Stimmenanteil bei Wahlen von elf bis 13 Prozent für ihren politischen Flügel „Sinn Fein“. Solange die katholische Minderheit in Ulster sich benachteiligt

¹³⁾ An Phoblacht/Republican News vom 6. November 1986.

und unterdrückt fühlt, die Arbeitslosenzahl unter den Katholiken doppelt so hoch ist wie unter den Protestanten, wird die IRA sich in Teilen der nordirischen Bevölkerung bewegen können wie ein „Fisch im Wasser“, und solange werden junge Männer und Frauen als „Freiwillige“ in die IRA eintreten. Dann wird Gerry Adams, Präsident der „Sinn Fein“, recht behalten, mit dem was er auf dem IRA-

Parteitag von 1987 verkündete: Der Vertrag von Hillsborough versuche, mühsam die Tatsache zu verdecken, daß Nordirland ein sozial, wirtschaftlich und politisch gescheitertes Gebilde sei¹⁴⁾.

¹⁴⁾ Vgl. An Phoblacht/Republican News vom 5. November 1987.

Peter Waldmann: Die Bedeutung der ETA für Gesellschaft und Politik im spanischen Baskenland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/88, S. 3–19

Im Unterschied zu den Terroristen in den zentraleuropäischen Industrieländern wie der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreichs, die Splittergruppen ohne nennenswerten Anhang darstellen, steht hinter der baskischen ETA ein nicht geringer Teil dieser ethnischen Minderheit. Im ersten Abschnitt wird kurz auf die Ursprünge des baskischen Nationalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie dessen Wiedergeburt unter dem repressiven Franco-Regime (1939–1975) eingegangen. Es wird erklärt, warum die ETA als die einzige Organisation, welche sich unter scheinbar aussichtslosen Bedingungen gegen die Entrechtung und Unterdrückung des baskischen Volkes zur Wehr setzte, damit die Sympathie der Mehrheit der baskischen Bevölkerung und deren Solidarität gewann, eine Solidarität, die auch nach dem Übergang Spaniens zur parlamentarischen Monarchie fortduert. Gegenwärtig ist die ETA nur die Speerspitze einer breiten radikallinksnationalistischen Bewegung.

Im zweiten Abschnitt werden die Struktur und Funktionsweise dieser Bewegung und ihrer einzelnen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen dargestellt. Obwohl numerisch deutlich in der Minderzahl, üben die Anhänger des radikalnationalistischen Blocks doch aufgrund ihrer überlegenen Mobilisierungskraft und ihres Fanatismus einen beträchtlichen Druck in allen Bereichen des öffentlichen Lebens aus. Erst in jüngster Zeit beginnt sich aus den gemäßigten Segmenten der baskischen Gesellschaft heraus ein Widerstand gegen diesen Kontrolldruck zu formieren.

Der dritte Abschnitt wendet sich schließlich den Maßnahmen zu, welche die Madrider Regierung zur Bekämpfung und Eindämmung des baskischen Terrorismus getroffen hat, und wirft die Frage auf, inwieweit diese kurz- und langfristig erfolgreich sind.

Donatella della Porta: Protestbewegung und Terrorismus in Italien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/88, S. 20–34

Die Geschichte des linken Terrorismus in Italien ist eng mit der Radikalisierung einiger Ränder der in den sechziger Jahren aktiven politischen Bewegungen verbunden. Es wird die These vertreten, daß der linke Terrorismus interpretiert werden muß als interne differenzierte Anpassung des Sektors der sozialen Bewegungen an die verschiedenen Etappen der Protestzyklen in Relation zu den für sie gegebenen politischen Chancen.

Die erste Welle der Mobilisierung war dadurch gekennzeichnet, daß in sie zahlreiche soziale Gruppen und politische Organisationen verwickelt waren. Der Umfang der sozialen Veränderungen, die im Gange waren, kann gemeinsam mit den starken Widerständen gegen Reformen die Länge der Mobilisierung und die graduelle Radikalisierung der Aktionsformen erklären. In dieser Periode, in der die „Brigate Rosse“ gegründet wurden, blieb der linke Terrorismus allerdings ein völlig marginales Phänomen.

Politisch relevant wurde er in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre durch eine Welle des Jugendprotests, die auftrat, als die vorhergehende Protestwelle noch nicht wieder völlig reabsorbiert worden war. Widersprüchlich in ihrer Ideologie und gewaltsam in ihren Aktionsformen sah sich die Jugendbewegung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts mit einem geschlossenen politischen System konfrontiert. Während die Mobilisierung, vor allem auch auf Grund der eigenen Gewalt, rasch erlosch, gründeten einige wenige Überreste illegale Gruppen, die zu einem Teil nach einigen wenigen Anschlägen wieder verschwanden, zum anderen Teil in den größeren terroristischen Organisationen aufgingen, und somit zur stetigen Zunahme der politischen Gewalt beitrugen.

Wulf Friedrich Multhaupt: Die Irisch Republikanische Armee. Geschichte, Ziele und Aktivitäten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/88, S. 35—46

Die „Irisch Republikanische Armee“ (IRA) hat in diesem Jahr ihre Anschläge auf britische Soldaten und Kasernen in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt. Die IRA ist die älteste und gefährlichste Untergrundorganisation Europas. Ihre Geschichte begann im anglo-irischen Krieg von 1919 bis 1921. In dieser Zeit führte sie einen blutigen Guerillakrieg gegen die britische Vorherrschaft in Irland.

Nach der Errichtung eines selbständigen irischen Staates im Süden Irlands und dem Anschluß der Nordprovinz an Großbritannien konzentrierte sich die IRA auf die Wiedervereinigung beider Teile der Insel. Um diese zu erreichen, verübte sie Attentate in Nordirland und Großbritannien. 1969 kam es in der IRA zur Spaltung in einen marxistischen offiziellen Teil, der sich für eine politische Lösung des Nordirlandproblems entschied, und in einen provisorischen Teil, der den bewaffneten Kampf fortsetzte und die traditionelle Rolle der IRA übernahm.

Ziel der neuen IRA ist der Abzug der Briten aus Nordirland und die Gründung einer gesamtirischen sozialistischen Republik. Um Großbritannien zum Rückzug zu bewegen, führt sie eine terroristische Kampagne. Ihre Anschläge verübt sie auf die britischen Sicherheitskräfte und auf kommerzielle Zentren. 1981 beschloß die junge radikal-sozialistische Führung der IRA, in Irland „mit dem Gewehr in der einen Hand und der Wahlurne in der anderen, die Macht zu ergreifen“. Es zeigt sich, daß die IRA einen Rückhalt in der katholischen Minderheit besitzt und zu einem integrierten Bestandteil der nordirischen Gesellschaft geworden ist.